



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

01 | 2012

STATISTISCHE MONATSHEFTE




Aus dem Inhalt:

Erwerbstätigkeit 2010

Landtagswahlen 2011:

Repräsentative Wahlstatistik und Ungültigwähler



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Pressefoto BASF

Frauen und Männer unterscheiden sich hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung noch immer. In Rheinland-Pfalz haben Frauen mit 66 Prozent – trotz eines deutlichen Anstiegs in den letzten Jahren – eine deutlich niedrigere Erwerbstätigenquote als Männer (77,5 Prozent).

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

B e i l a g e n : Rheinland-Pfalz regional: Kreisfreie Städte und Landkreise – Ein Vergleich in Zahlen

01 | 2012

STATISTISCHE MONATSHEFTE

65. Jahrgang

kurz + aktuell 3

Industrie ■ Bauhauptgewerbe ■ Erwerbstätigkeit ■ Investitionen ■ Insolvenzen ■ Gründungen ■ Tourismus ■ Handwerk ■ Landwirtschaft ■ Soziales ■ Bildung ■ Gesundheit
Energie ■ Verkehr

Aus der amtlichen Statistik 17

Verbraucherpreise 18

Rheinland-Pfalz in Karten: Endgültige Gewerbeabmeldungen
2010 nach Verwaltungsbezirken 19

Landtagswahl 2011: Der Einfluss von Geschlecht und Alter
auf das Wahlverhalten 20

Landtagswahl 2011: Die Ungültigwähler 30

Erwerbstätigkeit 2010 39

Daten zur Konjunktur 49

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 77

Neuerscheinungen 93

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2012

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Industrieraufträge im Oktober noch im Plus – Inlandsgeschäft lässt nach

Im Oktober 2011 gingen bei der rheinland-pfälzischen Industrie preisbereinigt 0,3 Prozent mehr Aufträge ein als ein Jahr zuvor (Deutschland: +2 Prozent). Die Basis für diesen leichten Anstieg bildeten die Auslandsorder, die um 4,2 Prozent zunahmen (Deutschland: +4,5 Prozent). Die Inlandsbestellungen fielen um 4,3 Prozent (Deutschland: –0,9 Prozent).

Unter den umsatzstarken rheinland-pfälzischen Industriezweigen registrierten die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen den größten Zuwachs an Bestellungen (+14 Prozent). Den Ausschlag hierzu gab das Auslandsgeschäft (+20 Prozent), die Inlandsorder nahmen um 3,2 Prozent zu. Eine höhere Nachfrage registrierte auch die Metallerzeugung und -bearbeitung (+7,7 Prozent); ursächlich hierfür waren die Aufträge aus dem Ausland (+18 Prozent). Die chemische Industrie verzeichnete einen Zuwachs von 3,8 Prozent, da der Anstieg der Order aus dem Ausland (+12 Prozent) den Rückgang der Inlandsnachfrage (–9,6 Prozent) ausgleichen konnte. Bei den Herstellern von Metallerzeugnissen gaben die Bestellungen demgegenüber deutlich nach: Der Rückgang der Inlands- und auch der Auslandsorder (–10 bzw. –14 Prozent) führte insgesamt zu einem Minus von zwölf Prozent. Merkbliche Einbußen gegenüber dem Vorjahresmonat verzeichnete auch die Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus

Konjunktur in Rheinland-Pfalz			
Indikator	Monatswerte	Veränderung Oktober 2011	
	Oktober 2011 2005=100	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat
Auftragseingänge (real)			
Industrie	94,3	0,3% ↑	–2,5% ↓
Inland	93,8	–4,3% ↓	–5,5% ↓
Ausland	94,8	4,2% ↑	0,0% →
Chemie	72,8	3,8% ↑	8,7% ↑
Fahrzeugbau	94,2	–2,1% ↓	–0,5% ↓
Maschinenbau	113,4	–0,1% ↓	–3,4% ↓
Metallerzeugnisse	89,1	–11,8% ↓	–15,6% ↓
Bauhauptgewerbe	115,6	–9,1% ↓	–25,1% ↓
Umsätze (real)			
Großhandel	111,8	1,7% ↑	–8,6% ↓
Einzelhandel (ohne Kfz)	112,3	1,4% ↑	4,2% ↑
Kfz-Handel	102,0	1,8% ↑	6,6% ↑
Gastgewerbe	108,5	2,0% ↑	–2,4% ↓

(–6,4 Prozent), während die Einbußen der Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie des Maschinenbaus geringer ausfielen (–2,1 bzw. –0,1 Prozent).

Die Auftragseingänge der rheinland-pfälzischen Industriebetriebe lagen im Oktober 2011 um 2,5 Prozent unter dem Ergebnis des Vormonats (Deutschland: –2,9 Prozent). Ursächlich hierfür waren die Inlandsbestellungen mit –5,5 Prozent (Deutschland: –5,4 Prozent), während sich

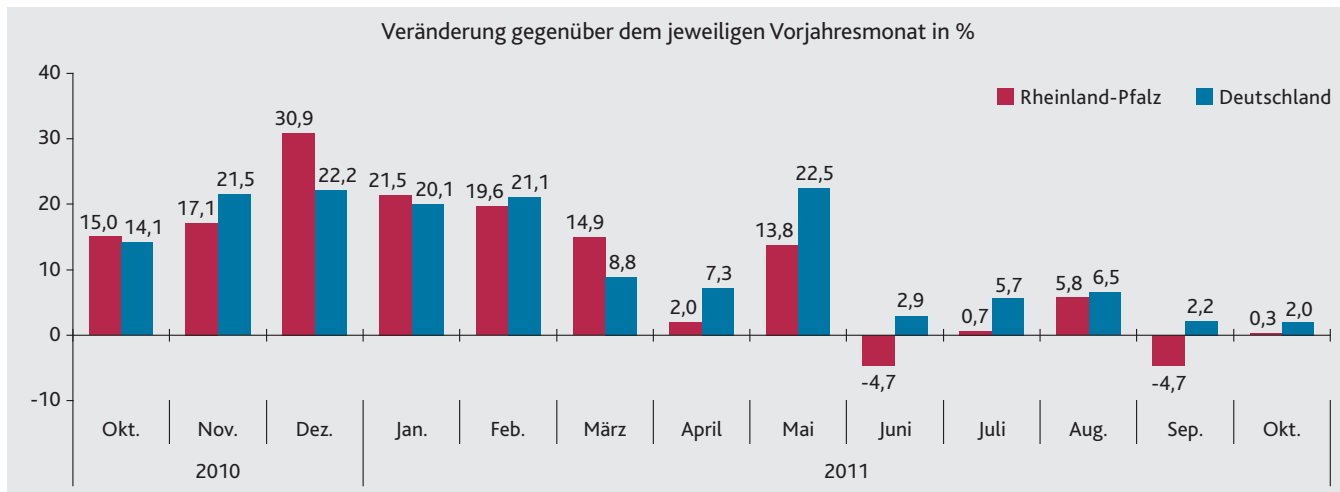
die Auslandsorder nicht veränderten (Deutschland: –1 Prozent). Einzig die chemische Industrie konnte einen deutlichen Zuwachs an Bestellungen gegenüber September 2011 verzeichnen (+8,7 Prozent); gestützt wurde diese Entwicklung sowohl durch das Inlands- als auch das Auslandsgeschäft (+10 bzw. +8,2 Prozent). Einen deutlichen Einbruch bei den Bestellungen meldeten die Hersteller von Metallerzeugnissen (–16 Prozent). Ausschlaggebend für dieses Ergebnis

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode scannen, etwa mit der App „i-nigma“. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2010–2011 nach Monaten



war vor allem der Rückgang bei den Inlandsbestellungen (–18 Prozent), aber auch die Auslandsorder gaben merklich nach (–12 Prozent). Alle übrigen Wirtschaftszweige mussten Rückgänge bei den Auftrags-eingängen hinnehmen. Die Spannweite bewegte sich von –0,5 Prozent (Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen) bis –5,2 Prozent (Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus).

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe deutlich gesunken

Im Oktober 2011 sind gegenüber dem Oktober 2010 die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe um 9,1 Prozent gesunken. Damit kam es nach dem Zuwachs um 7,6 Prozent im September wieder zu einer deutlichen Verschlechterung der Auftragslage. Während im Hochbau die Nachfrage mit –18 Prozent kräftig nachgab, blieb der Tiefbau lediglich um 0,5 Prozent hinter dem Ergebnis aus dem Jahr 2010 zurück.

Differenziert nach Bauart und Auftraggeber gab es erneut deutliche Unterschiede. Auftragszuwächse verzeichneten der Wohnungsbau (+72 Prozent) sowie der öffentliche Tiefbau (+28 Prozent). Dagegen hatte vor allem der öffentliche Hochbau (–63 Prozent) einen kräftigen Rückgang zu verkräften. Im gewerblichen Tiefbau (–14 Prozent) sowie im Straßenbau (–7,3 Prozent) gaben die Auftragseingänge ebenfalls deutlich nach. Bei der Einschätzung der Veränderungsraten ist zu berücksichtigen, dass die Entwicklung im Bauhauptgewerbe häufig durch den Einfluss von Großaufträgen geprägt wird.

Im Vergleich zum September 2011 verschlechterte sich die Nachfrage nach Bauleistungen sogar noch kräftiger (–25 Prozent). Auch im Vormonatsvergleich sanken die Auftragseingänge im Hochbau (–36 Prozent) deutlich stärker als im Tiefbau (–13 Prozent). Nur der Woh-

nungsbau schloss mit einem positiven Ergebnis. Dafür fiel das Plus mit 41 Prozent allerdings sehr hoch aus. Besonders starke Einbrüche meldeten der gewerbliche Hochbau (–53 Prozent) sowie der öffentliche Hochbau (–44 Prozent). Dort waren im September allerdings jeweils hohe Auftragseingänge zu beobachten. Im Straßenbau (–19 Prozent) sowie im gewerblichen Tiefbau (–12 Prozent) lagen die Rückgänge ebenfalls im zweistelligen Bereich.

Im Vergleich zum Oktober 2010 stieg der baugewerbliche Umsatz deutlich um zehn Prozent auf rund 288 Millionen Euro. Im Hochbau verbesserten sich die Umsätze sogar um 18 Prozent auf gut 134 Millionen Euro. Der Tiefbau verzeichnete ein Umsatzplus von 4,6 Prozent auf fast 154 Millionen Euro. In der Gliederung nach Bauart und Auftraggeber gab es vor allem im Wohnungsbau (+41 Prozent) sowie im gewerblichen Hochbau (+28 Prozent) kräftige Zuwächse. Umsatz-

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Monatswerte	Veränderung Oktober 2011	
	Oktober 2011	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat
	2005=100		
Auftragseingang	115,6	-9,1 % ↓	-25,1 % ↓
Hochbau insgesamt	110,2	-17,6 % ↓	-36,0 % ↓
Wohnungsbau	142,7	71,5 % ↑	41,2 % ↑
gewerblicher Hochbau	110,2	-2,5 % ↓	-52,5 % ↓
öffentlicher Hochbau	79,9	-62,5 % ↓	-43,9 % ↓
Tiefbau insgesamt	120,6	-0,5 % ↓	-12,8 % ↓
gewerblicher Tiefbau	163,4	-13,9 % ↓	-12,3 % ↓
öffentlicher Tiefbau	117,7	28,2 % ↑	-0,5 % ↓
Straßenbau	109,6	-7,3 % ↓	-19,4 % ↓
Baugewerblicher Umsatz	152,3	10,3 % ↑	4,8 % ↑
Hochbau insgesamt	143,4	17,7 % ↑	5,5 % ↑
Wohnungsbau	153,6	41,4 % ↑	3,0 % ↑
gewerblicher Hochbau	162,1	27,6 % ↑	14,9 % ↑
öffentlicher Hochbau	107,0	-15,1 % ↓	-8,5 % ↓
Tiefbau insgesamt	161,0	4,6 % ↑	4,3 % ↑
gewerblicher Tiefbau	170,9	1,4 % ↑	11,6 % ↑
öffentlicher Tiefbau	123,7	9,2 % ↑	7,9 % ↑
Straßenbau	181,1	3,7 % ↑	0,7 % ↑

einbußen verzeichnete lediglich der öffentliche Hochbau. Dort belief sich das Minus auf 15 Prozent.

Gegenüber dem Vormonat stieg der baugewerbliche Umsatz um 4,8 Prozent. Im Hochbau kam es im Oktober 2011 zu einer Verbesserung um 5,5 Prozent. Im Tiefbau konnte ein Plus von 4,3 Prozent verbucht werden. Überdurchschnittliche Umsatzsteigerungen gab es im gewerblichen Hochbau (+15 Prozent), im gewerblichen Tiefbau (+12 Prozent) sowie im öffentlichen Tiefbau (+7,9 Prozent). Lediglich im öffentlichen Hochbau (-8,5 Prozent) blieben die Umsätze hinter dem Vormonatsergebnis zurück.

Erwerbstätigkeit im dritten Quartal 2011 um 1,2 Prozent gestiegen

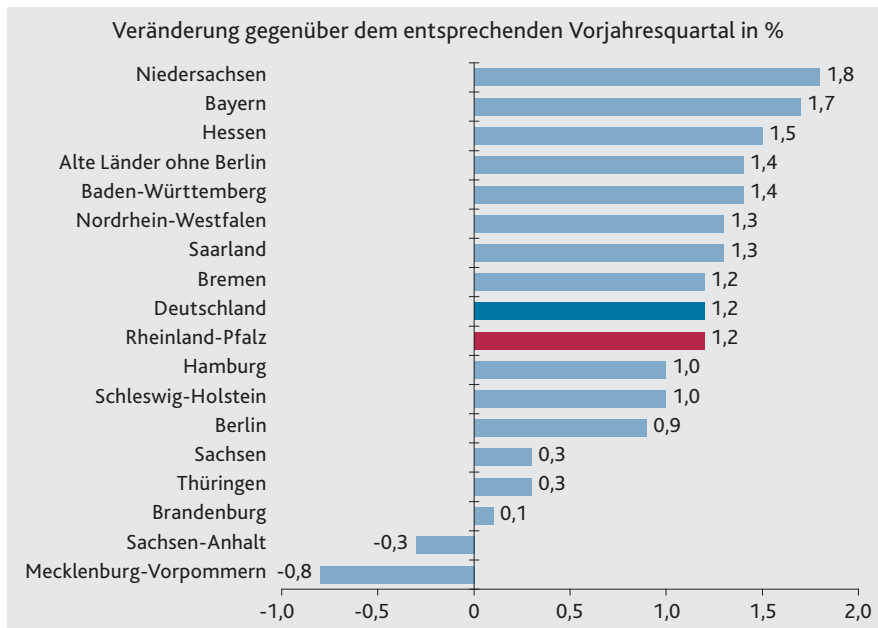
Die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Rheinland-Pfalz ist im dritten Quartal 2011 weiter gestiegen. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ lag sie in den Monaten Juli bis September um 1,2 Prozent höher als im dritten Quartal 2010. Damit setzte sich die seit dem Frühjahr 2010 anhaltende positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt fort. Im Bundesdurchschnitt nahm die Zahl der Erwerbstätigen im dritten Quartal ebenfalls um 1,2 Prozent zu; in den

alten Bundesländern (ohne Berlin) lag der Zuwachs mit 1,4 Prozent etwas höher.

Aufgrund umfassender Revisionsarbeiten, in deren Verlauf die bisherigen Regionalergebnisse für die Erwerbstätigen für alle Bundesländer grundlegend überarbeitet werden, kann derzeit noch nicht die Gesamtzahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz ausgewiesen werden. Dargestellt werden kann lediglich die Veränderungsrate. Anhand der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit lassen sich einige Einflussfaktoren näher betrachten.

Zurückzuführen ist die günstige Entwicklung in erster Linie auf einen Zuwachs bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die den größten Teil der Erwerbstätigen ausmachen. Nach vorläufigen Angaben der Bundesagentur für Arbeit waren im September 2011 in Rheinland-Pfalz rund 1,276 Millionen Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt, gut 29 000 bzw. 2,3 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Dies war der höchste bisher registrierte Stand sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse. Das verarbeitende Gewerbe verzeichnete ein Plus von rund 7 700 bzw. 2,5 Prozent bei den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern. Deutlich zugelegt haben auch die unternehmensnahen Dienstleistungen (+7 200 Personen bzw. +5,8 Prozent), zu denen auch die Zeitarbeitsbranche gehört. Sie registrierte 2 900 Beschäftigte mehr

Erwerbstätige am Arbeitsort im 3. Quartal 2011 nach Ländern



als im September 2010 (+9,8 Prozent). Eine deutliche Beschäftigungszunahme konnte außerdem das Gesundheits- und Sozialwesen verzeichnen, hier erhöhte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um mehr als 5 400 (+3,2 Prozent).

Die sogenannte marginale Beschäftigung ist dagegen weiter gesunken. Insbesondere die Zahl der Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten war weiter rückläufig. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit lag die Zahl der Ein-Euro-Jobber im September 2011 um rund 3 900 bzw. 43 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor.

Investitionen der Industrie im Jahr 2010 nur leicht gestiegen

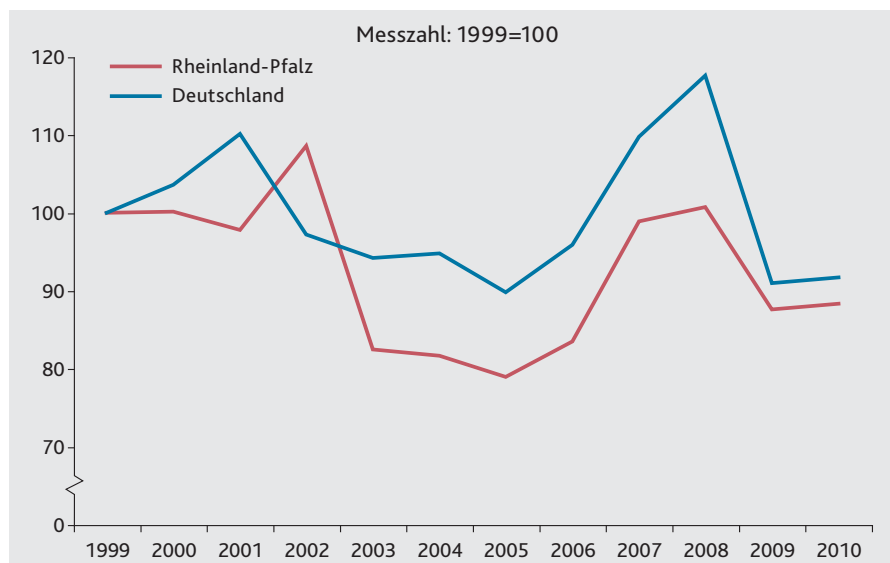
Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe investierten im Jahr 2010

nur geringfügig mehr als im Krisenjahr 2009. Die Investitionssumme lag mit 2,3 Milliarden Euro um 0,8 Prozent über dem Vorjahreswert. Dieser geringe Anstieg entsprach genau dem Bundesdurchschnitt. Der Hauptanteil

der Investitionen entfiel mit gut zwei Milliarden Euro auf Maschinen und Anlagen (+0,3 Prozent), die übrigen 248 Millionen Euro wurden für Grundstücke und Gebäude angelegt (+5,4 Prozent).

Die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen wendeten im Jahr 2010 nahezu 439 Millionen Euro auf und vereinten damit 19 Prozent der gesamten Investitionsausgaben der Industrie auf sich; gegenüber 2009 erhöhten sie ihre Ausgaben um 35 Prozent. In der Herstellung von chemischen Erzeugnissen flossen mit 371 Millionen Euro 23 Prozent weniger Mittel in Maschinen, Anlagen und Gebäude als ein Jahr zuvor. Die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren erreichten mit knapp 184 Millionen Euro die dritthöchste Investitionssumme, wobei die Ausgaben gegenüber 2009 um 39 Prozent anstiegen.

Bruttoanlageinvestitionen im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1999–2010



Zahl der Unternehmensinsolvenzen sinkt deutlich

In den ersten neun Monaten des Jahres 2011 mussten deutlich weniger rheinland-pfälzische Unternehmen Insolvenzantrag stellen als im gleichen Zeitraum des Jahres 2010. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ging gegenüber den ersten drei Quartalen 2010 um 8,6 Prozent auf 940 zurück. Dies ist der niedrigste Stand seit dem Jahr 2002. Auch die Zahl der Verbraucherinsolvenzen sank deutlich um 7,8 Prozent auf 3 487 Fälle. Das war, trotz des Rückgangs, der zweithöchste Wert seit 2002. In Rheinland-Pfalz wurden 2010 infolge der Wirtschaftskrise so viele Verbraucher insolvent wie noch nie zuvor.

Von Unternehmensinsolvenzen betroffen waren 3 720 Beschäftigte, 18 Prozent weniger als im gleichen Zeit-

raum des Jahres 2010. Die Summe der geltend gemachten Gläubigerforderungen lag mit 411 Millionen Euro um 61 Prozent unter dem entsprechenden Wert aus 2010. Damit war jedes insolvente Unternehmen durchschnittlich mit 436 705 Euro verschuldet (Januar bis September 2010: 1 029 330 Euro).

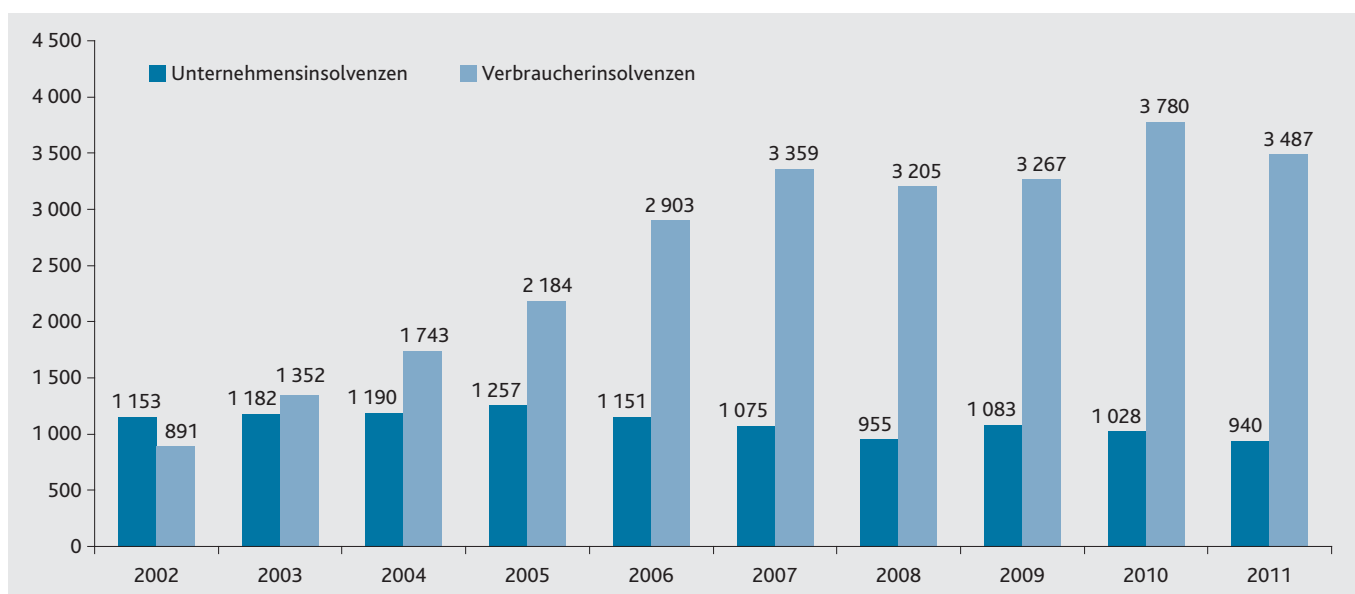
Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen aus dem Baugewerbe (202) und aus dem Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (166), gefolgt vom Gastgewerbe (113). Die günstige Gesamtentwicklung liegt vor allem in den rückläufigen Zahlen im Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“, im „Grundstücks- und Wohnungswesen“, im Wirtschaftsbereich „Verkehr und Lagerei“ sowie im „verarbeitenden Gewerbe“ begründet.

Die Insolvenzhäufigkeit war in der kreisfreien Stadt Worms mit 10,6 Unternehmensinsolvenzen je 1 000 wirtschaftlich aktive Unternehmen am höchsten. Unter den Kreisen errechnet sich für den Landkreis Birkenfeld der höchste Wert (10,5). Am niedrigsten lag die Insolvenzhäufigkeit in der kreisfreien Stadt Speyer (1,9). Trier-Saarburg wies unter den Landkreisen den günstigsten Wert auf (3,0).

Die Summe der voraussichtlichen Forderungen bei den Verbraucherinsolvenzen belief sich auf 219 Millionen Euro, das waren 7,7 Prozent weniger als in den Monaten Januar bis September 2010. Die durchschnittliche Verschuldung insolventer Verbraucher lag damit unverändert bei 62 600 Euro.

Unter den kreisfreien Städten wies Pirmasens mit 43,3 Fällen je 10 000

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen vom 1. bis 3. Quartal 2002–2011



Einwohner die höchste Verbraucherinsolvenzhäufigkeit auf, unter den Landkreisen war es der Kreis Altenkirchen mit 11,4 Fällen je 10 000 Einwohner. Den niedrigsten Wert unter den kreisfreien Städten erreichte Neustadt an der Weinstraße (6,2). Noch geringer war die Insolvenzhäufigkeit mit fünf Insolvenzen je 10 000 Einwohner im Landkreis Bad Dürkheim, der unter den Landkreisen das günstigste Ergebnis verzeichnete.

Mehr Betriebsgründungen in den ersten drei Quartalen 2011

In Rheinland-Pfalz wurden in den ersten drei Quartalen 2011 mehr Gewerbe angemeldet, bei denen aufgrund ihrer Rechtsform oder voraussichtlichen Beschäftigtenzahl eine größere wirtschaftliche Relevanz vermutet werden kann. Die Zahl dieser sogenannten Betriebsgründungen stieg im Vergleich zu den ersten drei Quartalen 2010 um 7,8 Prozent auf 4 972. Zu den Betriebsgründungen zählen alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie Neugründungen von Einzelunternehmen, bei denen ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt oder die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben.

Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte der Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ mit einem Anteil von 24 Prozent. Es folgten das „Baugewerbe“ mit 17 Prozent, der Bereich der „freiberuflichen, wissen-

Betriebsgründungen¹ und sonstige Neugründungen vom 1. bis 3. Quartal 2011 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



schaftlichen und technischen Dienstleistungen“ (9,9 Prozent) und das „Gastgewerbe“ (9,3 Prozent).

Werden die Betriebsgründungen in Relation zur Einwohnerzahl gesetzt, so erreicht unter den kreisfreien Städten Kaiserslautern mit 24,9 Betriebsgründungen je 10 000 Einwohner die höchste Quote. Unter den Landkreisen nahm Alzey-Worms mit einer Quote von 19,5 die Spitzenposition ein. Am niedrigsten waren die Gründungsaktivitäten in der kreisfreien Stadt Trier (10) und im Landkreis Trier-Saarburg (6,7).

Die Anzahl der sonstigen Neugründungen verringerte sich um zwölf Prozent auf 20 183. Dieser Rückgang betraf besonders den Wirtschaftsabschnitt Energieversorgung (-1 481). Ursache dieser starken Abnahme

ist die Reduzierung der staatlichen Förderung von Fotovoltaikanlagen. Als sonstige Neugründungen gelten Einzelunternehmen ohne Handelsregistereintrag oder Handwerkskarte, die nicht über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte verfügen. Unter den sonstigen Neugründungen waren 10 075 Gründungen im Nebenerwerb, das waren zehn Prozent weniger als in den ersten drei Quartalen 2010.

In den ersten neun Monaten des Jahres 2011 wurden insgesamt 30 233 Gewerbe angemeldet, das waren 6,2 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Auf Neugründungen entfielen 83 Prozent der Gewerbeanmeldungen, bei zehn Prozent der Fälle handelte es sich um Zuzüge aus anderen Gewerbebezirken, sechs Prozent waren Übernahmen infolge

Kauf, Pacht, Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt.

In den ersten drei Quartalen 2011 gab es 4 034 Betriebsaufgaben, bei denen Rechtsform und Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lassen. Das waren 2,4 Prozent weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die sonstigen Stilllegungen erhöhten sich um 15 Prozent auf 19 562. Insgesamt wurden 28 397 Gewerbe abgemeldet, das waren 10,5 Prozent mehr als in den ersten drei Quartalen 2010.

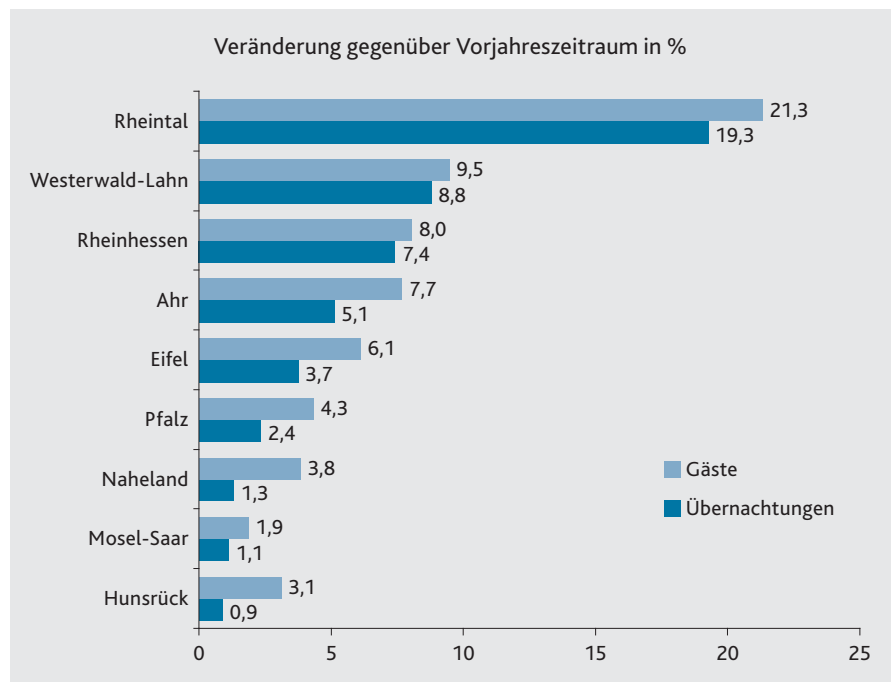
Tourismus bleibt auf Rekordkurs

Der rheinland-pfälzische Tourismus verzeichnet weiterhin spürbare Zuwächse. Die Zahl der Gästeankünfte lag von Januar bis Oktober 2011 mit 7,4 Millionen um 6,6 Prozent über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Die Anzahl der Übernachtungen erhöhte sich um 4,5 Prozent auf knapp 20,1 Millionen. Damit wurden erstmals in einem Zehnmonatszeitraum die Marken von sieben Millionen Gästen und 20 Millionen Übernachtungen überschritten.

Im trockenen Herbstmonat Oktober besuchten annähernd 930 000 Übernachtungsgäste Rheinland-Pfalz, das waren in etwa so viele wie ein Jahr zuvor. Die Zahl der Übernachtungen übertraf mit knapp 2,6 Millionen den Vorjahreswert um 0,8 Prozent.

Annähernd 5,8 Millionen Übernachtungsgäste aus Deutschland besuchten von Januar bis Oktober 2011

Gäste und Übernachtungen von Januar bis Oktober 2011 nach Tourismusregionen



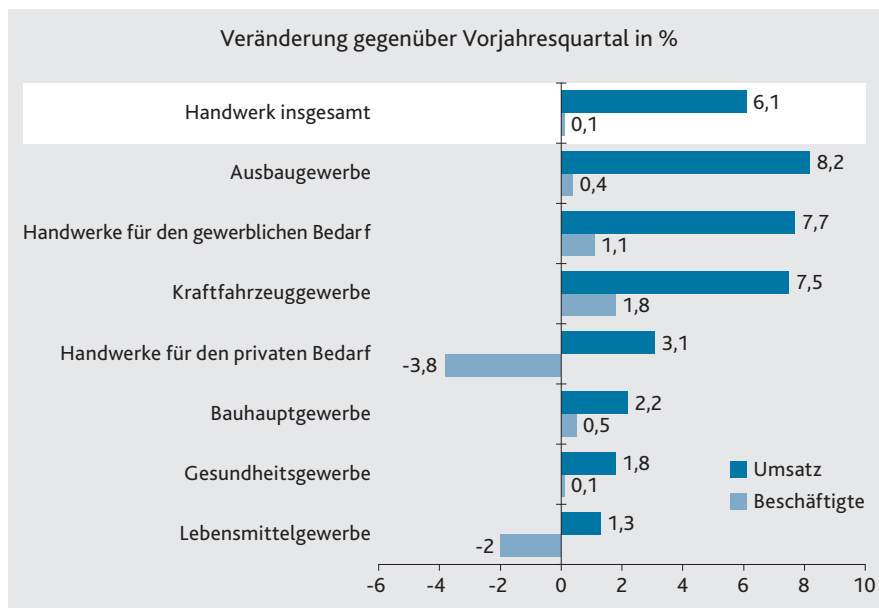
Rheinland-Pfalz, das waren acht Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl ihrer Übernachtungen stieg um 5,7 Prozent auf fast 15,6 Millionen. Aus dem Ausland reisten 1,6 Millionen Gäste an, 1,9 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Übernachtungen erhöhte sich um 0,5 Prozent auf gut 4,5 Millionen.

Aus den Niederlanden kamen mit Abstand die meisten Gäste, gefolgt von Belgien und den USA, wobei lediglich die Belgierinnen und Belgier mehr Übernachtungen buchten als im Vorjahreszeitraum (+3 Prozent). Hinsichtlich der wichtigsten Herkunftsländern verzeichneten Frankreich, die Schweiz, Österreich und Italien Zuwächse bei den Übernachtungen, während die Nachfrage aus den Niederlanden, den USA, Großbritannien, Dänemark und Schweden sank.

Das mit Abstand stärkste Gäste- und Übernachtungsplus verbuchten – nicht zuletzt wegen der Bundesgartenschau in Koblenz – die Beherbergungsbetriebe im Rheintal (Gästeankünfte: +21 Prozent, Übernachtungen: +19 Prozent). Auch die anderen acht Tourismusregionen übertrafen die Vorjahresergebnisse, wobei die Zuwächse in den Regionen Westerwald-Lahn, Rheinhausen und die Ahr überdurchschnittlich ausfielen.

Am stärksten profitierten die Hotels, Hotels garnis, Jugendherbergen und Gasthöfe von der positiven Tourismusentwicklung. Auch Pensionen oder Ferienzentren verzeichneten eine Zunahme bei Gästen und Übernachtungen. In Vorsorge- und Rehabilitationskliniken sowie im Segment Ferienwohnungen und Ferienhäuser schlug ein Rückgang zu Buche.

Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk im 3. Quartal 2011 nach Gewerbebezeichnungen



Handwerk erzielte im dritten Quartal mehr Umsatz

Das rheinland-pfälzische Handwerk erzielte im dritten Quartal des vergangenen Jahres 6,1 Prozent mehr Umsatz als im dritten Quartal 2010. Damit stieg der Umsatz im vierten Quartal in Folge. Alle sieben Gewerbegruppen des zulassungspflichtigen Handwerks legten zu. Das Ausbaugewerbe verzeichnete ein Umsatzplus von 8,2 Prozent, gefolgt von den Handwerken für den gewerblichen Bedarf und dem Kraftfahrzeuggewerbe mit +7,7 bzw. +7,5 Prozent. Den niedrigsten Zuwachs verzeichnete das Lebensmittelgewerbe mit einem Plus von 1,3 Prozent.

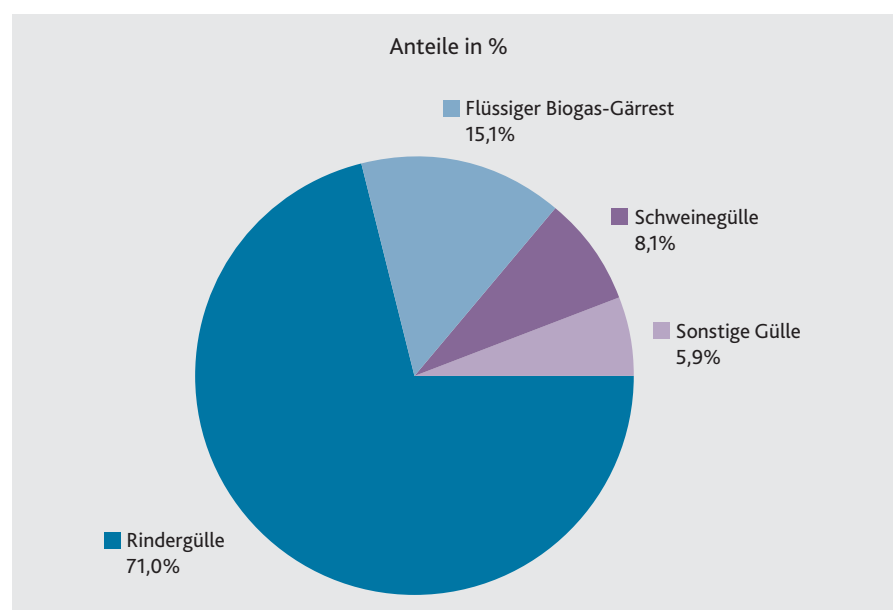
Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal insgesamt leicht um 0,1 Prozent. Fünf der sieben Gewerbebezeichnungen beschäftigten mehr Personal,

wobei der Anstieg im Kraftfahrzeuggewerbe mit +1,8 Prozent am höchsten war. In den Handwerken für den privaten Bedarf (-3,8 Prozent) und im Lebensmittelgewerbe (-2 Prozent) sank die Zahl der Beschäftigten.

Rund 3,9 Millionen Kubikmeter flüssige Wirtschaftsdünger aus-gebracht

Knapp 4 600 rheinland-pfälzische Landwirte brachten im Jahr 2010 insgesamt 3,9 Millionen Kubikmeter flüssige Wirtschaftsdünger auf einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von 194 400 Hektar aus. Damit wurde auf etwa jedem vierten Hektar der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes flüssiger Wirtschaftsdünger verwendet. Aus den Angaben errechnet sich eine durchschnittliche Menge von 20 Kubikmetern je Hektar. Der flüssige Wirtschaftsdünger umfasste knapp 2,8 Millionen Kubikmeter Rindergülle und gut 580 000 Kubikmeter flüssige Reste aus der Biogasgewinnung. Auf Schweinegülle entfielen rund 310 000 Kubikmeter. Bei der restlichen Menge handelte es sich um Jauche und Geflügelgülle.

Flüssige Wirtschaftsdünger 2010



In diesen Angaben spiegelt sich die Struktur der rheinland-pfälzischen Viehhaltung wider. Gut 82 Prozent des auf Großvieheinheiten umgerechneten Viehbestandes entfiel im Jahr 2010 auf Rinder.

Die flüssigen Wirtschaftsdünger wurden zu fast gleichen Teilen auf Ackerland (52 Prozent) und Dauergrünland ausgebracht. Die vorherrschende Ausbringungstechnik ist die Breitverteilung (89 Prozent). Hierbei erfolgt eine breitflächige Verteilung auf die Boden- oder die Pflanzenoberfläche. Der restliche flüssige Wirtschaftsdünger wurde mit Schleppschlauch-, Schleppschuh- oder Schlitzverteilern sowie mit Güllegrubbern verteilt. Bei diesen Verfahren sind die gasförmigen Emissionen aufgrund der bodennahen Ausbringung beziehungsweise der direkten Einarbeitung in den Boden deutlich geringer.

Fester Wirtschaftsdünger (knapp 1,1 Millionen Tonnen) wurde auf 86 400 Hektar ausgebracht. Die wichtigste Art des festen Wirtschaftsdüngers ist der Festmist (gut 970 000 Tonnen). Die restliche Menge entfällt auf Geflügeltrockenkot und feste Reste aus Biogasanlagen.

Nahezu sieben Prozent der Bevölkerung auf Mindestsicherung angewiesen

In Rheinland-Pfalz waren Ende des Jahres 2010 rund 277 000 Menschen auf finanzielle Hilfen des Staates angewiesen, um ihren grundlegenden Lebensunterhalt zu sichern.

Mindestsicherungsquote 2010 nach Ländern



Damit erhielten 6,9 Prozent der vier Millionen Einwohner Leistungen der sozialen Mindestsicherung. Im Vergleich der Bundesländer wies Rheinland-Pfalz die drittniedrigste Quote auf. Lediglich in Bayern (4,6 Prozent) und Baden-Württemberg (5,2 Prozent) waren die Anteile geringer. Deutschlandweit waren 9,2 Prozent der Bevölkerung auf finanzielle Hilfen des Staates angewiesen.

Gegenüber dem Jahr 2009 sank die Zahl der Bezieher von Mindestsicherung um rund 12 000. Damit setzte sich der seit einigen Jahren zu beobachtende Rückgang fort, der im Wesentlichen durch die Verän-

derungen bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende bestimmt wird. Im Jahr 2006 bezogen im Land noch rund 306 000 Personen Leistungen der sozialen Mindestsicherung.

Der weitaus größte Teil der Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können, erhielt den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit zufolge Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz-IV-Leistungen). In Rheinland-Pfalz betraf dies Ende 2010 knapp 232 000 Empfängerinnen und Empfänger, das waren 7,3 Prozent der Bevölkerung unter 65 Jahren (Deutschland: zehn Prozent). Davon erhielten 164 000 als

Erwerbsfähige Arbeitslosengeld II. Bei den anderen gut 67 000 handelte es sich um nicht erwerbsfähige Familienangehörige, insbesondere Kinder, denen das so genannte Sozialgeld gezahlt wurde.

Fast 36 000 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer erhielten Ende 2010 Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Von ihnen waren mehr als 17 000 zwischen 18 und 65 Jahre alt und bezogen die Leistungen wegen dauerhaft voller Erwerbsminderung. Gut 18 000 Empfängerinnen und Empfänger waren 65 Jahre und älter.

Die „originäre Sozialhilfe“, hat seit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe („Hartz IV-Reform“) an Bedeutung verloren. Sie wird seit dem 1. Januar 2005 nur noch an nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige gezahlt, die ihren Lebensunterhalt

nicht aus eigenen Mitteln oder durch Leistungen anderer Sozialleistungsträger decken können. Dazu gehören zum Beispiel vorübergehend Erwerbsunfähige, längerfristig Erkrankte oder Vorruhestandsrentner mit niedriger Rente. In Rheinland-Pfalz kamen im Jahr 2010 auf 10 000 Einwohner knapp neun Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt.

Die zur Mindestsicherung zählenden Leistungen für Asylbewerber liegen für 2010 noch nicht vor. Für die Berechnungen wurde auf die Angaben des Vorjahres zurückgegriffen. Daher sind minimale Änderungen der Mindestsicherungsquoten noch möglich.

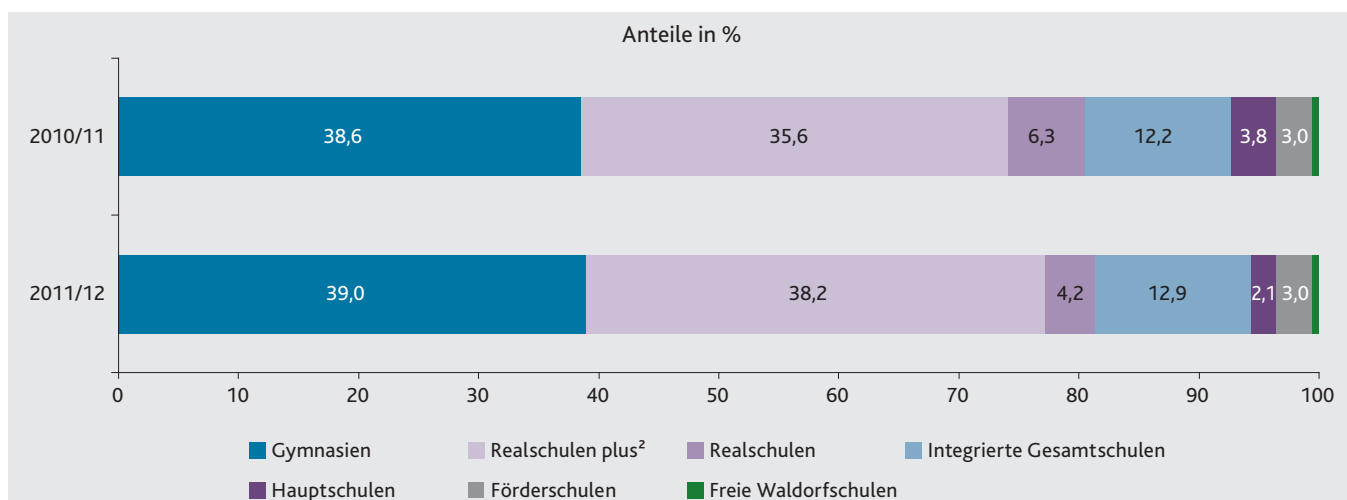
Weniger Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen sinkt weiter. Im laufenden Schuljahr 2011/12 besuchen nur noch 442 320

Kinder und Jugendliche eine allgemeinbildende Schule oder einen Schul- bzw. Förderschulkindergarten. Das sind 8 688 bzw. 1,9 Prozent weniger als im Schuljahr 2010/11.

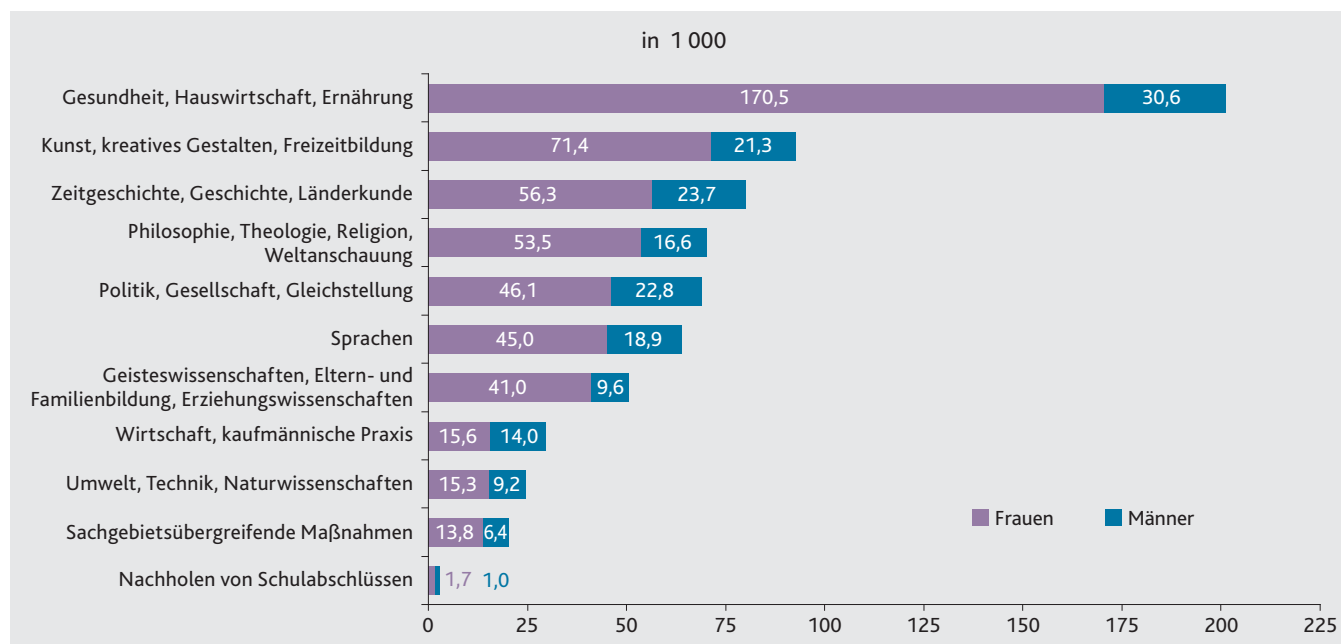
Insbesondere in der Primarstufe (Klassenstufe 1 bis 4) wird der vorwiegend demografisch bedingte Rückgang sichtbar. Die Zahl der Kinder in dieser Schulstufe sank im Vorjahresvergleich um drei Prozent auf 145 569 (-4 435). Aber auch in der Sekundarstufe I (Klassenstufen 5 bis 10) sind rückläufige Schülerzahlen zu verzeichnen. Erstmals ist in diesem Schuljahr auch in der Sekundarstufe II (Jahrgangsstufen 11 bis 13) ein leichter Rückgang von 0,1 Prozent zu verzeichnen. Hier hatte es in den vergangenen Jahren aufgrund der relativ geburtenstarken Jahrgänge der 90er-Jahre und des geänderten Bildungsverhaltens der Schülerinnen und Schüler Zuwächse gegeben.

Schülerinnen und Schüler¹ in der Sekundarstufe I an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2010/11 und 2011/12 nach Schularten



¹ Ohne Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung in entsprechenden Förderklassen. – ² Einschließlich Sekundarbereich I an organisatorisch verbundenen Schulen.

Teilnehmende an Weiterbildungsmaßnahmen 2010 nach Themenbereichen und Geschlecht



Leicht verbessert haben sich zum Schuljahr 2011/12 die Betreuungsrelationen. Wurden ein Jahr zuvor noch 14,5 Schülerinnen und Schüler von einer Lehrkraft betreut, so sind es derzeit 14,2. Am geringsten ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler je Lehrkraft – auch bedingt durch das unterschiedliche Aufgabenspektrum – an Förderschulen (sechs), am höchsten in Realschulen (17,6).

In Folge der 2009 begonnenen Schulstrukturreform gab es in der Sekundarstufe I auch zum Schuljahr 2011/12 Verschiebungen bei der Verteilung der Schülerschaft. So besuchen nur noch 6,4 Prozent der Schülerinnen und Schüler dieses Bildungsabschnitts eine der auslaufenden Real- und Hauptschulen, aber mittlerweile 38 Prozent eine der zum Schuljahr 2009/10 eingeführten Realschulen plus. Erneut gewachsen auf nunmehr 13 Prozent

ist auch der Anteil der Schülerinnen und Schüler an Integrierten Gesamtschulen.

Interesse an Weiterbildungsangeboten sinkt

Im Jahr 2010 nutzten 704 316 Personen die Weiterbildungsangebote der Volkshochschulen und der sechs weiteren staatlich anerkannten Weiterbildungsträger. Dies waren 54 705 weniger als im Jahr 2009 (–7,2 Prozent).

Gesunken ist auch die Teilnahmequote: Je 100 Einwohnerinnen und Einwohner nahmen im Jahr 2010 nur noch 17,6 Personen an einer Weiterbildungsmaßnahme der anerkannten Träger teil. Im Jahr 2009 waren es 18,9. Vergleichsweise hohe Teilnahmequoten erreichten die kreisfreie Stadt Koblenz (30,6), der Landkreis

Kusel (28) und die kreisfreie Stadt Trier (27,1). Relativ wenige Weiterbildungsteilnehmende je 100 Einwohnerinnen und Einwohner gab es in den Landkreisen Cochem-Zell (8,2), Mayen-Koblenz (10) und Ahrweiler (10,4). Bei der Interpretation dieser Werte ist zu beachten, dass in der Weiterbildungsstatistik keine Personen, sondern Teilnahmefälle nachgewiesen werden. Personen, die mehrere Veranstaltungen besuchen, werden demnach mehrfach gezählt. Ferner muss berücksichtigt werden, dass die Angebote in den Städten auch von Interessierten aus dem Umland wahrgenommen werden.

Der mit Abstand größte Weiterbildungsanbieter sind die Volkshochschulen. Sie organisierten im Jahr 2010 rund die Hälfte aller Veranstaltungen und knapp 71 Prozent der anerkannten Weiterbildungsstun-

den. Die höchsten Teilnahmezahlen gab es in den Veranstaltungen des Bereiches „Gesundheit, Hauswirtschaft und Ernährung“ (201020). Die meisten der insgesamt 731714 Weiterbildungsstunden entfielen auf die Sprachausbildung (214980). Auch im Jahr 2010 wurden die Bildungsangebote wieder sehr stark von Frauen genutzt. Sie stellten etwa drei Viertel der Teilnehmenden.

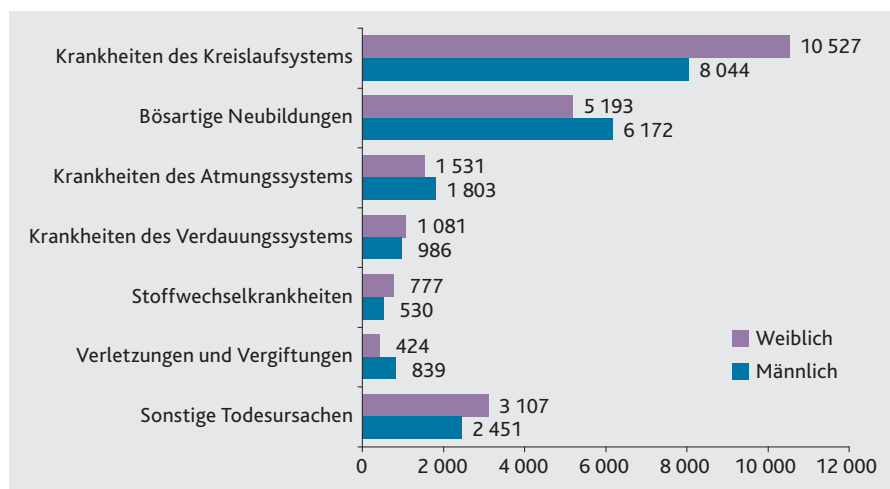
Das Land Rheinland-Pfalz gab im Haushaltsjahr 2010 mehr als 8,2 Millionen Euro für die Förderung der Weiterbildung aus. Hiervon entfielen 8,1 Millionen Euro auf Fördermittel und Zuschüsse für Weiterbildungsmaßnahmen nach dem Weiterbildungsgesetz und 100 000 Euro auf Ausgleichszahlungen nach dem Bildungsfreistellungsgesetz.

Herz-Kreislauf-Erkrankungen häufigste Todesursache

Im Jahr 2010 starben 43 465 Menschen aus Rheinland-Pfalz, 22 640 Frauen und 20 825 Männer. Herz-Kreislauf-Erkrankungen waren die mit Abstand häufigste Todesursache (43 Prozent), wobei 87 Prozent der daran Verstorbenen 70 Jahre oder älter waren. Wegen des deutlich höheren Frauenanteils unter der älteren Bevölkerung war auch die Zahl der an Herz-Kreislauf-Erkrankungen gestorbenen Frauen mit 10 527 deutlich größer als die der Männer (8 044).

Zweithäufigste Todesursache waren mit 26 Prozent die Neubildungen. Bei 11 365 Menschen führten die verschiedenen Formen dieser Krankheit

Gestorbene 2010 nach Todesursachen und Geschlecht



zum Tode. Zu den Neubildungen zählen in erster Linie (96 Prozent) die bösartigen Neubildungen (Krebs). An Neubildungen starben mehr Männer (6 172) als Frauen (5 193). Der Anteil der über 70-Jährigen lag bei dieser Todesursache mit 66 Prozent deutlich unter ihrem Anteil an allen Gestorbenen (78 Prozent). Jeder zweite Krebssterbefall ging auf eine bösartige Neubildung der Verdauungsorgane (3 406) oder der Atmungsorgane (2 282) zurück.

An Krankheiten des Atmungssystems starben 3 334 Menschen (8 Prozent). Männer (1 803) waren etwas häufiger als Frauen (1 531) betroffen. Krankheiten des Verdauungssystems führten bei 2 067 Menschen zum Tod (5 Prozent). Hier waren die Frauen in der Überzahl (1 081 gegenüber 986). Die weiteren Todesursachen traten deutlich seltener auf. Stoffwechselerkrankungen waren für 1 307 Menschen die für den Tod maßgebliche Krankheit. Hierbei handelt es

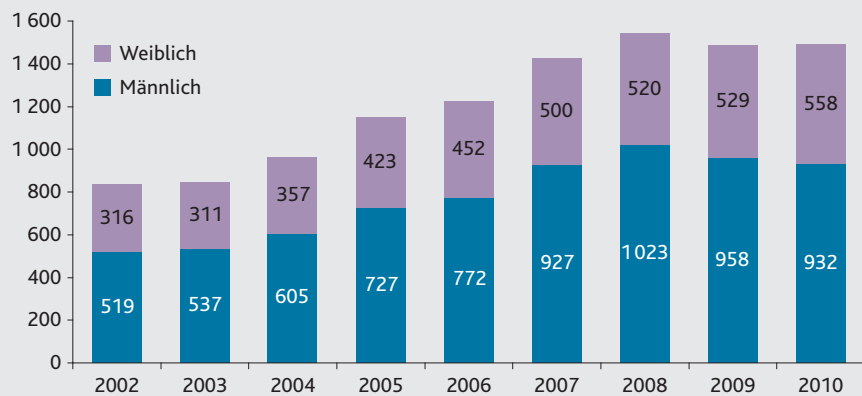
sich zum weitaus größten Teil um die im Volksmund als Zuckerkrankheit bezeichnete Diabetes mellitus. An einer Verletzung oder Vergiftung starben 1 263 Personen, 839 Männer und 424 Frauen. Darunter waren 479 Menschen (378 Männer und 101 Frauen), die aus eigenem Entschluss ihrem Leben ein Ende setzten.

„Komasaufen“ weiterhin stark verbreitet

Extremer Alkoholkonsum – häufig auch unter dem Schlagwort „Komasaufen“ diskutiert – ist unter jungen Menschen weiterhin stark verbreitet. Im Jahr 2010 gab es rund 1 500 rheinland-pfälzische Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Alter unter 20 Jahren, die wegen Alkoholmissbrauch akut im Krankenhaus behandelt werden mussten.

Bei den 10- und 11-Jährigen kam dies nur ganz vereinzelt vor, und auch die Zahl der behandelten 12-Jährigen war mit 14 Fällen im gesamten

Akute alkoholbedingte stationäre Behandlungsfälle¹ 10- bis 19-Jähriger 2002–2010 nach Geschlecht



¹ Diagnosen: Psychische Störungen und Verhaltensstörungen durch Alkohol, akute Intoxikation (F10.0) und Toxische Wirkung von Alkohol (T51.0).

Jahr 2010 gering. Mit zunehmendem Alter werden es dann aber immer mehr. Mit jeweils rund 300 Fällen sind die 16- und 17-Jährigen traurige Spitzenreiter. Dabei ist übermäßiger Alkoholkonsum kein rein männliches Problem: Rund ein Drittel der Fälle betrifft Mädchen.

Die Entwicklung weist im Vergleich zum Vorjahr kaum Veränderungen auf. Langfristig zeigen sich jedoch stetig wachsende Zahlen – und das, obwohl die Zahl junger Menschen in diesem Alter seit Jahren zurückgeht. Gab es im Jahr 2001 noch 730 akute Behandlungsfälle, so waren es 2005 schon 1150. Mit 1543 Fällen erreichte die Entwicklung im Jahr 2008 ihren Höhepunkt.

Eine Betrachtung auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise zeigt regionale Unterschiede. Zugrunde gelegt wird dabei der Wohnort der Patientinnen und Patienten. Werden die Zahlen auf jeweils 1000 Personen des gleichen Alters bezogen, so

ergibt sich eine Bandbreite von knapp zwei bis zu fast sieben Behandlungsfällen. Die – relativ gesehen – meisten jungen Menschen, die akut stationär behandelt werden mussten, wohnten in Zweibrücken. Offenbar sind die Menschen in den kreisfreien Städten trinkfreudiger. In der Rangfolge aller Gebiete sind sie überwiegend auf den vorderen Plätzen zu finden. Positive

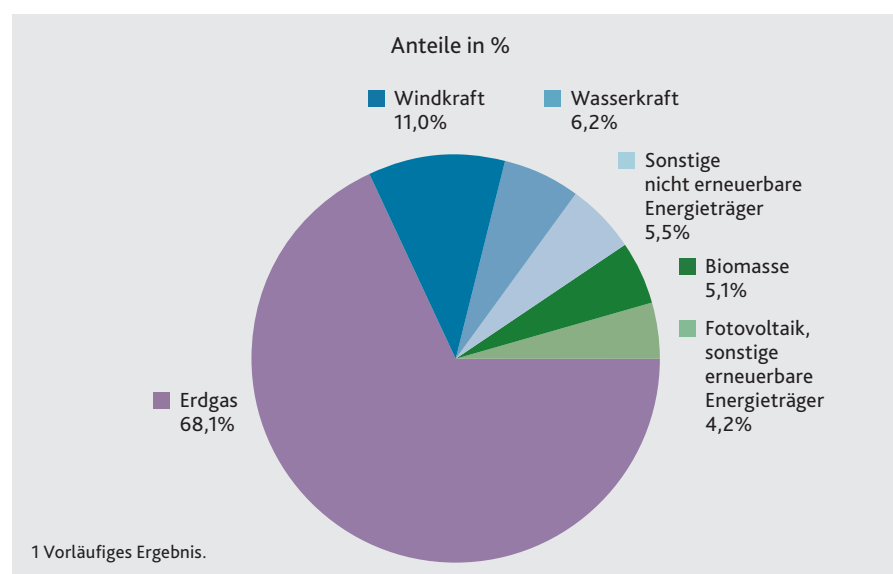
„Schlusslichter“ in dieser Rangfolge sind die Stadt Mainz, der Westerwaldkreis sowie der Landkreis Bad Dürkheim.

Heimische Stromerzeugung auf Höchststand – Mehr als ein Viertel aus erneuerbaren Energien

In Rheinland-Pfalz wurde im Jahr 2010 nach einer vorläufigen Auswertung der Energiestatistiken soviel Strom erzeugt wie noch nie. Mit rund 17 Milliarden Kilowattstunden lag die Bruttostromerzeugung um 6,9 Prozent über dem Vergleichswert aus dem Jahr 2009.

Der Anteil der erneuerbaren Energieträger erhöhte sich gegenüber 2009 um gut einen Prozentpunkt auf 26 Prozent. Insgesamt wurden 4,4 Milliarden Kilowattstunden auf diese Weise erzeugt, das waren elf Prozent mehr als 2009. Der wichtigste Energieträger in diesem Bereich ist die

Stromerzeugung 2010¹ nach Energieträgern



Windkraft. Auf sie entfielen mit 1,8 Milliarden Kilowattstunden rund elf Prozent der heimischen Stromerzeugung. Gegenüber dem Jahr 2009 stieg die so erzeugte Strommenge um 8,7 Prozent. Es folgte die Wasserkraft mit einer Milliarde Kilowattstunden (+6,6 Prozent) vor der Stromgewinnung aus Biomasse (0,8 Milliarden Kilowattstunden, +0,5 Prozent). Die Photovoltaik brachte es auf 0,6 Milliarden Kilowattstunden. Gegenüber 2009 weist diese Form der erneuerbaren Energie mit +67 Prozent den größten prozentualen Zuwachs auf.

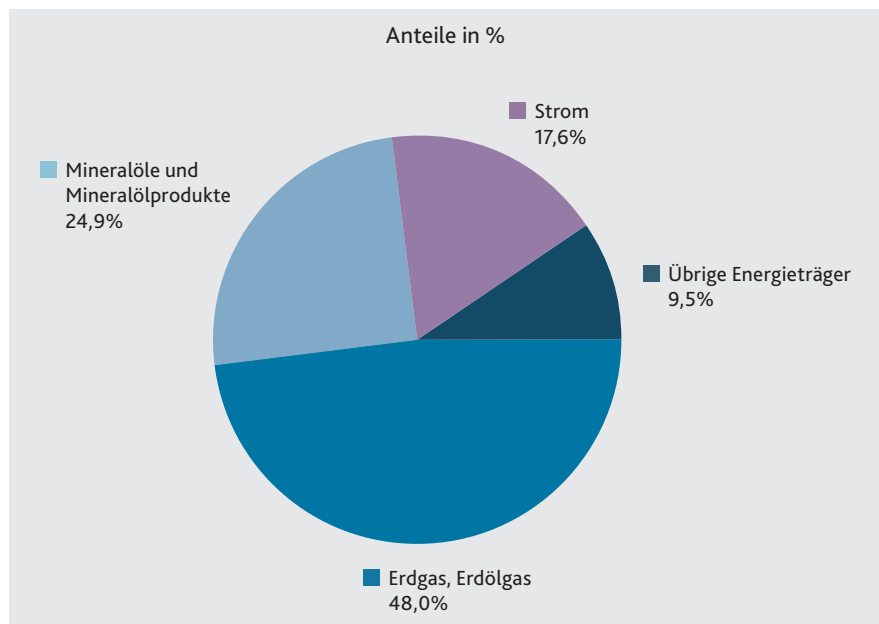
Zwei Drittel des in Rheinland-Pfalz erzeugten Stroms basieren auf der Verbrennung von Erdgas. Auf diese Weise wurden 11,2 Milliarden Kilowattstunden erzeugt, das waren 5,8 Prozent mehr als 2009.

Die in Rheinland-Pfalz erzeugte Strommenge deckt – rein rechnerisch – gut die Hälfte der im Land verbrauchten Strommenge ab. Im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2009 wurden 29 Milliarden Kilowattstunden Strom verbraucht. Die im Jahr 2010 aus erneuerbaren Energieträgern gewonnene Strommenge würde damit rund 15 Prozent des Jahresbedarfs decken.

Energieverbrauch in der Industrie übersteigt Vor-Krisen-Niveau

Die deutlich verbesserte Konjunktur hatte in der rheinland-pfälzischen Industrie einen deutlichen Anstieg des Energieverbrauchs zur Folge. Im Jahr 2010 wurden im Vergleich zu 2009 mit gut 87 200 Gigawattstunden rund 17 Prozent mehr Energie

Energieverbrauch im verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2010



von der Industrie verwendet. Gegenüber 2008, dem Jahr vor der weltweiten Wirtschaftskrise, betrug die Zunahme noch 4,3 Prozent.

Der mit Abstand wichtigste Energieträger ist Erdgas. Rund 48 Prozent des Energiebedarfs der Industrie wurde 2010 durch diesen Energieträger gedeckt (46 400 Gigawattstunden). Daneben kam den Mineralölen bzw. Mineralölprodukten als Energieträger eine große Bedeutung zu. Auf diese Stoffgruppe entfiel ein Anteilswert von 25 Prozent (21 700 Gigawattstunden). Der Stromverbrauch belief sich auf 15 400 Gigawattstunden, was einem Anteil von 18 Prozent entsprach.

Eine rheinland-pfälzische Besonderheit ist, dass ein großer Teil der Energieträger nicht energetisch, sondern als Ausgangsstoff für chemische Produkte genutzt wird. Mehr als ein

Drittel des Energieverbrauchs der Industrie entfällt auf diese Verwendungsform. Hieran lässt sich erkennen, dass die chemische Industrie zu den größeren Energieverbrauchern im Land gehört. Rund 70 Prozent des industriellen Energieverbrauchs entfällt auf diesen Wirtschaftszweig. Mit weitem Abstand folgen die Wirtschaftszweige Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erde (6,1 Prozent) sowie die Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus (5,8 Prozent).

Zahl der Todesopfer bei Verkehrsunfällen deutlich zurückgegangen

Von Januar bis Oktober 2011 wurden in Rheinland-Pfalz deutlich weniger Menschen bei Verkehrsunfällen getötet als im gleichen Zeitraum des Jahres 2010. Nach vorläufigen

Angaben verloren 159 Menschen im Straßenverkehr ihr Leben, das waren zwanzig Todesopfer weniger als von Januar bis Oktober 2010. Die Zahl der Schwerverletzten stieg dagegen

um elf Prozent auf 3 340 an. Leicht verletzt wurden 14 012 Unfallbeteiligte, was einem Anstieg von 5,7 Prozent entspricht. Insgesamt registrierte die Polizei in den ersten zehn

Monaten des vergangenen Jahres 109 061 Verkehrsunfälle, das waren 2,3 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

Aus der amtlichen Statistik

Grenzgänger sind männlich, jung und gut ausgebildet Studie über Pendler in der Großregion vorgestellt

Pendler über die Staatsgrenzen in der Großregion Saarland – Lothringen – Luxemburg – Rheinland-Pfalz – Wallonie sind männlich, jung, vollzeitbeschäftigt und überdurchschnittlich qualifiziert. Das ist das Ergebnis der Studie „Wer sind die Grenzgänger in der Großregion“, die die Statistischen Ämter der Großregion in Zusammenarbeit mit dem Institut Universitaire International Luxembourg (IUIL) erstellt haben.

Insgesamt pendeln rund 195 000 Personen zu Arbeitsplätzen in einem anderen Teilgebiet der Großregion. Luxemburg ist aufgrund seiner zentralen Lage, vor allem aber wegen seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, ein Anziehungspunkt für Grenzgänger. Aktuell pendeln rund 153 000 Arbeitskräfte aus den umliegenden Teilregionen in das Großherzogtum, wobei die Zahl in den vergangenen Jahren stetig wuchs. In das Saarland pendelten knapp 44 000 Arbeitskräfte, nach Rheinland-Pfalz knapp 15 000. Die meisten Auspendler kommen mit 93 300 aus Lothringen, gefolgt von Rheinland-Pfalz (49 000) und der Wallonie (32 000).

Die Grenzgänger werden in der Studie nach den Merkmalen Geschlecht, Alter, Bildungsabschluss und Nationalität betrachtet. Die Ergebnisse im Überblick:

- Es pendeln mehr Männer als Frauen über die Landesgrenzen.
- Die Grenzgänger sind deutlich jünger als die ortsansässigen Erwerbstätigen.
- Wer pendelt, hat überwiegend einen Vollzeitjob.
- Das Gros der Grenzgänger verfügt über einen Sekundärabschluss, also in der Regel eine abgeschlossene Schul- und Berufsausbildung.
- Viele Luxemburger, die in den vergangenen Jahren über die Landesgrenze in andere Teilregionen gezogen sind, fahren heute als Pendler in ihr Heimatland.

- Die meisten Grenzgänger arbeiten in Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten.
- Bei Grenzgängern ist das Bedürfnis, mehr Arbeitsstunden zu leisten, ausgeprägter als bei ortsansässigen Erwerbstätigen.

Der Präsident des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Jörg Berres, bezeichnete die Studie als einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Großregion. Diese sei ein zentraler gemeinsamer Arbeitsmarkt im Herzen Europas. Vor allem das Großherzogtum Luxemburg habe eine große Bedeutung und strahle in die anderen Teilregionen aus. Luxemburgs stark überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum wirke sich positiv auf die Zahl der Erwerbstätigen aus, die in keiner anderen Teilregion in den vergangenen Jahren stärker gewachsen sei. Das verfügbare Einkommen sei im Großherzogtum höher als in den anderen Teilregionen. In den grenznahen Kreisen in Rheinland-Pfalz sei das verfügbare Einkommen in den vergangenen zehn Jahren deutlich stärker gestiegen als im Landesdurchschnitt, nicht zuletzt Dank der Grenzgänger. In den Kreisen Trier-Saargau und Eifelkreis Bitburg-Prüm sowie in der Stadt Trier tragen die Pendler zwischen 10 und 15 Prozent zum verfügbaren Einkommen bei. Ferner werde im Grenzgebiet zu Luxemburg kräftig gebaut. Die Zahl genehmigter Neubauwohnungen liegt in der Stadt Trier und den angrenzenden Landkreisen bei 34 bis 43 je 10 000 Einwohner, in Rheinland-Pfalz sind es durchschnittlich weniger als 20. Insgesamt belegen diese Studie und die Zahlen für Rheinland-Pfalz die enge Verflechtung von Wirtschaft, Arbeitsmarkt und der Bevölkerung in der Großregion, so Berres abschließend.

Die Studie „Wer sind die Grenzgänger in der Großregion“ steht im gemeinsamen Statistik-Portal der Großregion unter www.grossregion.lu zum Download bereit.

Verbraucherpreise im Dezember 2011

Der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz ist im Dezember 2011 gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,3 Prozent gestiegen.

Zu dem im Vergleich zu den Vormonaten geringeren Anstieg hat unter anderem die vergleichsweise moderate Entwicklung der Kraftstoffpreise beigetragen. Diese stiegen gegenüber dem Vorjahresmonat zwar um 6,1 Prozent, im November 2011 lag der entsprechende Wert jedoch noch bei elf Prozent. Haushaltsenergie (Strom, Gas und andere Brennstoffe) verteuerte sich binnen Jahresfrist um elf Prozent, wobei vor allem die Heizölpreise (+21 Prozent) deutlich zulegten. Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke stiegen gegenüber Dezember 2010 um insgesamt 2,1 Prozent. Molkereiprodukte und Eier waren vier

Prozent, Fische und Fischwaren 4,2 Prozent teurer. Fleisch und Fleischwaren verteuerten sich binnen Jahresfrist sogar um 5,8 Prozent. So lagen beispielsweise die Preise für Schweinebraten um 8,6 Prozent und für Rindfleisch zum Schmoren und Braten um elf Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Preise für Gemüse (-14 Prozent) gaben dagegen deutlich nach. Tomaten verbilligten sich um 26 Prozent, Gurken um 30 Prozent und Paprika um 39 Prozent.

Gegenüber November 2011 stieg der Verbraucherpreisindex um 0,7 Prozent. Ausschlaggebend hierfür waren die saisonal bedingten Preiserhöhungen in der Hauptgruppe Freizeit, Unterhaltung und Kultur (+4,8 Prozent) sowie für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (+5,7 Prozent).

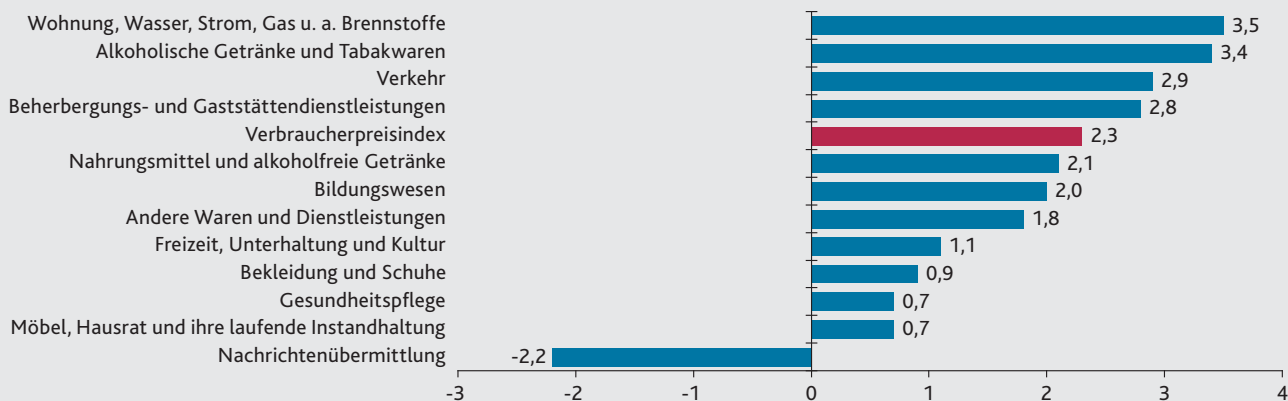
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

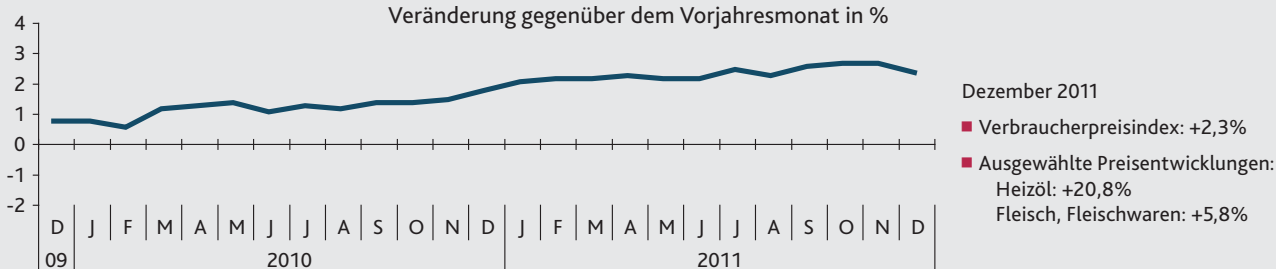
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Dezember 2011

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber Dezember 2010 in %



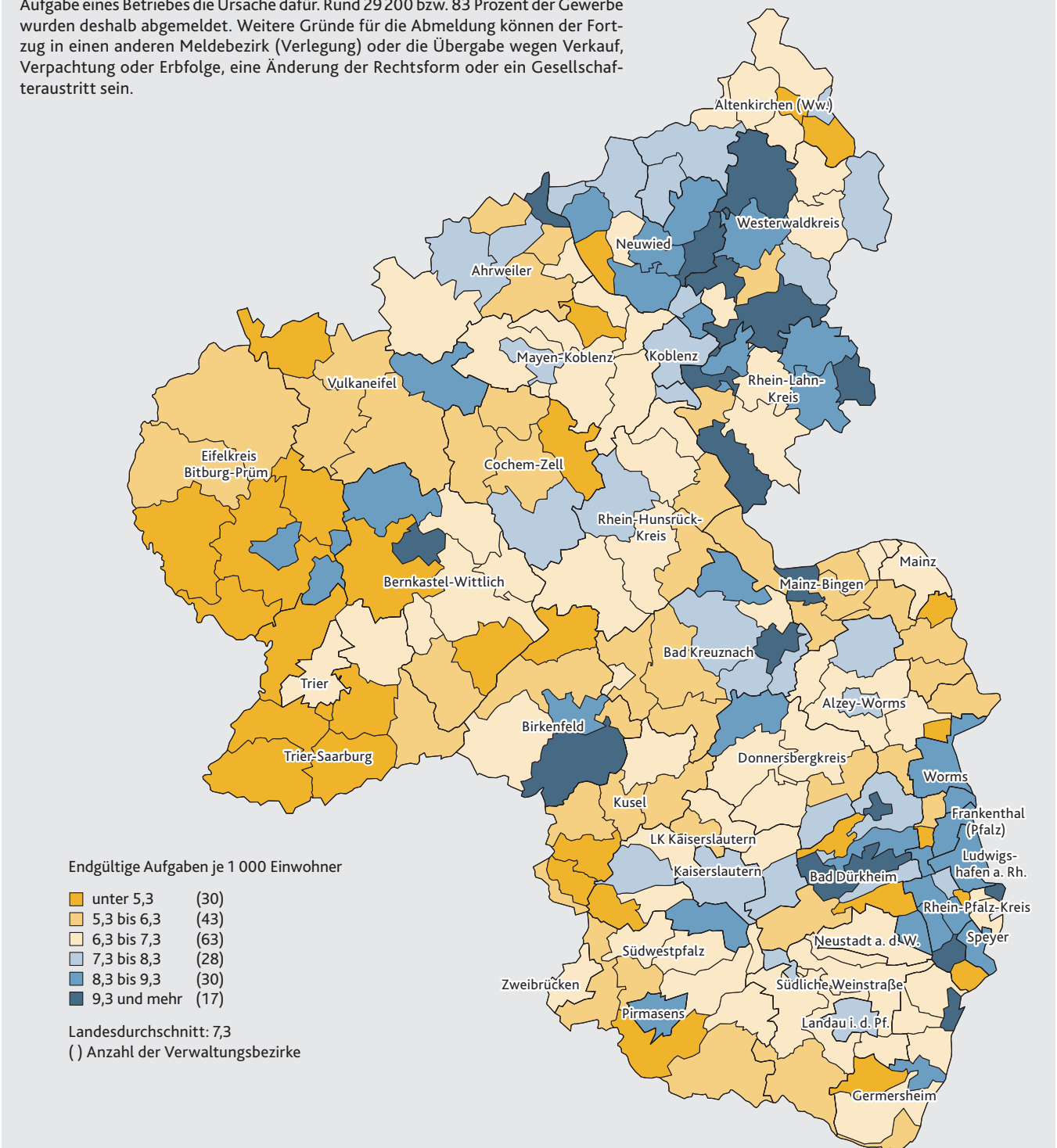
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Endgültige Gewerbeabmeldungen 2010 nach Verwaltungsbezirken

Endgültige Aufgabe ist häufigster Grund für Gewerbeabmeldung

Im Jahr 2010 wurden 35 200 Gewerbe abgemeldet. Am häufigsten war die endgültige Aufgabe eines Betriebes die Ursache dafür. Rund 29 200 bzw. 83 Prozent der Gewerbe wurden deshalb abgemeldet. Weitere Gründe für die Abmeldung können der Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) oder die Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, eine Änderung der Rechtsform oder ein Gesellschafteraustritt sein.



Landtagswahl 2011: Der Einfluss von Geschlecht und Alter auf das Wahlverhalten

Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik



Von Thomas Kirschey

Am 27. März 2011 fand die Wahl zum 16. Landtag Rheinland-Pfalz statt. Nach dem amtlichen Endergebnis entfielen von den gültigen Landesstimmen 35,7 Prozent auf die SPD, 35,2 Prozent auf die CDU, 15,4 Prozent auf die GRÜNEN, 4,2 Prozent auf die FDP und drei Prozent auf die Partei DIE LINKE; die sonstigen Parteien kamen zusammen auf 6,4 Prozent. Die Wahlbeteiligung belief sich auf 61,8 Prozent und erhöhte sich gegenüber der Landtagswahl 2006 um 3,6 Prozentpunkte.

Für das Wahlinteresse und das Abstimmungsverhalten der Wähler sind neben sozialen und ökonomischen Merkmalen auch Geschlecht und Alter von Bedeutung. Für eine Auswertung des Wahlergebnisses hinsichtlich dieser beiden Merkmale liefert die Repräsentative Wahlstatistik die erforderlichen Daten. In diesem Beitrag werden auf Grundlage der Stichprobendaten wesentliche Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik dargestellt.

Etwa 170 000 Wahlberechtigte in die Repräsentative Wahlstatistik einbezogen

196 Stimmbezirke in der Stichprobe

Die Stichprobe der Repräsentativen Wahlstatistik bei der Landtagswahl 2011 umfasste insgesamt 196 der 4 866 Stimmbezirke. In den Stichprobenbezirken wurden die Stimmzettel von etwa 105 000 Wählerinnen und Wählern nach Geschlecht und fünf Altersgruppen untersucht; das waren 5,5 Prozent aller Wählerinnen und Wähler.

Zusätzlich zur Analyse der Stimmabgabe wurde die Wahlbeteiligung der stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger untersucht. Dazu wurden in den ausgewählten Stimmbezirken die Wählerverzeichnisse nach Geschlecht und zehn Altersgruppen

ausgewertet. In diese Auswertung der Wählerverzeichnisse waren mehr als 170 000 Wahlberechtigte einbezogen.

Die in der repräsentativen Stichprobe ermittelte Wahlbeteiligung von 62,7 Prozent weicht um 0,9 Prozentpunkte nach oben von der tatsächlich festgestellten Beteiligung ab. Bei den Stimmenanteilen der Parteien werden die tatsächlichen Wahlergebnisse deutlich besser getroffen. Der Stimmenanteil weicht bei der SPD um 0,2 Prozentpunkte nach unten, bei den GRÜNEN um 0,1 Prozentpunkte nach oben ab. Die Stimmenanteile der CDU, der FDP sowie der Partei DIE LINKE stimmen mit dem amtlichen Endergebnis überein.

Geringe Abweichung zwischen amtlichem Endergebnis und Stichprobenergebnis

Wahlbeteiligung bei Männern höher als bei Frauen – nur geringes Wahlinteresse bei jüngeren Wählerinnen und Wählern

Wahlbeteiligung der Männer stets höher

Bei den ersten Repräsentativen Wahlstatistiken zu den Landtagswahlen 1967 und 1971 wurden bezüglich des Wahlinteresses noch erhebliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern festgestellt. Der Vorsprung der Männer gegenüber den Frauen betrug damals fast vier Prozentpunkte.

Wahlbeteiligung der Männer 2011 um 0,5 Prozentpunkte höher

Seither nähert sich das Wahlinteresse von Männern und Frauen an. Nach Abständen von 1,1 bzw. 0,8 Prozentpunkten bei den Landtagswahlen 2001 bzw. 2006 wurde jetzt eine Differenz von nur noch 0,5 Prozentpunkten beobachtet. Bei der Landtagswahl 2011 machten auf der Grundlage der Stichprobe 62,9 Prozent der Männer und 62,4 Prozent der Frauen von ihrem Wahlrecht Gebrauch.

Wahlbeteiligung steigt gegenüber 2006 in allen Altersgruppen

Die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2011 ist in der repräsentativen Stichprobe gegenüber 2006 insgesamt um 4,9 Prozentpunkte gestiegen. Die Zuwächse zeigen sich zwar in allen Altersgruppen, sie fallen aber recht unterschiedlich aus. Die stärksten Verbesserungen gab es bei den 21- bis 24-Jährigen (+7,1 Prozentpunkte). Die geringste Steigerung der Wahlbeteiligung wurde mit +1,7 Prozentpunkten bei den 60- bis 69-Jährigen ermittelt.

Wahlinteresse in den Altersgruppen sehr unterschiedlich

Die Kurven der altersspezifischen Wahlbeteiligung verlaufen für die letzten Landtagswahlen sehr ähnlich; 2011 – wie beschrieben – durchgängig wieder auf höherem Niveau als 2006. Es fällt auf, dass bei den jungen Wählerinnen und Wählern das Interesse relativ gering ist. Nach dem 24. Lebensjahr steigt es mit zunehmendem Alter stetig an, erreicht in der Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen ein Maximum und nimmt bei den höher betagten Wahlberechtigten über 70 Jahren wieder ab.

Repräsentative Wahlstatistik

Bei der Landtagswahl am 27. März 2011 sind an Wählerinnen und Wähler in 196 ausgewählten Stimmbezirken Stimmzettel mit einer Markierung zu Geschlecht und Geburtsjahr ausgegeben worden. Mithilfe der gekennzeichneten Stimmzettel können Erkenntnisse über das geschlechts- und altersspezifische Wählerverhalten gewonnen werden.

Das Wahlgeheimnis wird durch die Kennzeichnung der Stimmzettel und die Auswertung der Wählerverzeichnisse nicht verletzt. Für die repräsentative Stichprobe dürfen nur Stimmbezirke mit mehr als 400 Stimmberechtigten ausgewählt werden. Für die Untersuchung der Wahlbeteiligung sind die einzelnen Geburtsjahre zu zehn Altersgruppen und für die Untersuchung des Wählerverhaltens zu fünf großen Altersgruppen zusammengefasst worden. Ein Rückschluss auf die Wahlbeteiligung eines einzelnen Wahlberechtigten bzw. auf die Stimmabgabe eines einzelnen Wählers ist somit ausgeschlossen.

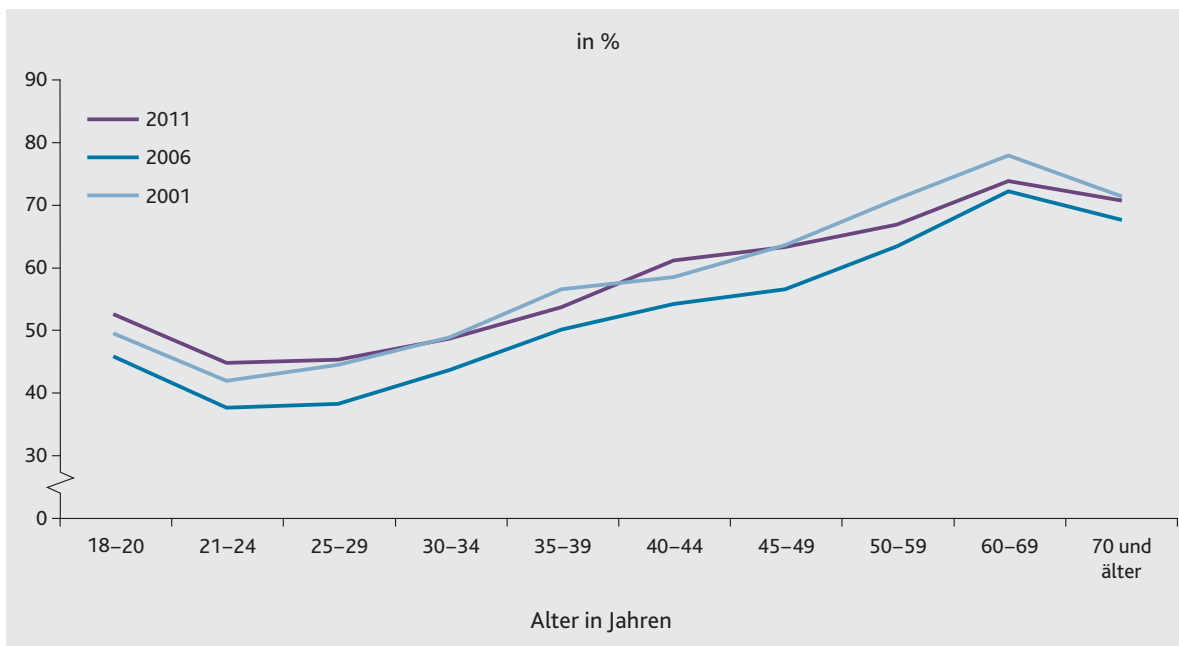
Rechtsgrundlage für die Repräsentative Wahlstatistik ist § 54 a des Landeswahlgesetzes Rheinland-Pfalz (LWahlG) in der Fassung vom 24. November 2004 (GVBl. v. 21.12.2004, S. 519), zuletzt geändert durch das Landesgesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes und des Abgeordnetengesetzes Rheinland-Pfalz vom 24. November 2009 (GVBl. v. 27.11.2009, S. 376).

Die Informationen der Repräsentativen Wahlstatistik über die Wahlbeteiligung und das Wählerverhalten sind für Bürger wie für Politik und Medien, aber auch für die Wahlforschungsinstitute von großem Interesse.

Der Vorteil der Repräsentativen Wahlstatistik der statistischen Ämter gegenüber den Wahluntersuchungen anderer Institutionen besteht zum einen in der sehr breiten Zahlenbasis. Zum anderen wird in der Repräsentativen Wahlstatistik nicht das „beabsichtigte“ oder das nach dem Wahlvorgang „bekundete“ Wählerverhalten von Befragten untersucht, sondern es wird die tatsächliche Stimmabgabe der Wählerinnen und Wähler in den ausgewählten Stimmbezirken anhand der abgegebenen Stimmzettel nach dem Geschlecht und fünf Altersgruppen festgestellt. Außerdem kann durch die Auswertung der Wählerverzeichnisse in den entsprechenden Stimmbezirken für zehn Altersgruppen ermittelt werden, wie viele wahlberechtigte Frauen und Männer aus einer Altersgruppe tatsächlich gewählt haben.

G 1

Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen 2001–2011 nach Altersgruppen



Geringstes Wahlinteresse bei den 21- bis 24-Jährigen – höchste Wahlbeteiligung bei den über 60-Jährigen

Das geringste Wahlinteresse zeigten die 21- bis 24-Jährigen, von denen nur 44,6 Prozent ihre Stimme abgaben. Damit lag deren Wahlbeteiligung um 18,1 Prozentpunkte unter dem Landesmittel und sogar um 29,1 Prozentpunkte unter der Beteiligung der Altersgruppe mit dem höchsten Wahlinteresse. Das waren auch bei dieser Wahl wieder die 60- bis 69-Jährigen. In dieser Altersgruppe gaben 73,7 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Bei den über 70-Jährigen geht die Wahlbeteiligung zwar wieder etwas zurück, liegt allerdings mit 70,6 Prozent immer noch höher als bei allen unter 60-jährigen Wahlberechtigten.

In den Altersgruppen deutliche Unterschiede zwischen dem Wahlinteresse der Frauen und der Männer

Bei der Durchschnittsbetrachtung über alle Altersgruppen ist hinsichtlich der Wahlbeteiligung zwischen den Geschlechtern kein wesentlicher Unterschied zu erkennen. Eine

Differenzierung nach Altersgruppen zeigt aber nach wie vor erhebliche Unterschiede zwischen dem Wahlinteresse von Frauen und Männern.

Bei den 30- bis 49-Jährigen beteiligten sich 2011 die Frauen in allen vier Altersgruppen stärker an der Wahl als die Männer. Gleiches gilt für die Jungwählerinnen im Alter von 18 bis 20 Jahren. Den größten Abstand zugunsten der Frauen gab es bei den 30- bis 34-Jährigen. In dieser Altersgruppe lag die Wahlbeteiligung der Frauen mit 49,7 Prozent um 2,5 Prozentpunkte über derjenigen der Männer. Bei den 21- bis 24-Jährigen belief sich die Wahlbeteiligung sowohl für Frauen als auch für Männer gleichermaßen lediglich auf 44,6 Prozent.

Wahlbeteiligung der Frauen in fünf Altersgruppen höher

In den restlichen vier Altersgruppen ist eine höhere Wahlbeteiligung der Männer zu beobachten. In der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen fällt der Abstand mit 0,1 Prozentpunkten allerdings denkbar knapp

Bei den über 70-Jährigen haben Männer eine deutlich höhere Wahlbeteiligung

T 1

Unterschiede zwischen der Wahlbeteiligung der Frauen und Männer bei den Landtagswahlen 2001–2011 nach Altersgruppen

Alter in Jahren	2001	2006	2011
	Wahlbeteiligung der Frauen minus Wahlbeteiligung der Männer in Prozentpunkten		
18–20	-4,6	0,4	0,6
21–24	-5,6	-4,0	-
25–29	-0,1	0,5	-0,1
30–34	3,0	1,9	2,5
35–39	0,4	0,8	2,1
40–44	0,3	0,8	1,8
45–49	0,1	-0,3	1,3
50–59	-0,2	0,1	-0,5
60–69	-2,1	-1,8	-0,9
70 und älter	-10,5	-9,5	-7,8
Insgesamt	-1,1	-0,8	-0,5

aus. Auch bei den 50- bis 59-Jährigen sowie den 60- bis 69-Jährigen ist der Vorsprung zugunsten der Männer mit 0,5 bzw. 0,9 Prozentpunkten noch recht gering. Erst bei den 70-Jährigen und Älteren ist wie bei den vorangegangenen Landtagswahlen eine im Vergleich zu den Frauen deutlich höhere Wahlbeteiligung der Männer festzustellen. Die bestehende Differenz zugunsten der Männer ist bei den ältesten Wahlberechtigten bei der Landtagswahl 2011 mit einem Vorsprung von 7,8 Prozentpunkten am größten. In diesem Zusammenhang muss außerdem auf die außergewöhnlich hohe Wahlbeteiligung der über 70-jährigen Männer hingewiesen werden. Mit 75,2 Prozent haben sie noch vor den 60- bis 69-Jährigen Männern (74,2 Prozent) und Frauen (73,3 Prozentpunkte) die höchste Wahlbeteiligung überhaupt.

SPD liegt bei den älteren Wählerinnen und Wählern über ihrem landesdurchschnittlichen Ergebnis

Stimmenanteil der SPD bei den Frauen höher

Bei der SPD (Landesergebnis in der Stichprobe: 35,5 Prozent) lag der Landesstimmenanteil, den die Partei von den Frauen erhielt (36,3 Prozent), um 1,7 Prozentpunkte über dem Anteil, den sie von den Männern

bekam (34,6 Prozent). Im Vergleich zur Landtagswahl 2006 hat die SPD bei den Frauen wesentlich stärker verloren (-11,1 Prozentpunkte) als bei den Männern (-9,2 Prozentpunkte).

Eine differenzierte Untersuchung der einzelnen Altersgruppen zeigt, dass die SPD ihre höchsten Landesstimmenanteile bei den älteren Wählerinnen und Wählern erzielte. Das beste Ergebnis gab es für die Sozialdemokraten mit 40,5 Prozent bei den 60-jährigen und älteren Frauen. Von den Männern dieser Altersgruppe gaben 38 Prozent ihre Landesstimme der SPD. Das schlechteste Ergebnis bekamen die Sozialdemokraten mit einem Stimmenanteil von nur 29,6 Prozent bei den 25- bis 34-jährigen Männern.

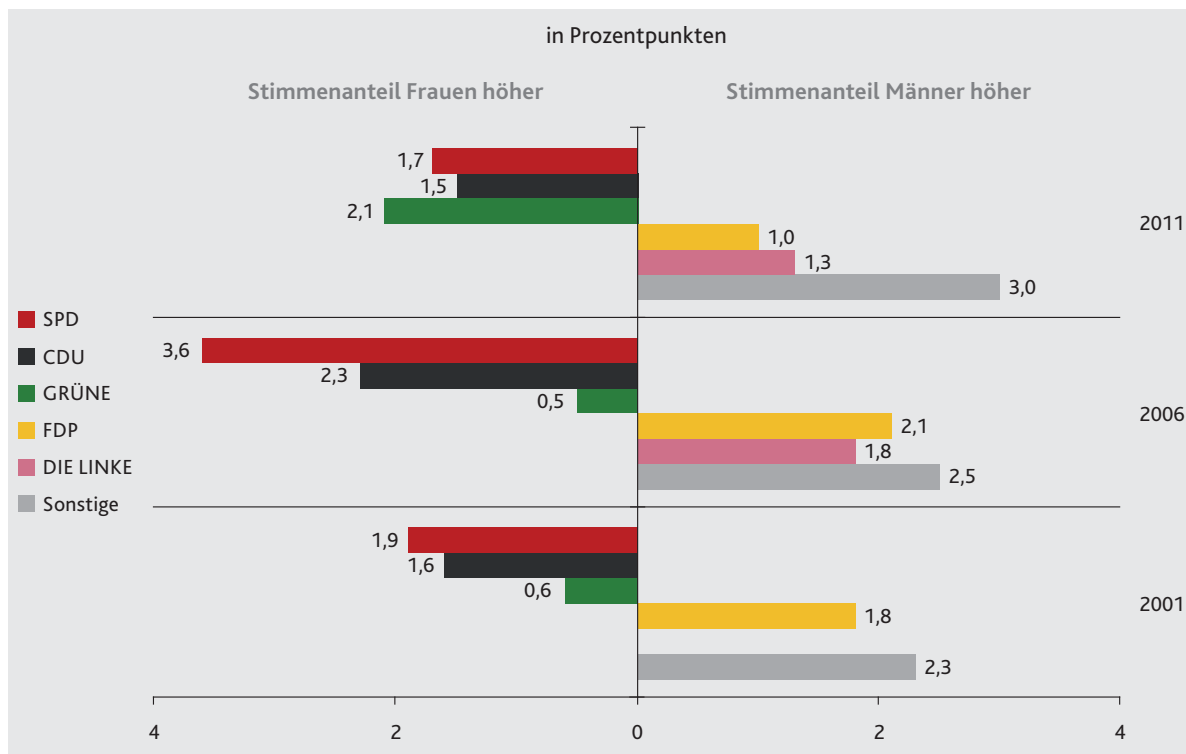
Bestes Ergebnis der SPD bei den über 60-jährigen Frauen

Auch bei der Betrachtung nach Geschlecht und Altersgruppen gab es für die SPD durchgängig niedrigere Landesstimmenanteile als 2006. Besonders kräftig fiel der Anteilsverlust bei den 18- bis 24-jährigen Frauen aus; in dieser Wählergruppe belief sich der Rückgang des Landesstimmenanteils auf 18,6 Prozentpunkte. Die geringsten Verluste für die Sozialdemokraten gab es bei den über 60-jährigen Männern (-4,5 Prozentpunkte).

Größter Anteilsverlust für die SPD bei den 18- bis 24-jährigen Frauen

G 2

Differenz zwischen den Stimmenanteilen bei Frauen und Männern bei den Landtagswahlen 2001–2011 nach ausgewählten Parteien



CDU erzielt überdurchschnittliches Ergebnis bei den älteren Wählerinnen und Wählern

Frauen wählen häufiger CDU

Auch die CDU (Landesergebnis in der Stichprobe: 35,2 Prozent) hat bei dieser Landtagswahl bei den Frauen ein besseres Ergebnis erzielt. Der Landesstimmenanteil der Frauen (35,9 Prozent) übertraf den der Männer (34,4 Prozent) um 1,5 Prozentpunkte. Im Vergleich zur Landtagswahl 2006 hat die CDU allerdings bei den Männern (+3,2 Prozentpunkte) mehr hinzugewonnen als bei den Frauen (+2,4 Prozentpunkte).

Stimmenanteil für die CDU bei den Frauen im Alter von über 60 Jahren: 45,1 Prozent

Auch die CDU wird besonders häufig von den älteren Menschen gewählt. Ihren höchsten Stimmenanteil erzielten die Christdemokraten – wie bei den vorangegangenen Landtagswahlen – bei den 60-jährigen und älteren Frauen. Hier kam die Union auf 45,1 Prozent der gültigen Stimmen. Bei den gleichaltrigen

Männern erhielt sie mit 43,7 Prozent das zweitbeste Ergebnis. Den geringsten Stimmenanteil musste die CDU mit einem Anteilsergebnis von 23,2 Prozent bei den 18- bis 24-jährigen Männern hinnehmen.

Bei der Betrachtung nach Geschlecht und Altersgruppen zeigen sich für die Christdemokraten leichte Verluste nur bei den 18- bis 24-jährigen Männern (–0,7 Prozentpunkte) und Frauen (–0,4 Prozentpunkte). Die höchsten Anteilsgewinne erzielte die CDU bei den 60-jährigen und älteren Männern (+4,8 Prozentpunkte) und Frauen (+3,6 Prozentpunkte).

Höchste Anteilsgewinne für die CDU in der älteren Wählerschaft

GRÜNE erzielen beste Ergebnisse bei jüngeren Wählerinnen und Wählern

Traditionell schneiden die GRÜNEN hinsichtlich des Wahlergebnisses bei den Frauen besser ab als bei den Männern. Bei dieser Landtagswahl (Landesergebnis in der Stichprobe:

GRÜNE erzielen bei Frauen bessere Ergebnisse

T 2

Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei der Landtagswahl 2011 nach Geschlecht und Altersgruppen

Alter in Jahren	Wahl- beteiligung	Ungültige Landesstimmen	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	DIE LINKE	Sonstige
		Anteil an allen Landesstimmen	Anteil an den gültigen Landesstimmen					
	in %							
Insgesamt								
18–24	47,4	1,2	30,3	23,8	22,5	4,8	3,5	15,2
25–34	46,7	1,6	31,1	28,6	18,3	5,0	3,3	13,6
35–44	57,9	1,4	31,1	29,8	22,7	4,2	3,1	9,1
45–59	65,4	1,6	35,0	30,2	20,8	3,8	3,8	6,4
60 und älter	71,9	2,7	39,4	44,4	6,9	4,3	2,1	3,0
Insgesamt	62,7	2,0	35,5	35,2	15,5	4,2	3,0	6,7
Frauen								
18–24	47,5	1,5	30,2	24,4	27,2	4,1	3,6	10,5
25–34	47,3	1,5	32,6	29,3	20,6	4,3	2,9	10,2
35–44	58,9	1,4	31,6	29,8	25,3	3,5	2,7	7,1
45–59	65,5	1,8	35,1	30,7	22,2	3,3	3,1	5,6
60 und älter	69,5	2,9	40,5	45,1	6,7	3,9	1,3	2,4
Zusammen	62,4	2,2	36,3	35,9	16,5	3,7	2,3	5,2
Männer								
18–24	47,3	0,9	30,4	23,2	17,9	5,5	3,3	19,6
25–34	46,1	1,6	29,6	27,9	16,0	5,7	3,8	17,1
35–44	57,0	1,4	30,6	29,8	19,9	4,8	3,6	11,3
45–59	65,4	1,4	34,8	29,8	19,4	4,3	4,4	7,3
60 und älter	74,7	2,4	38,0	43,7	7,1	4,7	2,9	3,6
Zusammen	62,9	1,8	34,6	34,4	14,4	4,7	3,6	8,2

15,5 Prozent) gaben 16,5 Prozent der Frauen und 14,4 Prozent der Männer den GRÜNEN ihre Landesstimme (Differenz von 2,1 Prozentpunkten). Gegenüber 2006 konnten die GRÜNEN ihr Anteilsergebnis bei den Wählerinnen um 11,7 Prozentpunkte und bei den Wählern um 10,1 Prozentpunkte verbessern.

Die GRÜNEN holten ihren höchsten Landesstimmenanteil bei den 18- bis 24-jährigen Frauen. Von dieser Personengruppe bekamen sie 27,2 Prozent der gültigen Stimmen. Das zweithöchste Ergebnis erzielte die Partei bei den 35- bis 44-jährigen Frauen (25,3 Prozent). Am schlechtesten schnitten die GRÜNEN bei den 60-jährigen und Älteren ab. Hier beliefen sich die Stimmenanteile der Frauen und Männer lediglich auf 6,7 bzw. 7,1 Prozent.

Die GRÜNEN haben bei dieser Landtagswahl in allen Altersgruppen Zuwächse erzielt. Das

größte Plus gegenüber 2006 gab es bei den 18- bis 24-jährigen Frauen (+18,7 Prozentpunkte). Am niedrigsten war die Verbesserung bei den 60-jährigen und älteren Frauen (+5,3 Prozentpunkte).

Kräftige Verluste der FDP bei allen untersuchten Personengruppen

Die FDP (Landesergebnis in der Stichprobe: 4,2 Prozent) bekam von den Männern eine etwas größere Zustimmung als von Frauen. Die Männer wählten die Liberalen mit einem Anteil von 4,7 Prozent, während sie bei den Frauen 3,7 Prozent erreichten. Die Anteilsdifferenz betrug ein Prozentpunkt. Im Vergleich zur Landtagswahl 2006 sank der Stimmenanteil der FDP bei den Frauen um 3,4 Prozentpunkte, bei den Männern sogar um 4,5 Prozentpunkte.

Stärkste Zuwächse für die GRÜNEN bei jüngeren Frauen

FDP hat bei den Männern höheren Stimmenanteil

Höchster Stimmenanteil der GRÜNEN bei den 18- bis 24-jährigen Frauen

Größte Zustimmung, aber auch ...

Die FDP schnitt am besten bei den jüngeren Männern ab. Nur bei den 25- bis 34-jährigen (5,7 Prozent) sowie den 18- bis 24-jährigen (5,5 Prozent) Männern konnte sie die Fünf-Prozent-Hürde übertreffen. Den geringsten Landesstimmenanteil bekamen die Liberalen dagegen von den Frauen im Alter von 45 bis 59 Jahren (3,3 Prozent).

... höchste Verluste bei den 25- bis 34-jährigen Männern

Bei der Landtagswahl 2011 hat die FDP in allen Altersgruppen verloren. Das größte Minus gab es bei den 25- bis 34-jährigen Männern (-7,7 Prozentpunkte). Den geringsten Verlust verzeichneten die Liberalen bei den 60-jährigen und älteren Frauen (-2,3 Prozentpunkte).

DIE LINKE bei den Männern beliebter

DIE LINKE schneidet bei den Männern besser ab

Die Partei DIE LINKE (Landesergebnis in der Stichprobe: 3 Prozent) erreichte bei den Männern einen höheren Landesstimmenanteil als bei den Frauen. Bei den Männern erzielte die Partei einen Anteil der Landesstimmen in Höhe von 3,6 Prozent. Von den Frauen bekam die Partei nur 2,3 Prozent, also 1,3 Prozentpunkte weniger. Gegenüber dem WASG-Ergebnis von 2006 konnte DIE LINKE bei den Frauen ihren Landesstimmenanteil leicht um 0,5 Prozentpunkte steigern; bei den Männern blieb das Ergebnis unverändert.

Höchste Zustimmung für DIE LINKE bei den 45- bis 59-jährigen Männern

Die Partei DIE LINKE war mit einem Landesstimmenanteil von 4,4 Prozent in der Altersgruppe der 45- bis 59-jährigen Männer am erfolgreichsten. Das schlechteste Ergebnis für DIE LINKE gab es mit nur 1,3 Prozent bei den 60-jährigen und älteren Frauen.

Stimmenzuwachs bei den Frauen aller Altersgruppen

Gegenüber 2006 gab es für DIE LINKE bei den Frauen in allen Altersgruppen leichte Zuwächse. Die größte Verbesserung verbuchte die Partei bei den Frauen im Alter von 18 bis 24 Jahren (+1,8 Prozentpunkte).

Dagegen wurde lediglich bei den 45- bis 59-jährigen Männern ein Rückgang des Stimmenanteils um 0,6 Prozentpunkte festgestellt.

Nutzung des Stimmensplittings

Bei Landtagswahlen haben die Wählerinnen und Wähler zwei Stimmen: Die Wahlkreisstimme geht an einen Wahlkreisbewerber, die Landesstimme an eine Partei. Die Wählerinnen und Wähler können ihre Landesstimme an eine Partei vergeben und mit ihrer Wahlkreisstimme eine Bewerberin oder einen Bewerber einer anderen Partei oder Einzelbewerber wählen. Die wahlstatistischen Auswertungen haben gezeigt, dass die Wählerinnen und Wähler der beiden „größeren“ Parteien das Stimmensplitting vergleichsweise wenig, die Wählerinnen und Wähler der „kleineren“ Parteien dagegen relativ oft nutzen.

Wählerinnen und Wähler können Wahlkreis- und Landesstimme splitten

Von 1000 Wählerinnen und Wählern, die mit ihrer Landesstimme die SPD gewählt haben, gaben 164 dem Bewerber einer anderen Partei ihre Wahlkreisstimme (2006: 169). Anders als bei der vorangegangenen Landtagswahl profitierten 2011 allerdings die Wahlkreiskandidaten der GRÜNEN (68) stärker als die der CDU (54) vom Stimmensplitting der SPD-Wählerschaft.

Ein Sechstel der SPD-Wählerschaft macht vom Stimmensplitting Gebrauch

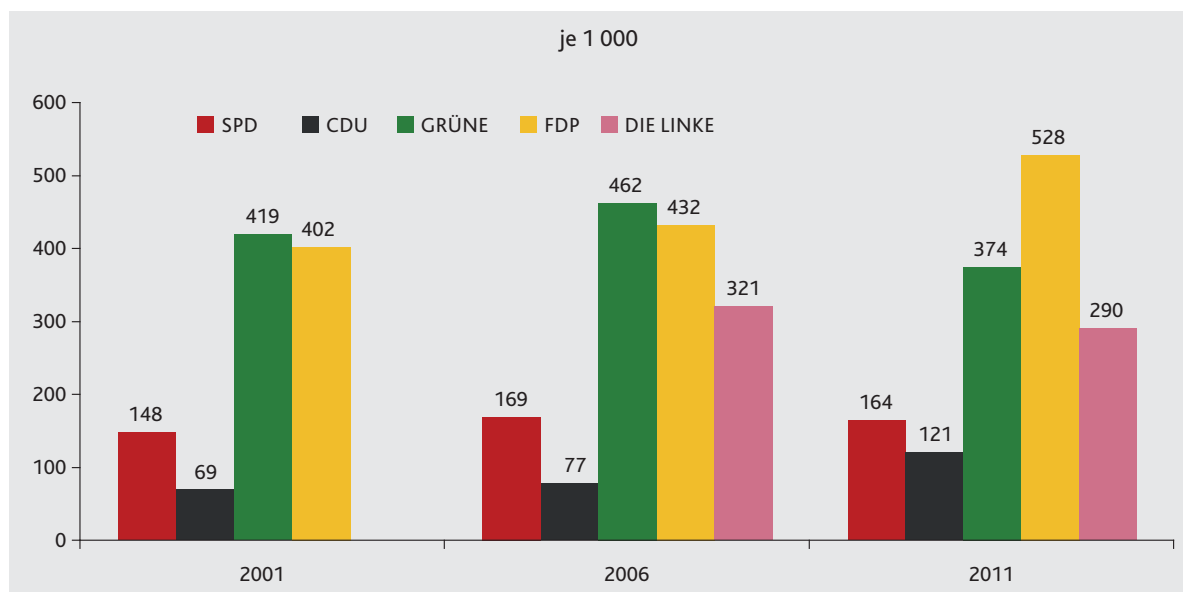
Die weibliche Wählerschaft der Sozialdemokraten hat ihre Stimmen stärker gesplittet als die männliche. Von 1000 Frauen, die der SPD ihre Landesstimme gegeben haben, wählten 181 den Kandidaten einer anderen Partei, bei den Männern waren es nur 145.

SPD-Wählerinnen nutzen das Stimmensplitting häufiger

Wie bei den beiden vorangegangenen Landtagswahlen haben die Wählerinnen und Wähler der CDU am wenigsten von der Möglichkeit des Stimmensplittings Gebrauch

G 3

Wählerinnen und Wähler, die mit ihrer Wahlkreisstimme eine andere Partei oder ungültig gewählt haben als mit der Landesstimme bei den Landtagswahlen 2001–2011 nach ausgewählten Parteien



CDU-Wählerinnen und -Wähler stimmen meist auch für den eigenen Wahlkreisandidaten

gemacht. Von 1000 Wählerinnen und Wählern, die mit ihrer Landesstimme die CDU gewählt haben, gaben lediglich 121 dem Bewerber einer anderen Partei ihre Wahlkreisstimme (2006: 77). Vom Stimmensplitting der CDU-Wählerschaft haben die Kandidaten der SPD mit 43 Wahlkreisstimmen etwas mehr profitiert als die der FDP (34).

Nur geringe Unterschiede beim Stimmensplitting in der CDU-Wählerschaft

Die CDU-Wählerinnen haben auch bei dieser Wahl das Stimmensplitting geringfügig häufiger genutzt als die CDU-Wähler. Während von 1000 Frauen, die der Union ihre Landesstimmen gaben, 125 einer anderen Partei ihre Wahlkreisstimme gegeben haben, waren es von 1000 Männern 117.

Wählerschaft der GRÜNEN splittet die Stimmen weniger stark als früher

Die Wählerinnen und Wähler der GRÜNEN nutzten 2011 die Möglichkeit des Stimmensplittings nicht mehr so oft wie bei den vorangegangenen Landtagswahlen. Von 1000 Wählerinnen und Wählern, die den GRÜNEN ihre Landesstimme gaben, haben 374 den Direktkandidaten einer anderen Partei gewählt (2006: 462). Mit großem

Abstand entschieden sich die meisten von ihnen für den Wahlkreisbewerber der SPD (267).

In der Wählerschaft der GRÜNEN splitten die Männer häufiger als die Frauen. Von 1000 Wählern der GRÜNEN gaben bei dieser Landtagswahl 398 den Direktbewerbern anderer Parteien ihre Wahlkreisstimme; bei den Wählerinnen stimmten dagegen nur 355 für die Kandidaten anderer Parteien.

Bei der GRÜNEN-Wählerschaft splitten die Männer ihre Stimmen häufiger

Die Landesstimmenwählerinnen und -wähler der FDP haben bei dieser Landtagswahl am häufigsten mit ihrer Wahlkreisstimme Direktkandidaten anderer Parteien gewählt. Von 1000 Wählerinnen und Wählern, die mit ihrer Landesstimme die Liberalen gewählt haben, gaben 528 dem Bewerber einer anderen Partei ihre Wahlkreisstimme (2006: 432). Der mit Abstand größte Teil der FDP-Wählerschaft, der nicht für den Kandidaten der Liberalen stimmte, entschied sich für den Wahlkreisbewerber der CDU (385).

Mehr als die Hälfte der FDP-Wählerschaft nutzen das Stimmensplitting

T 3

Kombination von Wahlkreis- und Landesstimmen bei der Landtagswahl 2011
nach Altersgruppen

Landesstimme Alter in Jahren	Von 1 000 Wählerinnen und Wählern, die mit ihrer Landesstimme die in der Vorspalte genannte Partei oder ungültig gewählt haben, wählten mit ihrer Wahlkreisstimme						
	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	DIE LINKE	Sonstige	ungültig
SPD	836	54	68	11	7	13	10
18–24	764	85	97	18	11	20	5
25–34	770	74	98	16	11	25	6
35–44	786	63	99	13	11	21	7
45–59	820	54	86	10	8	12	8
60 und älter	883	43	38	9	5	8	14
CDU	43	879	20	34	2	11	9
18–24	68	818	33	56	2	18	5
25–34	60	848	23	45	4	16	4
35–44	59	846	31	40	2	17	6
45–59	51	853	34	35	3	14	10
60 und älter	31	912	9	29	2	7	11
GRÜNE	267	64	626	10	12	16	6
18–24	311	72	561	10	15	26	5
25–34	291	72	594	8	12	17	6
35–44	242	70	645	12	9	17	5
45–59	255	55	648	9	13	14	6
60 und älter	285	69	604	9	13	11	9
FDP	91	385	21	472	6	15	10
18–24	107	417	18	405	9	34	9
25–34	109	391	9	438	11	32	11
35–44	111	386	40	441	7	8	7
45–59	86	348	29	509	7	11	10
60 und älter	79	404	13	479	3	11	10
DIE LINKE	123	27	94	12	710	23	11
18–24	162	64	132	38	556	34	13
25–34	150	35	121	19	650	22	3
35–44	116	36	109	11	703	22	2
45–59	117	17	91	9	730	26	11
60 und älter	113	25	70	7	751	16	18
Sonstige	147	157	136	52	79	372	56
18–24	228	185	172	59	71	245	39
25–34	171	176	136	73	73	332	39
35–44	134	137	161	45	71	404	49
45–59	116	136	134	43	104	408	60
60 und älter	118	172	82	47	61	428	93
ungültig	128	128	21	11	10	15	688
18–24	73	49	37	12	-	12	817
25–34	60	60	20	13	-	7	839
35–44	70	35	20	-	5	50	820
45–59	130	80	35	14	14	12	716
60 und älter	150	182	13	12	11	11	622

Vor allem die männliche FDP-Wählerschaft macht vom Stimmensplitting Gebrauch

Auch in der Wählerschaft der FDP splitten die Männer häufiger ihre Stimmen als die Frauen. Von 1000 Landesstimmenwählern der Liberalen gaben 559 dem Direktkandidaten einer anderen Partei ihre Wahlkreisstimme. Bei den Frauen haben nur 491 für den Kandidaten einer anderen Partei gestimmt.

Wählerschaft der Partei DIE LINKE teilt ihre Stimmen seltener

Die Wählerinnen und Wähler der Partei DIE LINKE haben ihre Stimmen seltener gesplittet als die Wählerinnen und Wähler der GRÜNEN und der FDP. Von 1000 Wählerinnen und Wählern, die mit ihrer Landesstimme DIE LINKE gewählt haben, vergaben nur 290 ihre Wahlkreisstimme an Direktkandidaten anderer Parteien (2006: 321).

Vom Stimmensplitting der Wählerinnen und Wähler der Partei DIE LINKE haben die Direktkandidaten der SPD (123) am stärksten profitiert.

Die Wählerinnen der Partei DIE LINKE haben auch bei dieser Wahl das Stimmensplitting etwas stärker genutzt als die Wähler. Von 1000 Frauen, die der Partei DIE LINKE ihre Landesstimmen gaben, wählten 304 den Wahlkreiskandidaten einer anderen Partei; bei den Männern waren es 280.

Keine gravierenden Unterschiede beim Stimmensplitting der Wählerinnen und Wähler der Partei DIE LINKE

Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist Referent im Referat Analysen, Europa.

Landtagswahl 2011: Die Ungültigwähler



Von Romy Feldmann

Bei der Landtagswahl am 27. März 2011 gaben die rheinland-pfälzischen Wählerinnen und Wähler nach dem amtlichen Endergebnis 53 598 ungültige Wahlkreisstimmen und 40 547 ungültige Landesstimmen ab. Das Statistische Landesamt hat die ungültigen Stimmen aus der Repräsentativen Wahlstatistik gesondert ausgewertet. Die Ergebnisse zeigen, dass in der Regel bewusst ungültig gewählt wird. Die meisten Ungültigwählerinnen und -wähler haben sich willentlich entschieden, am demokratischen Prozess teilzunehmen. Entweder um ihren politischen Unmut preis zu geben oder taktisch zu wählen.

Datenbasis: Repräsentative Wahlstatistik

Rund 105 500
Stimmzettel
ausgewertet

Grundlage für die Untersuchung der ungültigen Stimmabgabe sind die Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik für die Landtagswahlen 2006 und 2011. Aufgrund der unterschiedlich hohen Wahlbeteiligung ergeben sich für diese beiden Wahlen verschiedene Stichprobenumfänge. Während bei der Landtagswahl 2011 rund 105 500 Stimmzettel in die Untersuchung einbezogen werden konnten, waren es bei der Wahl 2006 nur 90 000.

Bei der Repräsentativen Wahlstatistik sind die Stimmzettel mit einer Markierung zu Alter und Geschlecht der Wählerinnen und Wähler versehen. Das Wahlgeheimnis bleibt dabei gewahrt. Es sind keine Rückschlüsse auf das Wahlverhalten von Einzelpersonen möglich. Zur Gewährleistung des Wahlgeheimnisses muss der ausgewählte Urnen-

wahlbezirk mindestens 400 Wahlberechtigte aufweisen. Das Wahlgeheimnis für die Briefwahl wird dadurch gewährleistet, dass in den repräsentativen Stimmbezirken die Briefwahlstimmen mit den Urnenstimmen zusammengeführt und gemeinsam ausgezählt werden. Daher ist eine getrennte Auswertung der Repräsentativen Wahlstatistik nach Urnen- bzw. Briefwählern nicht möglich. Darüber hinaus dürfen höchstens fünf Geburtsjahresgruppen mit mindestens sieben Geburtsjahrgängen gebildet werden. Schließlich ist die Veröffentlichung der Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik auf Stimmbezirksebene ausgeschlossen.

Zahl der ungültigen Stimmen rückläufig

Bei der Landtagswahl 2011 gaben nach dem amtlichen Endergebnis 3,2 Prozent aller Wählerinnen und Wähler mindestens eine

53 598 Wahlkreisstimmen und 40 547 Landesstimmen ungültig

ungültige Stimme ab. Insgesamt 53 598 Wahlkreisstimmen wurden von den Wahlvorständen für ungültig erklärt. Im Jahr 2006 waren es noch 58 664. Die Zahl der ungültigen Landesstimmen erhöhte sich von 37 962 bei der Landtagswahl 2006 auf 40 547 bei der Wahl 2011. Da jedoch auch die Wahlbeteiligung von 58,2 auf 61,8 Prozent stieg, blieb der Anteil der ungültigen Landesstimmen mit 2,1 Prozent konstant.

Etwa 42 Prozent aller Ungültigwähler geben zwei ungültige Stimmen ab

In der Stichprobe der Repräsentativen Wahlstatistik zur Landtagswahl 2011 gab es 3 343 Stimmzettel, auf denen eine oder beide Stimmen ungültig waren. Auf 1 418 bzw. 42 Prozent dieser Stimmzettel waren beide Stimmen ungültig. Auf 1 282 bzw. 38 Prozent der Stimmzettel gab es eine gültige Landesstimme in Verbindung mit einer ungültigen Wahlkreisstimme. Auf 643 Stimmzetteln bzw. 19 Prozent war umgekehrt die Wahlkreisstimme gültig und die Landesstimme ungültig. Somit wurden insgesamt 4 750 ungültige Stimmen im Rahmen der Repräsentativen Wahlstatistik gezählt.

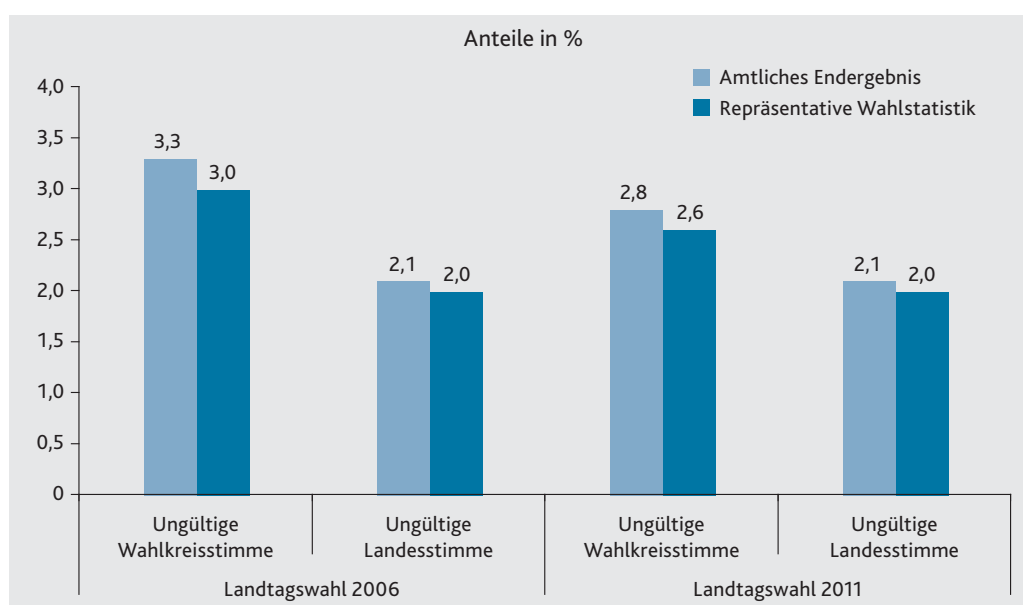
Ein Vergleich der amtlichen Endergebnisse mit den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik zeigt für beide Wahlen in den ausgewählten Stimmbezirken einen geringeren Anteil an ungültigen Stimmen. Die Ungültigwähler sind in den Stichproben also unterrepräsentiert.

So waren bei der Landtagswahl 2011 nach der Repräsentativen Wahlstatistik 2,6 Prozent der Wahlkreisstimmen ungültig. Das amtliche Endergebnis weist einen Anteil von 2,8 Prozent aus. Fünf Jahre zuvor lag der Anteil der ungültigen Stimmen in der Repräsentativen Wahlstatistik noch bei drei Prozent und nach dem amtlichen Endergebnis bei 3,3 Prozent. Bei beiden betrachteten Wahlen waren jeweils zwei Prozent der Landesstimmen in der Repräsentativen Wahlstatistik und 2,1 Prozent nach dem amtlichen Endergebnis ungültig.

Trotz dieser Differenzen können die Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik angesichts der geringen Unterschiede zu keinen Aussagen herangezogen werden.

Ungültigwähler in der Stichprobe unterrepräsentiert

G 1 Ungültige Stimmen bei den Landtagswahlen 2006 und 2011



Info

Ungültige Stimmabgabe

Bei Landtagswahlen regelt das Landeswahlgesetz (LWahlG) die Gültigkeit von Stimmen. Nach § 48 Abs. 1 LWahlG sind Stimmen ungültig, wenn der Stimmzettel

1. nicht in einem amtlichen Wahlumschlag abgegeben worden ist,
2. in einem Wahlumschlag abgegeben worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält,
3. als nicht amtlich hergestellt erkennbar ist,
4. keine Kennzeichnung enthält,
5. für einen anderen Wahlkreis gültig ist,
6. den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen lässt,
7. einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

In den Fällen der Nummern 1 bis 4 sind beide Stimmen ungültig. Im Falle des Satzes 1 Nr. 5 ist nur die Wahlkreisstimme ungültig, wenn der Stimmzettel für einen anderen Wahlkreis in demselben Bezirk gültig ist.

Zweistimmenwahlrecht

Bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz gilt das Zweistimmenwahlrecht einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl. Dabei haben die stimmberechtigten Wählerinnen und Wähler zwei Stimmen, eine Stimme für die Wahl einer bzw. eines Wahlkreisabgeordneten (Wahlkreisstimme) und eine Stimme für die Wahl einer Landes- oder Bezirksliste (Landesstimme). Die Wählerinnen und Wähler entscheiden mit den Landesstimmen, wie sich der neue Landtag nach Parteien und Wählervereinigungen zahlenmäßig zusammensetzt, und mit den Wahlkreisstimmen welche Abgeordneten in den Wahlkreisen direkt gewählt sind. Beide Stimmen werden auf einem Stimmzettel unabhängig voneinander abgegeben.

Repräsentative Wahlstatistik

Rechtsgrundlage für die so genannte „repräsentative Wahlstatistik“ ist § 54 a Landeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. November 2004 (GVBl. S. 519), zuletzt geändert durch das Sechste Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes vom 31. Januar 2006 (GVBl. S. 35).

Die meisten ungültigen Stimmen werden absichtlich ungültig abgegeben

Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler, die eine oder zwei ungültige Stimmen abgaben, wählte bewusst ungültig. Lediglich 140 der 3 343 in der Stichprobe erfassten Stimmzettel mit einer oder zwei ungültigen Stimmen lassen erkennen, dass es sich hier wohl um eine versehentliche Ungültigkennzeichnung handelt. Damit liegt der Anteil der vermutlich absichtlich ungültig abgegebenen Stimmzettel bei 96 Prozent. Diese wurden leer, durchgestrichen oder mit entsprechenden Bemerkungen versehen. Diese Wählerinnen und Wähler haben sich bewusst entschieden, am demokratischen Prozess teilzunehmen. Mit der ungültigen Stimmabgabe haben Sie so ihre politische Unzufriedenheit dokumentiert oder konnten sich mit den Wahlkreiskandidatinnen bzw. -kandidaten nicht identifizieren.

Am häufigsten geben Wählerinnen und Wähler ihre Stimmen ungültig ab, indem sie die Stimmzettel leer lassen oder durchstreichen. Drei Viertel aller ungültigen Stimmen wurden in einer dieser beiden Varianten abgegeben. Zwei Prozent aller ungültigen Stimmzettel waren mit Kommentaren versehen. Es handelte sich meistens um Begründungen der Entscheidung, ungültig zu wählen, oder um Beschimpfungen. In einigen Fällen haben die Wählerinnen und Wähler Worte vermerkt, wie zum Beispiel „ungültig“ oder „Protestwähler“.

Darüber hinaus wurden auf den Wahlzetteln auch Zeichnungen angefertigt, Zeitungsartikel aufgeklebt und eigene Wahlvorschläge unterbreitet. Manche Wählerinnen und Wähler kreuzten alle Wahlkreiskandidaten und Landeslisten an, andere machten mehr als zwei Kreuze. Etliche Stimmzettel waren lediglich mit einem Fragezeichen versehen.

96 Prozent der ungültigen Stimmen werden bewusst ungültig abgegeben

Der größte Teil der ungültigen Stimmen wird in Form von leeren Stimmzetteln abgegeben

T 1

Ungültige Wahlkreis- und Landesstimmen bei der Landtagswahl 2011 nach Formen der Ungültigkeit

Form der Ungültigkeit	Wahlkreis- stimmen	Landes- stimmen
	Anteile in %	
Leer	56,0	43,6
Durchgestrichen	22,5	26,4
Zwei und mehr Kreuze, aber nicht alle	14,8	21,0
Alle angekreuzt	4,0	4,5
Beschimpfung	0,5	0,6
Scherz	0,1	0,1
Begründung	0,4	0,5
Eigener Wahlvorschlag	0,3	0,0
Bemerkung „ungültig“	0,5	0,6
Zeichnung	0,3	0,5
Sonstiges	0,4	2,1

Auf einigen waren alle Felder, die für die Kreuze vorgesehen sind, mit jeweils eigenen Smileys verziert.

Ungültige
Stimmzettel
mit Beschimp-
fungen stam-
men meistens
von Männern

Die Form der Ungültigkeit ist vom Geschlecht und Alter der Wähler abhängig. So geben ältere Wählerinnen und Wähler häufiger Bemerkungen ab, Männer häufiger als Frauen. Drei Viertel der Bemerkungen enthielten Beschimpfungen. Diese gingen wie auch bei der vorangegangenen Landtagswahl überwiegend von älteren Männern aus. Am häufigsten wurden die Politiker dabei als Lügner oder Betrüger bezeichnet.

Wählerschaft,
die ungültig
wählt, ist von
der Politik ent-
täuscht

In einigen Kommentaren wird auch explizit die Enttäuschung der jeweiligen Person als Grund für die ungültige Stimmabgabe genannt. So klagten einige Wähler, kein Vertrauen mehr in die Politik zu haben und von allen Parteien enttäuscht zu sein.

Komentierungen zeigen, dass die Entscheidung für eine ungültige Stimmabgabe stark von den aktuellen Geschehnissen beeinflusst wird. So wurden bei der Landtagswahl 2006 die Nullrunden bei der Rente, die Diätenerhöhungen und die Mehrwertsteuererhöhung häufig angesprochen. Bei

dieser Landtagswahl wurden als Gründe für die ungültige Stimmabgabe beispielsweise die Nürburgring-Affäre oder die Hartz IV-Regelungen genannt. Darüber hinaus wurde mehr Demokratie in der Form von Volksentscheiden gefordert.

Auch dieses Mal unterbreiten die Ungültigwählerinnen und -wähler wieder eigene Wahlvorschläge. Handelte es sich bei der Landtagswahl 2006 noch meistens um Comic-Figuren, wurden bei dieser Wahl historische Persönlichkeiten oder Schauspieler zur Wahl vorgeschlagen.

Der wegen der Plagiats-Affäre zurückgetretene Verteidigungsminister Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg wurde auch auf den Wahlzetteln genannt; wobei jedoch nicht eindeutig hervor ging, ob die ungültige Stimmabgabe wegen seines Vergehens oder wegen seines Rücktritts erfolgte.

Im Vergleich zur Landtagswahl 2006 wurden deutlich weniger Kommentierungen auf den ungültigen Stimmzetteln angebracht.

Nur etwa vier Prozent aller ungültigen Stimmen lassen auf unbewusste Ungültigkeit schließen

Bei lediglich 140 der untersuchten Stimmzettel, das sind knapp vier Prozent der ungültigen Stimmen in der repräsentativen Wahlstatistik, handelt es sich wahrscheinlich um unabsichtliche Ungültigkeit. Ein Großteil (51 Stimmzettel) wurde ungültig, weil zwar zwei Stimmen abgegeben wurden, es sich dabei jedoch um zwei Wahlkreis- oder zwei Landesstimmen handelte. Dabei ergaben sich die Kombinationen SPD/GRÜNE (37 Prozent), CDU/FDP (29 Prozent), SPD/CDU (16 Prozent) oder sonstige Kombinationen (16 Prozent).

Mit den Daten der repräsentativen Wahlstatistik lässt sich in diesen Fällen nicht klären, ob die Wählerinnen und Wähler sich bewusst für eine ungültige Stimmabgabe entschieden haben. Wahrscheinlich war ihnen bekannt, dass sie zwei Stimmen vergeben können, jedoch nicht, dass es sich dabei jeweils um eine Wahlkreis- und eine Landesstimme handeln muss.

Neun von zehn Stimmzetteln mit zwei Wahlkreis- oder zwei Landesstimmen stammen von Wählerinnen und Wählern über 60 Jahren

Auffällig ist hier der hohe Anteil der älteren Wählerschaft über 60 Jahren, insbesondere der Frauen. Von allen Stimmzetteln, auf denen entweder zwei Wahlkreiskandidaten oder zwei Landeslisten gewählt wurden, gehen 29 Prozent auf ältere Männer und gut 63 Prozent auf Wählerinnen über 60 Jahren zurück. Dabei gab jede Dritte dieser Wählerinnen die Kombination SPD/GRÜNE ab.

Diese Erkenntnis kann als Ansatzpunkt für die Verhinderung der versehentlichen ungültigen Stimmabgabe dienen. Hier scheint die gezielte Information besonders älterer Wählerinnen und Wähler erforderlich.

Auf 0,5 Prozent der Stimmzettel mit mindestens einer ungültigen Stimme waren neben den Stimmen entweder Korrekturen oder Zusätze vermerkt, sodass diese Stim-

men – trotz relativ eindeutiger Wahlentscheidung – nach dem Landeswahlgesetz für ungültig erklärt werden mussten. Den Wählerinnen und Wählern scheint in diesen Fällen die Konsequenz ihrer Kennzeichnung nicht bewusst gewesen zu sein. Es fehlt diesen Wählerinnen und Wählern offenbar die Information, dass die Stimmen durch solche Markierungen ungültig werden, sowie die Kenntnis, dass sie bei Bedarf von den ehrenamtlichen Wahlhelferinnen und -helfern auf Nachfrage einen neuen Stimmzettel bekommen können.

Stimmensplitting mit ungültiger Wahlkreis- und gültiger Landesstimme kommt vor allem kleineren Parteien zugute

Das Stimmensplitting mit einer gültigen und einer ungültigen Stimme wird hauptsächlich genutzt, um eine Landesliste zu wählen, ohne einen Wahlkreiskandidaten auszusuchen. Die Gründe hierfür können vielfältig sein. Sie können auf die fehlende Bekanntheit der Bewerberinnen und Bewerber beruhen. Zudem bestimmt die Landesstimme die Sitzverteilung im Landtag, sodass auf die Abgabe der Wahlkreisstimme nicht unbedingt Wert gelegt wird.

Häufigste Form ist die Kombination von gültiger Landesstimme mit ungültiger Wahlkreisstimme

T 2

Gültige und ungültige Stimmabgabe bei der Landtagswahl 2011 nach Altersgruppen

Alter in Jahren	Kombination Wahlkreisstimme/Landesstimme			
	gültig/ gültig	ungültig/ gültig	gültig/ ungültig	ungültig/ ungültig
	Anteile an den abgegebenen Stimmen in %			
18–24	97,8	1,0	0,2	1,0
25–34	97,5	1,0	0,3	1,3
35–44	97,7	1,0	0,3	1,1
45–59	97,3	1,2	0,5	1,1
60 und älter	95,9	1,4	1,0	1,7
Insgesamt	96,8	1,2	0,6	1,3

T 3

Stimmensplitting mit einer ungültigen Wahlkreisstimme und einer gültigen Landesstimme bei den Landtagswahlen 2006 und 2011 nach gewählten Parteien und Geschlecht

Gültige Landesstimme	Insgesamt	Frauen	Männer
	%		
SPD	29,5	37,1	22,0
CDU	26,4	31,4	21,4
GRÜNE	7,7	6,8	8,6
FDP	3,3	2,5	4,1
Die LINKE	2,6	1,4	3,7
REPUBLIKANER	4,3	3,3	5,3
NPD	6,8	3,2	10,5
ödp	1,3	1,4	1,2
Büso	0,5	0,5	0,5
ddp	0,4	0,2	0,6
Freie Wähler	9,9	8,9	10,9
PIRATEN	7,2	3,2	11,2

Diese These wird von der Verteilung der Stimmen auf die gültigen Landesstimmen bei gleichzeitig ungültiger Wahlkreisstimme gestützt. Kleinere Parteien, die in vielen Wahlkreisen keine Kandidatinnen bzw. Kandidaten aufgestellt haben, kommen hier auf deutlich höhere Anteile. Während die drei im Landtag vertretenen Parteien nach dem amtlichen Endergebnis zusammen auf 86,3 Prozent der Stimmen kommen, erhalten sie von den Wählerinnen und Wählern mit ungültiger Wahlkreisstimme lediglich 63,6 Prozent. Zwar erhalten auch hier die SPD (29,5 Prozent) und die CDU (26,4 Prozent) die meisten Stimmen, mit 9,9 Prozent liegen aber schon die FREIEN WÄHLER an dritter Stelle. Es folgen die GRÜNEN (7,7 Prozent) und die PIRATEN (7,2 Prozent).

Männer wählen mit gültiger Landesstimme eher kleinere Parteien

Auffällig ist dabei der starke Unterschied zwischen den Geschlechtern. Während die SPD bei den Frauen, die mit ihrer Wahlkreisstimme ungültig wählten, auf 37,1 Prozent und die CDU auf 31,4 Prozent kommen, liegen diese Parteien bei den Männern mit ungültiger Wahlkreisstimme lediglich bei

22 bzw. 21,4 Prozent. Die GRÜNEN erhalten von den Frauen 6,8 Prozent und von den Männern 8,6 Prozent. Zusammen kommen die im Landtag vertretenen Parteien bei den Frauen also auf 75,4 Prozent und bei den Männern auf 52 Prozent. Männer entschieden sich mit 11,2 Prozent dagegen wesentlich häufiger für die PIRATEN (Frauen: 3,2 Prozent). Auch die NPD und die Republikaner bekamen mit 10,5 bzw. 5,3 Prozent deutlich häufiger Stimmen von Männern als von Frauen (3,2 bzw. 3,3 Prozent).

Insgesamt entschieden sich Wählerinnen im Gegensatz zu den Wählern beim Splitting mit einer gültigen und einer ungültigen Stimme häufiger für Wahlkreiskandidatinnen bzw. -kandidaten. Mit einem Anteil von 22 Prozent an den Stimmzetteln, auf denen wenigstens eine Stimme ungültig war, lagen sie mit dieser „Wahlstrategie“ deutlich vor den Männern, die hier auf 16 Prozent kamen. Umgekehrt kombinierten von den Männern, die mindestens eine ungültige Stimme abgaben, 42 Prozent eine gültige Landesstimme mit einer ungültigen Wahlkreisstimme. Bei Frauen lag dieser Anteil bei 35 Prozent. Der Anteil der Stimmzettel mit zwei ungültigen Stimmen war bei Frauen und Männern mit 43 bzw. 42 Prozent etwa gleich hoch.

Ältere Wählerinnen und Wähler geben häufiger ungültige Stimmen ab

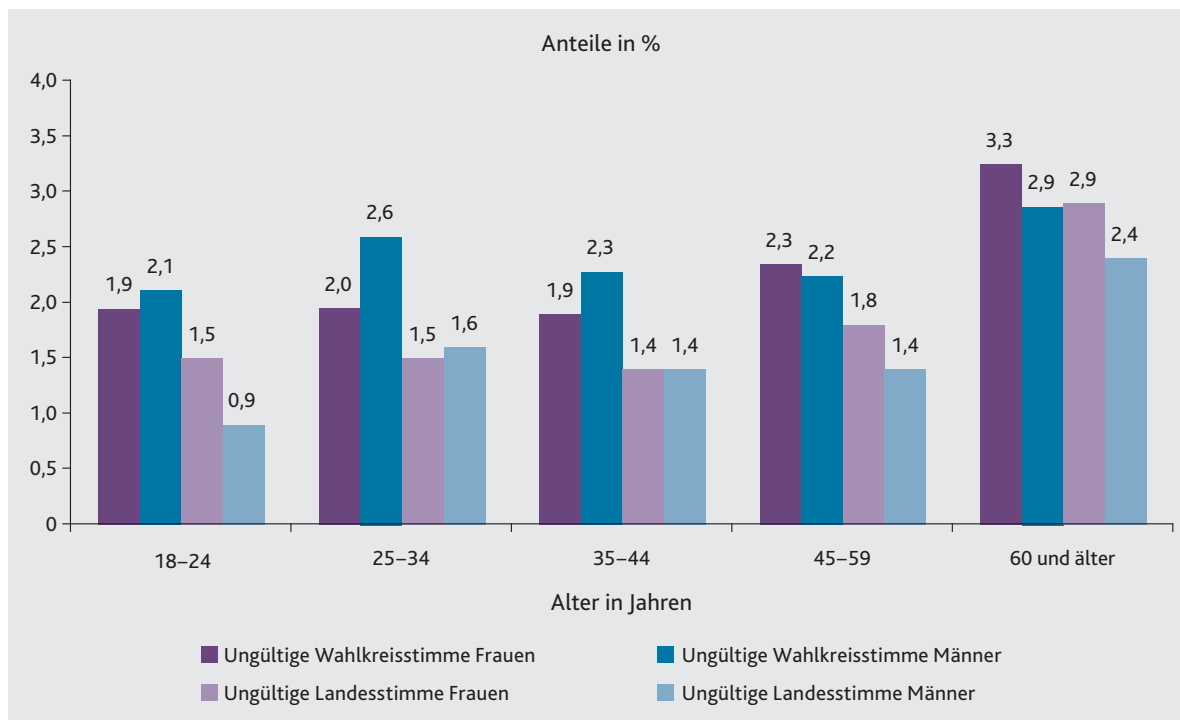
Je älter die Wählerschaft ist, desto höher ist der Anteil der ungültigen Stimmen. Während zwei von 100 Wählerinnen und Wählern im Alter zwischen 18 und 45 Jahren ungültige Stimmen abgaben, waren es bei den Wählerinnen und Wählern ab 45 Jahren drei.

Beim Stimmensplitting mit einer ungültigen Wahlkreisstimme und einer gültigen Landesstimme gab es ebenfalls ein starkes Gefälle

Junge Wählerinnen und Wähler geben am seltensten ungültige Stimmen ab

G 2

Ungültige Stimmen bei der Landtagswahl 2011 nach Geschlecht und Altersjahren



T 4

Stimmensplitting mit einer ungültigen Stimme bei den Landtagswahlen 2006 und 2011 nach Geschlecht und Altersgruppen

Alter in Jahren	Beide ungültig	Wahlkreisstimme ungültig	Landesstimme ungültig
	%		
Insgesamt			
18–24	43,8	46,4	9,8
25–34	51,4	38,7	9,9
35–44	48,5	40,8	10,7
45–59	41,1	42,6	16,3
60 und älter	40,8	34,4	24,8
Insgesamt	42,6	38,1	19,3
Frauen			
18–24	52,0	34,7	13,3
25–34	54,2	33,6	12,1
35–44	52,2	35,4	12,4
45–59	44,4	37,8	17,8
60 und älter	39,3	33,8	26,9
Zusammen	43,2	35,0	21,8
Männer			
18–24	35,9	57,7	6,4
25–34	49,3	42,6	8,1
35–44	45,2	45,8	9,0
45–59	37,4	47,9	14,7
60 und älter	42,8	35,3	21,9
Zusammen	41,8	41,8	16,4

zwischen den Altersgruppen. Je älter die Wählerinnen und Wähler waren, desto mehr Stimmenanteile erhielten die drei im Landtag vertretenen Parteien von ihnen. Von den jungen Wählerinnen und Wählern mit einer ungültigen Wahlkreisstimme unter 25 Jahren bekam die SPD 14 Prozent, die CDU elf Prozent und die GRÜNEN 9,9 Prozent. Insgesamt kommen diese drei Parteien bei den unter 25-Jährigen zusammen nur auf 35 Prozent. Dieser Anteil steigt kontinuierlich mit dem Alter der Wählerschaft und erreicht mit 75 Prozent den höchsten Wert bei den über 60-Jährigen. Dabei erhielt die SPD 38 Prozent, die CDU 33 Prozent und die GRÜNEN 4,1 Prozent.

In der jüngsten Altersgruppe schneiden von allen Parteien die PIRATEN am Besten bei den Wählerinnen und Wählern ab, die mit ihrer Wahlkreisstimme ungültig und ihrer Landesstimme gültig wählten. Sie erhielten von

Jüngere Wählerschaft entscheidet sich eher für kleinere Parteien

den unter 25-Jährigen einen Anteil von 23,9 Prozent. Die Wählerinnen und Wähler zwischen 25 und 45 Jahren (20 Prozent) sowie ab 60 Jahren (38,2 Prozent) gaben ihre gültige Landesstimme am häufigsten den Sozialdemokraten. In der Altersgruppe zwischen 45 und 60 Jahren war die CDU mit einem Anteil von 25,9 Prozent stärkste Partei.

SPD und CDU erhält höchste Anteile bei Wählerinnen und Wählern ab 60 Jahren

Ihre höchsten Anteile erreichten sowohl die Sozial- als auch die Christdemokraten mit 38,2 bzw. 33,1 Prozent bei den Wählerinnen und Wählern ab 60 Jahren. Die GRÜNEN konnten ihre höchsten Stimmenanteile in der Altersgruppe zwischen 35 und 45 Jahren erringen.

Strategische Wahl mit einer ungültigen Stimme in Rheinland-Pfalz seit 1991 möglich

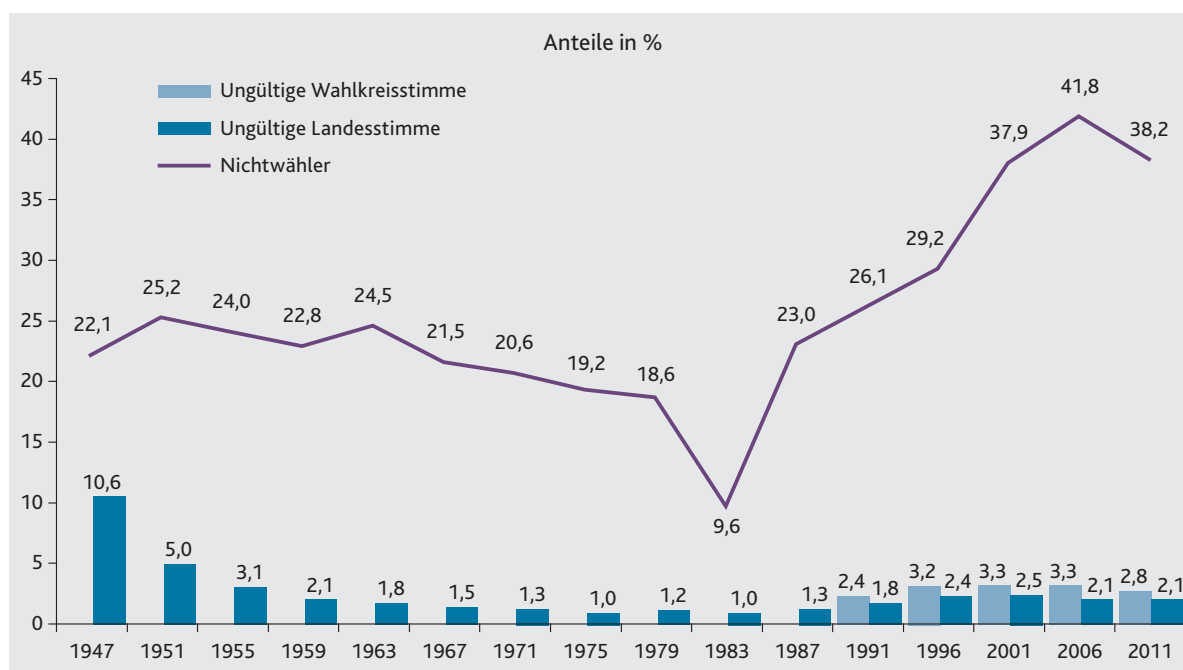
Bei der ersten Landtagswahl in Rheinland-Pfalz im Jahr 1947 erreichte der Anteil der

Ungültigwähler mit fast elf Prozent seinen höchsten Stand. Danach ging dieser Anteil bis zur Wahl 1975 kontinuierlich auf lediglich ein Prozent zurück. Im Jahr 1991 wurde das Einstimmenwahlrecht von dem Zweistimmenwahlrecht abgelöst. Mit Einführung des neuen Wahlsystems stieg auch der Anteil der ungültigen Stimmen wieder an. Das mag auch daran liegen, dass die Wählerinnen und Wähler sich seitdem bewusst entscheiden können, ihre Stimme nur zur Wahl eines Wahlkreiskandidaten oder einer Landesliste zu nutzen. Festzustellen ist, dass angesichts des sehr geringen Anteils an versehentlich ungültigen Stimmabgaben, das Wahlsystem nicht zu beanstanden ist.

Ein systematischer Zusammenhang zwischen der Abgabe ungültiger Stimmen und der Wahlbeteiligung ist im Zeitablauf nicht erkennbar. An der Wahl zum 16. Landtag Rheinland-Pfalz beteiligten sich 61,8 Prozent der Wahlberechtigten. Demnach lag

G 3

Ungültige Wahlkreis- und Landesstimmen sowie Nichtwähler bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz 1947–2011



der Anteil der Nichtwählerinnen und Nichtwähler bei 38,2 Prozent. Seit der Wahl zum ersten Landtag Rheinland-Pfalz schwankt dieser Wert in einer großen Spannweite zwischen 9,6 und 41,8 Prozent. Abgesehen von den ersten beiden Landtagswahlen liegt der Wert der ungültigen Stimmabgabe jedoch stets zwischen einem und 3,1 Prozent. Auch bei der Landtagswahl 2006, als der bisher höchste Anteil der Nichtwähler erreicht wurde, blieb der Anteil der ungültigen Stimmen konstant.

Rheinland-Pfalz im Ländervergleich

Zu den Landtagswahlen gibt es in den einzelnen Ländern unterschiedliche Wahlsysteme. Während die Wählerinnen und Wähler in Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hamburg und dem Saarland nur über eine Stimme verfügen, können in Rheinland-Pfalz und den übrigen Bundesländern – wie bei der Bundestagswahl – zwei Stimmen abgegeben werden.

Anteil der ungültigen Stimmabgabe in Rheinland-Pfalz liegt im Mittelfeld der Länder mit Zweistimmwahlrecht

Für einen Vergleich mit Rheinland-Pfalz können nur die Länder herangezogen werden, die ihre Landesparlamente ebenfalls mit einem Zweistimmwahlrecht bestimmen. Nach dem amtlichen Endergebnis wiesen von diesen die Hessen den höchsten Anteil an ungültigen Wahlkreisstimmen aus (3,4 Prozent). Am seltensten gaben die Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen ungültige Wahlkreisstimmen ab (1,6 Prozent). Rheinland-Pfalz liegt mit einem Anteil von 2,8 Prozent auf dem sechsten Rang. Den höchsten Anteil an ungültigen Landesstimmen gab es mit 3,6 Prozent in Hamburg. Am geringsten war dieser Wert in Nordrhein-Westfalen mit 1,4 Prozent. Auch hier liegt Rheinland-Pfalz mit 2,1 Prozent und Platz sieben im Mittelfeld.

T 5

Ungültige Stimmen bei den Landtagswahlen, der Bundestagswahl 2009 und der Europawahl 2009

Land	Wahljahr	ungültige Wahlkreisstimmen	ungültige Landesstimmen
		Anteil an den abgegebenen Stimmen in %	
Baden-Württemberg	2011	x	1,4
Bayern	2008	x	1,7
Berlin	2011	2,1	1,6
Brandenburg	2009	3,2	2,6
Bremen	2011	x	3,3
Hamburg	2011	3,0	3,6
Hessen	2009	3,4	2,9
Mecklenburg-Vorpommern	2011	3,9	3,8
Niedersachsen	2008	1,8	1,5
Nordrhein-Westfalen	2010	1,6	1,4
Rheinland-Pfalz	2011	2,8	2,1
Saarland	2009	x	1,7
Sachsen	2009	2,4	1,8
Sachsen-Anhalt	2011	2,6	2,4
Schleswig-Holstein	2009	3,0	2,0
Thüringen	2009	2,2	1,8

Amtliche Endergebnisse

Fazit

Die Analyse der Stimmzettel zeigt, dass die Abgabe von ungültigen Stimmen in den meisten Fällen bewusst geschieht. Die Wählerinnen und Wähler, die eine oder beide Stimmen ungültig abgeben, sind nicht politisch desinteressiert. Das Gegenteil ist der Fall. Sie haben wohlüberlegt ihre Stimme ungültig abgegeben und sind nur bereit, diejenigen Wahlkreiskandidatinnen bzw. -kandidaten und diejenigen Parteien zu wählen, denen sie vertrauen. Insofern stellen sie ein Wählerpotenzial dar, das bei einer anderen Politik gültige Stimmen abgeben wird.

Romy Feldmann, Diplom-Kauffrau,
leitet das Referat Veröffentlichungen.

Erwerbstätigkeit 2010

Rund 82 000 Erwerbstätige mit Nebenjob



Von Merle Hattenhauer

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus waren 2010 gut 1,9 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer erwerbstätig; das waren 48 Prozent der Gesamtbevölkerung. Von ihnen hatten 82 000 einen Nebenjob. Überdurchschnittlich häufig gehen Selbstständige einer zweiten Beschäftigung nach.

Hinsichtlich ihrer Erwerbsbeteiligung unterscheiden sich Frauen und Männer noch immer. Der Anteil der Frauen in Erwerbsarbeit ist im Zehnjahresvergleich zwar um 14 Prozent gestiegen, die Erwerbstätigenquote lag jedoch noch deutlich unter jener der Männer. Zudem sind Frauen überdurchschnittlich häufig teilzeitbeschäftigt.

Mikrozensus liefert wichtige Ergebnisse zur Erwerbsarbeit

Arbeitsmarkt-
berichterstat-
tung der amt-
lichen Statistik

Die Arbeitsmarktberichterstattung der amtlichen Statistik bedient sich einer Vielzahl unterschiedlicher Datenquellen. Zu nennen sind neben dem Mikrozensus und der darin integrierten Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (Labour Force Survey – LFS) vor allem die Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie die Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

Der Mikrozensus wird als dezentrale Bundesstatistik in den Statistischen Landesämtern durchgeführt. Die Ergebnisse gehen unter anderem in Regierungsberichte und in das Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftli-

chen Entwicklung ein. Darüber hinaus dient der Mikrozensus auch als Datengrundlage für die laufende Arbeitsmarkt- und Berufs-

Erwerbstätigkeit in der Erwerbstätigenrechnung

Ergebnisse zum Themenbereich Erwerbstätigkeit werden auch von der Erwerbstätigenrechnung bereitgestellt.

Die Erwerbstätigenrechnung (ETR) ist ein Gesamtrechnungssystem im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Erwerbstätigenrechnung berechnet auf Basis aller verfügbaren Quellen die Zahl der Erwerbstätigen. Sie veröffentlicht Ergebnisse für die Erwerbstätigen am Wohnort und am Arbeitsort sowie nach Stellung im Beruf und Wirtschaftszweig, aber ohne demografische Untergruppen.

Die von der Erwerbstätigenrechnung veröffentlichten Ergebnisse weichen von den ausgewiesenen Zahlen des Mikrozensus aufgrund unterschiedlicher Definitionen, Methoden, Verfahren und Erkenntnisinteressen beider Statistiken ab.

forschung, den jährlichen Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung und vieles andere mehr. Für eine Reihe kleinerer Erhebungen der empirischen Sozial- und Meinungsforschung sowie der amtlichen Statistik dient der Mikrozensus als Hochrechnungs-, Adjustierungs- und Kontrollinstrument.

Mikrozensus
als wichtige
Datenquelle

Zudem basieren viele nationale und internationale Indikatoren zur Beschäftigungspolitik auf den Ergebnissen des Mikrozensus zur Erwerbstätigkeit. Ein Beispiel ist die Erwerbstätigenquote, die einen der zentralen Indikatoren in der so genannten Lissaboner Strategie¹, aber auch in der Nachhaltigkeitsstrategie² der Europäischen Union (EU) darstellt. Der Erwerbsstatus der im Mikrozensus befragten Personen wird nach dem so genannten „Labour-Force-Konzept“ der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) erhoben.

Harmonisierte
Ergebnisse
über alle EU-
Staaten

Über die EU-Arbeitskräfteerhebung, die gemeinsam mit dem Mikrozensus durchgeführt wird, werden zudem Daten für europäische und nationale Nutzer bereitgestellt. Die Ergebnisse sind über alle EU-Mitgliedstaaten hinweg harmonisiert und ermöglichen somit europaweite Vergleiche. Das Frageprogramm der EU-Arbeitskräfteerhebung umfasst außer den jährlich in gleicher Weise zu erfassenden Kernfragen auch sogenannte Ad-hoc-Module, die aktuelle Themen abdecken. Im Jahr 2010 wurden beispielsweise Daten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhoben. Da die Ad-hoc-Module mit einem Auswahlsatz von 0,1 Prozent erhoben werden, sind die Möglichkeiten der Auswertung für kleinere Bundesländer wie Rheinland-Pfalz sehr eingeschränkt.

¹ Im Jahr 2000 beschlossen die damaligen Staats- und Regierungschefs, bis zum Jahr 2010 „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen“.

² Die EU-Nachhaltigkeitsstrategie wurde 2001 von den Staats- und Regierungschefs der EU ins Leben gerufen.

Erfassung des Erwerbsstatus nach dem Labour-Force-Konzept der ILO (International Labour Organization)

Nach dem Labour-Force-Konzept der ILO, das dem Mikrozensus und der EU-Arbeitskräfteerhebung zugrunde liegt, gliedert sich die Bevölkerung nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben in Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen, wobei Erwerbstätige und Erwerbslose zu den Erwerbspersonen zusammengefasst werden. Die Erwerbsquote misst den prozentualen Anteil der Erwerbspersonen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe; die Erwerbstätigenquote misst entsprechend den prozentualen Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Erwerbstätige

Erwerbstätige sind Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die in der Berichtswoche zumindest eine Stunde gegen Entgelt (Lohn, Gehalt) oder als Selbstständige/r bzw. als mithelfende/r Familienangehörige/r gearbeitet haben oder in einem Ausbildungsverhältnis stehen. Keine Rolle spielt dabei, ob es sich bei der Tätigkeit um eine regelmäßig oder nur gelegentlich ausgeübte Tätigkeit handelt. Darüber hinaus gelten auch solche Personen als Erwerbstätige, bei denen zwar eine Bindung zu einem Arbeitgeber besteht, die in der Berichtswoche jedoch nicht gearbeitet haben, weil sie z. B. Urlaub (auch Sonderurlaub) hatten oder sich in der Elternzeit befanden. Auch Personen mit einer „geringfügigen Beschäftigung“ im Sinne der Sozialversicherungsregelungen gelten als erwerbstätig; ebenso Soldaten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende.

Erwerbslose

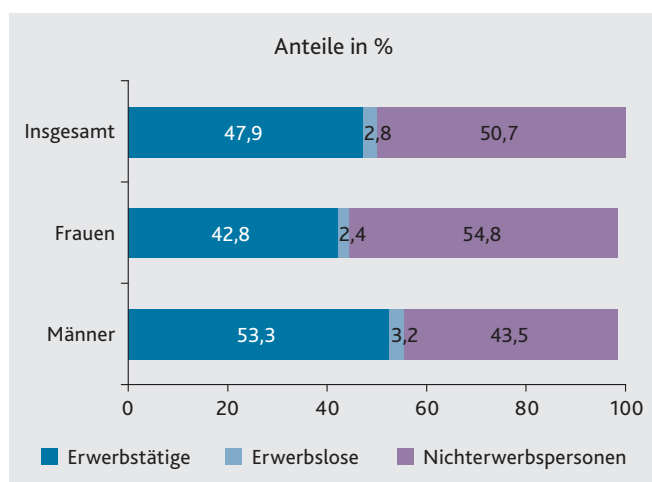
Als erwerbslos gelten solche Personen, die normalerweise erwerbstätig sind und zur Zeit nur vorübergehend – da sie noch keinen neuen Arbeitsplatz gefunden haben – aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind sowie Schulentlassene, die sich um eine Lehr-/Arbeitsstelle bemühen. Die Bezeichnung „erwerbslos“ ist unabhängig davon, ob jemand bei der Arbeitsverwaltung als Arbeitsloser oder als Arbeitsuchender gemeldet ist. Personen, die normalerweise keinem Erwerb nachgehen, z. B. nicht berufstätige Ehepartner, gelten nicht als erwerbslos.

Nichterwerbspersonen

Nichterwerbspersonen sind Personen, die keine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen und somit weder als erwerbstätig noch als erwerbslos einzustufen sind.

G 1

Bevölkerung 2010 nach Beteiligung am Erwerbsleben und Geschlecht



EU-Arbeitskräfteerhebung in den Mikrozensus integriert

Im Jahr 2005 wurde das Erhebungskonzept des Mikrozensus von der festen Berichtswoche auf die so genannte Unterjährigkeit umgestellt. Seitdem werden die Daten kontinuierlich im gesamten Jahresverlauf erhoben. Daher können Quartals- und Jahresdurchschnittsergebnisse bereitgestellt werden. Für Rheinland-Pfalz werden im Folgenden Jahresdurchschnittswerte für 2010 dargestellt. Zur Verdeutlichung der Entwicklung werden Daten des Jahres 2000 herangezogen, wobei der Vergleichbarkeit aufgrund des Umstiegs von einer festen auf eine gleitende Berichtswoche Grenzen gesetzt sind.

Anstieg der Erwerbstätigkeit – vor allem bei Frauen

1,9 Millionen Erwerbstätige

Zu den Erwerbspersonen gehören die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2010 waren gut 1,9 Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer erwerbstätig. Das waren 48 Prozent der Gesamtbevölkerung. Der Anteil der Erwerbslosen lag bei knapp drei Prozent. Fast die Hälfte der rheinland-pfälzischen Bevölkerung (49 Prozent) zählt zu den Nichterwerbspersonen.

Innerhalb der letzten zehn Jahre stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 6,2 Prozent. Dies spiegelt sich auch in der Erwerbstätigenquote wider. Diese lag im Jahr 2000 noch bei 45 Prozent.

Anstieg der Erwerbstätigenquote

Trotz einer allmählichen Angleichung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern weichen deren Erwerbsmuster noch erheblich voneinander ab.

Im Zeitraum von 2000 bis 2010 ist die Zahl der erwerbstätigen Frauen um gut 104 300 angestiegen (+14 Prozent). Die Zahl der erwerbstätigen Männer erhöhte sich im gleichen Zeitraum lediglich um rund 7 300 (+0,7 Prozent). Dadurch hat sich seit 2000 der Frauenanteil an allen Erwerbstätigen von 42,5 Prozent auf nunmehr 45 Prozent erhöht. Ungeachtet dessen lag die Erwerbstätigenquote der Frauen im Jahr 2010 noch um gut neun Prozentpunkte unter der der Männer.

Zahl der erwerbstätigen Frauen steigt stärker als die der Männer

Werden nur die Personen im erwerbsfähigen Alter betrachtet, d. h. zwischen 15 und 65 Jahren, so lag die Erwerbstätigenquote 2010 in Rheinland-Pfalz bei 72 Prozent. Die Differenz bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern im erwerbsfähigen Alter wird als Indikator für die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben genutzt. Mit einer Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 65-jährigen Frauen von gut 66 Prozent übertraf Rheinland-Pfalz das in der Europäischen Beschäftigungsstrategie für 2010 angestrebte Ziel von 60 Prozent. Gleichwohl lag sie noch deutlich unter dem entsprechenden Wert der Männer (77,5 Prozent).

Personen ab 65 Jahren sind selten erwerbstätig. Lediglich 4,2 Prozent dieser Altersgruppe übten 2010 noch eine Erwerbstätigkeit aus (Frauen: 2,9 Prozent; Männer: 6,0 Prozent).

Der Mikrozensus

Als repräsentative Haushaltsstichprobe liefert der Mikrozensus ein differenziertes Bild über die Strukturen und Veränderungen der Lebens- und Arbeitssituation der Bevölkerung.

Der „kleine Zensus“ stellt als 1%-Stichprobe kontinuierlich sozioökonomische Strukturdaten bereit, die ansonsten nur über Volkszählungen gewonnen werden könnten. Seit 1996 beinhaltet der Mikrozensus sämtliche Erhebungsmerkmale der Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union und liefert damit Ergebnisse zum europaweiten Vergleich der Strukturen und Entwicklungen auf den europäischen Arbeitsmärkten.

Der Mikrozensus bietet eine breit gefächerte Datenbasis für Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit und hat damit einen wesentlichen Anteil am System der amtlichen Statistik. Durch die Vielfalt der Merkmalskombinationen auf Personenebene und durch die Abbildung des Haushalts- und Familienzusammenhangs bietet er ein großes Potenzial an statistischen Informationen. So erfasst der Mikrozensus jährlich unter anderem Angaben zu Erwerbstätigkeit und Bildung. In vierjährigen Abständen werden themenspezifische Zusatzprogramme, u. a. zum Arbeitsweg der Erwerbstätigen, Wohnsituation oder Krankenversicherung durchgeführt.

In Rheinland-Pfalz sind jedes Jahr etwa 18 000 Haushalte mit rund 40 000 Personen in die Erhebung einbezogen, bundesweit sind es rund 390 000 Haushalte mit etwa 830 000 Personen. Die Erhebung der Daten für den Mikrozensus erfolgt grundsätzlich über persönliche Befragungen durch rund 200 Interviewerinnen und Interviewer. Seit 2005 werden flächendeckend Laptops als zentrales Erhebungsinstrument eingesetzt.

Wie bei jeder Stichprobenerhebung können auch hier Zufallsfehler entstehen. Bei stark

besetzten Merkmalen ist dieser Fehler nur von geringer Bedeutung. Um auf die eingeschränkte Aussagekraft hinzuweisen, werden Ergebnisse mit einer hochgerechneten Besetzung von unter 10 000 Personen in veröffentlichten Tabellen geklammert und Ergebnisse unter 5 000 nicht veröffentlicht.

Im Rahmen der Hochrechnung erfolgt eine Anpassung an Eckwerte der laufenden Bevölkerungsfortschreibung und des Ausländerzentralregisters. Die Entwicklung von Haushalten und der Lebensformen der Bevölkerung erfolgt im Allgemeinen langfristigen gesellschaftlichen Trends, die üblicherweise keine großen Sprünge im Zeitverlauf aufweisen. Im vorliegenden Aufsatz werden daher ausschließlich Jahresdurchschnittswerte präsentiert.

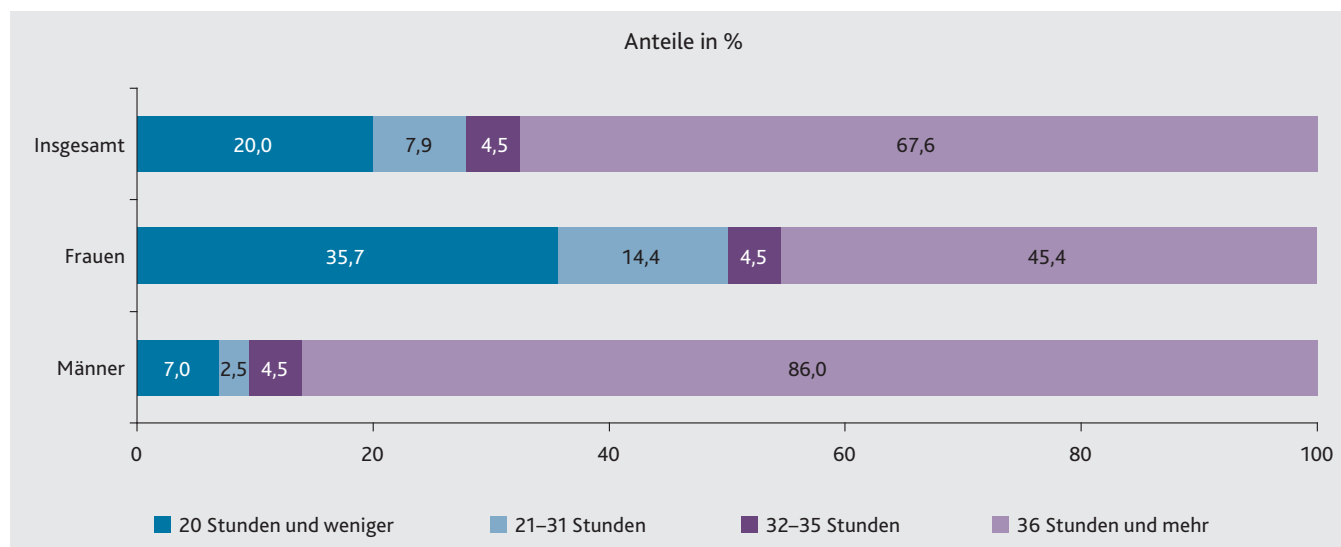
Grundlage für die Auswahl der zu befragenden Haushalte sind immer noch die Ergebnisse der Volkszählung 1987. Darüber hinaus werden aber Veränderungen des Gebäudebestandes infolge von Abrissen, Neubauten und Umbauten durch die Heranziehung der Bautätigkeitsstatistik laufend berücksichtigt.

Das aktuelle Gesetz, das 2005 in Kraft trat, ist bis einschließlich 2012 gültig. Für den Mikrozensus nach 2012 wird der registergestützte Zensus 2011 von hoher Bedeutung sein: Mit den Ergebnissen des Zensus wird für den Mikrozensus eine neue Stichprobenauswahl möglich sein.

Von den Ergebnissen des Mikrozensus wird ein hohes Maß an Genauigkeit und Zuverlässigkeit erwartet. Dabei ist die Einhaltung des Auswahlplans von grundlegender Bedeutung, d. h. alle zufällig ausgewählten Einheiten sind auch zu berücksichtigen. Um die Zahl der Ausfälle so klein wie möglich halten zu können, ist für den Mikrozensus grundsätzlich Auskunftspflicht vorgesehen.

G 2

Erwerbstätige 2010 nach normalerweise geleisteten Wochenarbeitsstunden und Geschlecht



Immer mehr Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung

Der Eindruck der starken beruflichen Integration von Frauen relativiert sich, wenn die Arbeitszeit sowie das Einkommen als Kriterium hinzugezogen werden. Frauen stehen häufiger als Männer in Teilzeitbeschäftigungen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. Bei der Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit dürfte der enorme Zuwachs der Teilzeitarbeitsplätze der entscheidende Faktor gewesen sein. So sind Frauen unter den Teilzeitbeschäftigten nach wie vor deutlich überrepräsentiert. Bei den Vollzeitarbeitsplätzen überwiegen dagegen die Männer.

Die Hälfte der erwerbstätigen Frauen ist teilzeitbeschäftigt

Von den gut 1,9 Millionen erwerbstätigen Personen in Rheinland-Pfalz gehen 72 Prozent einer Vollzeittätigkeit nach, 28 Prozent sind teilzeitbeschäftigt.³ Erwerbstätige Frauen gingen im Jahr 2010 zu 50 Prozent einer Teilzeitbeschäftigung nach, bei den

erwerbstätigen Männern waren es lediglich 9,5 Prozent. Im Jahr 2000 hatte die Teilzeitquote von Frauen noch bei 45 Prozent gelegen (Männer: fünf Prozent).

Insgesamt waren rund 536 000 Personen, d. h. mehr als ein Viertel (28 Prozent) der im Mikrozensus erfassten Erwerbstätigen im Jahr 2010 teilzeitbeschäftigt (2000: 22 Prozent). Damit hat sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten im genannten Zeitraum um rund 140 800 erhöht, wobei sich der Trend zu mehr Teilzeitarbeit in erster Linie bei Frauen manifestiert.

Im Jahr 2010 waren in Rheinland-Pfalz 9,3 Prozent der Erwerbstätigen ausschließlich geringfügig beschäftigt. Zu den geringfügigen Beschäftigungen zählen Tätigkeiten mit einem monatlichen Arbeitsentgelt von bis zu 400 Euro oder kurzfristige Beschäftigungen wie Saisonbeschäftigungen mit bis zu 50 Arbeitstagen. Frauen sind mit 15 Prozent wesentlich häufiger ausschließlich geringfügig beschäftigt als Männer (4,8 Prozent). Wie die Teilzeitbeschäftigung hat auch die geringfügige Beschäftigung in den letzten

Auch geringfügige Beschäftigung hat zugenommen

³ Zu den Vollzeitbeschäftigten werden hier alle Erwerbstätigen gezählt, die mindestens 32 Stunden in der Woche arbeiten. Teilzeitbeschäftigte sind dementsprechend Personen, die 31 Stunden in der Woche oder weniger einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

Jahren zugenommen. So lag der Anteil der Erwerbstätigen, die ausschließlich geringfügig beschäftigt sind, an allen Erwerbstätigen im Jahr 2000 noch bei 6,4 Prozent (Frauen: 12 Prozent; Männer: 2,1 Prozent). Besonders die Neuregelung von Mini- und Midijobs führte zur weiteren Ausbreitung von geringfügiger Erwerbstätigkeit.

Höheres Ausbildungsniveau verbessert Aussicht auf Erwerbstätigkeit

Bildung ist zum entscheidenden Standortfaktor geworden. So stellt eine stark wissensbasierte Gesellschaft immer höhere Ansprüche an das Bildungsniveau der Arbeitskräfte. Eine höhere schulische Qualifikation sowie eine entsprechende berufliche Ausbildung verbessern die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Im Ergebnis nimmt die Erwerbstätigenquote mit zunehmendem Bildungsabschluss zu.

Bildung lohnt sich

Von den Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung übten 2010 nur 34 Prozent eine Erwerbstätigkeit aus. Dagegen waren 62 Prozent der Personen mit einer Lehr- oder Anlernausbildung o. Ä. erwerbstätig. Noch höher lag der Anteil der Erwerbstätigen unter den Absolventen einer Meister- oder Techniker Ausbildung oder eines Fach- bzw. Hochschulstudiums o. Ä. (74 Prozent).

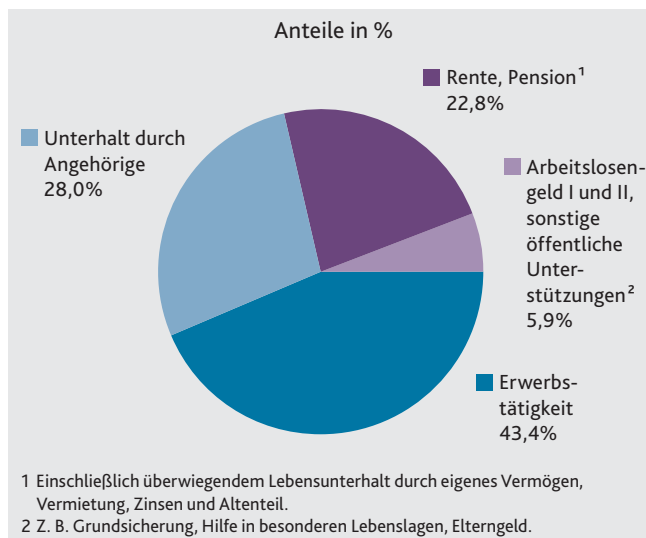
Lebensunterhalt wird überwiegend aus Erwerbstätigkeit bezogen

Männer bestreiten Lebensunterhalt häufiger selbst

Im Jahr 2010 bezogen 43 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung ihren Lebensunterhalt hauptsächlich aus eigener Erwerbstätigkeit. Unterschiedlich hoch sind die Anteile bei Männern und Frauen: 50 Prozent der Männer lebten überwiegend von eigener Erwerbstätigkeit; bei den Frauen waren es nur 37 Prozent. Gut ein Fünftel

G 3

Bevölkerung 2010 nach überwiegendem Lebensunterhalt



(21 Prozent) der Männer und 34,5 Prozent der Frauen bestreiten ihren Lebensunterhalt über Einkünfte von Angehörigen. Die Gruppe der Personen im Alter von 65 Jahren und älter lebte 2010 fast ausschließlich von Renten- und Pensionszahlungen (86 Prozent). Bei den Männern dieser Altersgruppe waren es 96 Prozent, bei den Frauen 79 Prozent.

Jeder zehnte Erwerbstätige ist selbstständig

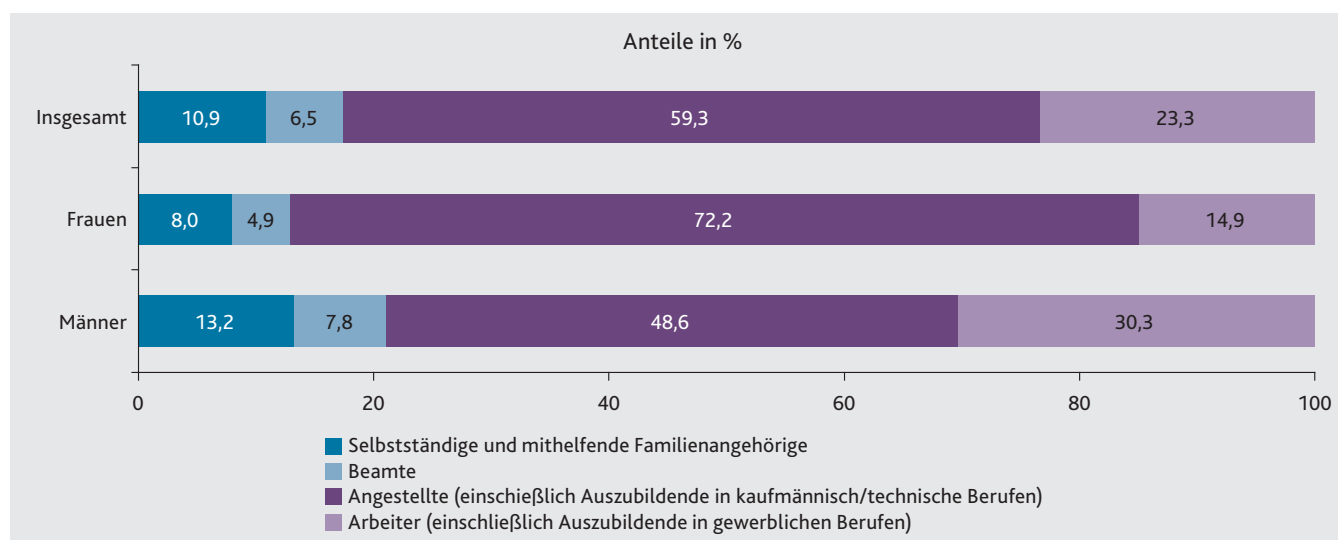
Etwa jeder zehnte Erwerbstätige war 2010 selbstständig. Die Zahl der Selbstständigen stieg von 183 000 im Jahr 2000 auf zuletzt 195 600. Die Mehrheit der Selbstständigen sind Männer (69 Prozent). So übten 13 Prozent der erwerbstätigen Männer eine selbstständige Tätigkeit aus. Bei den Frauen waren es lediglich 6,9 Prozent.

Selbstständige sind überwiegend Männer

Insgesamt betrachtet waren die meisten Erwerbstätigen Angestellte (59 Prozent) oder Arbeiter (23 Prozent). Auf die Beamten entfielen 6,5 Prozent der Erwerbstätigen und auf die mithelfenden Familienangehörigen 0,7 Prozent.

G 4

Erwerbstätige 2010 nach Stellung im Beruf und Geschlecht



Immer mehr Erwerbstätige arbeiten außerhalb der normalen Arbeitszeit

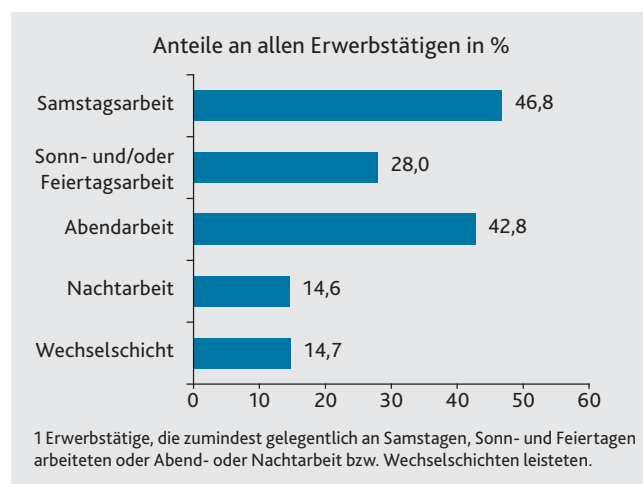
Im Jahr 2010 arbeiteten in Rheinland-Pfalz 58 Prozent der Erwerbstätigen zumindest gelegentlich an Samstagen, Sonn- oder Feiertagen oder leisteten Abend- oder Nachtarbeit bzw. Wechselschichten. Zehn Jahre zuvor waren es nur 52 Prozent.

Arbeit am
Abend hat
besonders zu-
genommen

Dies zeigt sich auch an dem deutlichen Anstieg der Anforderungen an die zeitliche Flexibilität der Erwerbstätigen in den vergangenen Jahren. Immer mehr Menschen sind außerhalb der „normalen“ Arbeitszeit – von Montag bis Freitag zwischen 6 und 18 Uhr – gefordert. Besonders stark zugenommen hat die Arbeit am Abend. Im Jahr 2000 arbeiteten 34 Prozent der Erwerbstätigen zumindest gelegentlich auch nach 18 Uhr, zehn Jahre später lag dieser Anteil bei 43 Prozent. Geringfügig zugenommen hat auch die Samstagsarbeit; 47 Prozent der Erwerbstätigen mussten im Jahr 2010 zumindest gelegentlich an Samstagen arbeiten, zehn Jahre zuvor waren es 45 Prozent. Der Anstieg der Abend- und Sams-

tagsarbeit dürfte unter anderem mit den verschiedenen gesetzlichen Neuregelungen zur Lockerung bzw. Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten zusammenhängen. Über zumindest gelegentliche Arbeitseinsätze an Sonn- oder Feiertagen berichteten 28 Prozent der Erwerbstätigen (2000: 24 Prozent). Nachtarbeit mussten 15 Prozent der Erwerbstätigen leisten (2000: 14 Prozent), in Wechselschichten waren ebenfalls 15 Prozent eingesetzt (2000: 12 Prozent).

G 5

Erwerbstätige¹ 2010 nach Arbeitszeiten

Im Schnitt etwa 800 000 Überstunden pro Woche

Insgesamt gaben sechs Prozent der abhängig Erwerbstätigen an, in der Woche vor der Befragung Überstunden geleistet zu haben.

Männer mit mehr Überstunden

Männer leisten häufiger Mehrarbeit als Frauen: 7,3 Prozent der abhängig beschäftigten Männer hatten in der Berichtswoche mehr Stunden als normalerweise gearbeitet. Bei den Frauen waren es 4,6 Prozent. Im Jahr 2010 wurden in Rheinland-Pfalz nach den Ergebnissen des Mikrozensus durchschnittlich etwa 800 000 Überstunden pro Woche geleistet.

Die 103 200 abhängig Erwerbstätigen mit Überstunden leisteten in der Berichtswoche im Durchschnitt 7,8 Überstunden. Von diesem Personenkreis erbrachten 52 Prozent bis zu fünf Überstunden, 29 Prozent zwischen sechs und zehn Überstunden sowie 19 Prozent elf oder mehr Überstunden.

Befristete Arbeitsverträge häufig bei Berufsanfängern

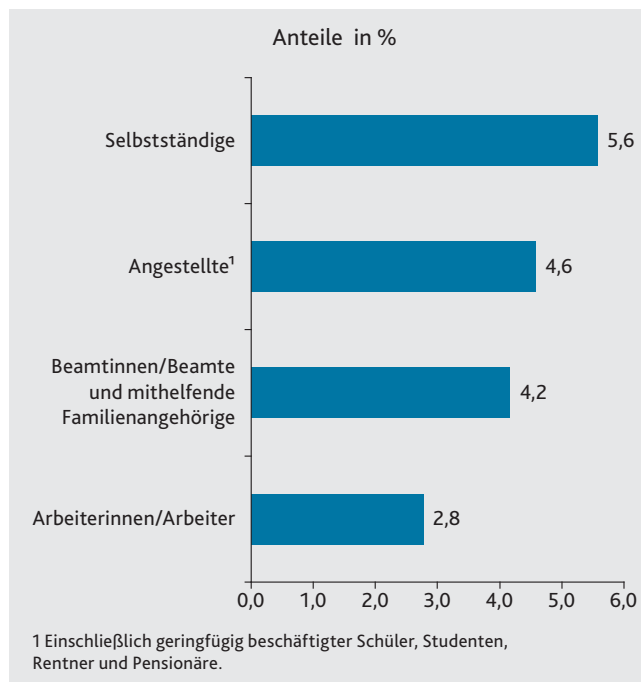
Jeder siebte Erwerbstätige hat befristeten Vertrag

236 600 abhängig Erwerbstätige waren 2010 auf Grundlage eines befristeten Arbeitsvertrags beschäftigt. Damit hatten 14 Prozent aller abhängig Erwerbstätigen einen Zeitvertrag. Insbesondere jüngere Menschen sind zu Beginn ihrer Berufslaufbahn häufig befristet beschäftigt. Von den befristet Beschäftigten sind 66,5 Prozent jünger als 30 Jahre. Als Ursache der Befristung nannten 42 Prozent ihr Ausbildungsverhältnis. Gut 14 Prozent gaben an, keine Daueranstellung zu finden bzw. dass eine solche nicht gewünscht sei. In der Probezeit befanden sich 9,5 Prozent und 34,5 Prozent nannten sonstige Gründe.

Im Vergleich zum Jahr 2000 ist die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse um 45 200 bzw. 24 Prozent angestiegen.

G 6

Mehrfachbeschäftigte 2010 nach Stellung im Beruf der Haupterwerbstätigkeit



Viele Menschen haben einen Zweitjob

82 000 Erwerbstätige haben einen Zweitjob

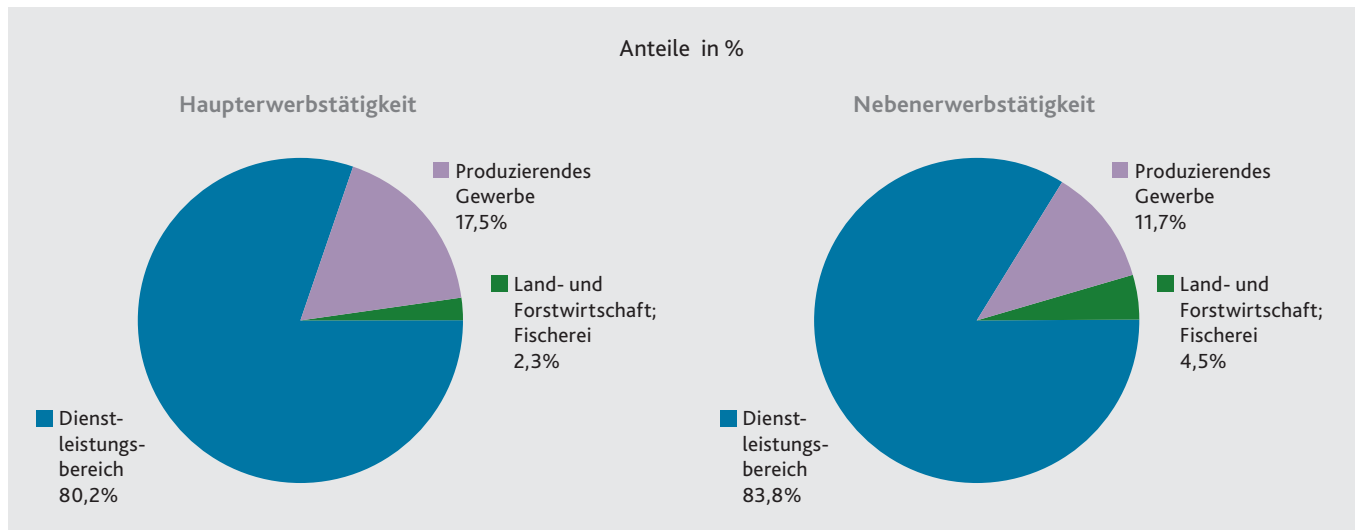
Immer mehr rheinland-pfälzische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bessern ihr Einkommen mit einem Nebenjob auf. Im Jahr 2010 gingen in Rheinland-Pfalz 82 000 Erwerbstätige – das waren 4,3 Prozent aller Erwerbstätigen – neben ihrer beruflichen Haupttätigkeit einer zweiten Beschäftigung nach. Im Jahr 2000 waren es mit 43 100 oder 2,4 Prozent aller Erwerbstätigen noch wesentlich weniger.

Werden diese Mehrfachbeschäftigten im Hinblick auf die Stellung im Beruf ihrer Haupterwerbstätigkeit betrachtet, so zeigt sich, dass Selbstständige vergleichsweise häufig eine Nebenerwerbstätigkeit ausübten. Im Jahr 2010 traf dies auf rund 11 000 bzw. 5,6 Prozent aller Selbstständigen zu. Von den Angestellten gingen 51 400 (4,6 Prozent), von den Arbeiterinnen und Arbeitern 12 800 (2,8 Prozent) einer zweiten Erwerbstätigkeit

Selbstständige besonders häufig mit Nebenjob

G 7

Mehrfachbeschäftigte 2010 nach Wirtschaftszweig



nach. Von den mithelfenden Familienangehörigen und Beamtinnen und Beamten hatten 4,2 Prozent einen Nebenjob.

Die meisten „Zweitjobber“ sind im Nebenerwerb in einem Angestelltenverhältnis beschäftigt. Im Jahr 2010 traf dies auf 45 Prozent der „Zweitjobber“ zu. 35,5 Prozent übten eine selbstständige Tätigkeit aus und 16 Prozent waren als Arbeiterinnen und Arbeiter tätig. Die übrigen Mehrfachbeschäftigten waren mithelfende Familienangehörige o. Ä.

Die Unterschiede zwischen mehrfach beschäftigten Frauen und Männern sind gering. So übten 39 900 aller männlichen Erwerbstätigen (4 Prozent) und 40 800 aller weiblichen Erwerbstätigen (4,9 Prozent) neben ihrer Haupterwerbstätigkeit noch eine zweite Beschäftigung aus.

Zweitjobber im
Haupterwerb
meist im Dienst-
leistungsbereich
beschäftigt

Rund 65 800 der Mehrfachbeschäftigten in Rheinland-Pfalz waren im Haupterwerb im Dienstleistungsbereich tätig; das waren 80 Prozent aller Erwerbstätigen mit Nebenjob. 17,5 Prozent der Zweitjobber waren haupt-

beruflich im produzierenden Gewerbe und 2,3 Prozent in Land- und Forstwirtschaft oder der Fischerei tätig.

Ähnlich bedeutsam war der Dienstleistungsbereich für die Nebenerwerbstätigkeit der mehrfach beschäftigten Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer. So waren im Jahr 2010 84 Prozent der Nebenjobs in diesem Bereich angesiedelt. Zwölf Prozent der Nebentätigkeiten wurden im produzierenden Gewerbe und 4,5 Prozent in Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei ausgeübt.

Jeder vierte abhängig Erwerbstätige ist „atypisch“ beschäftigt

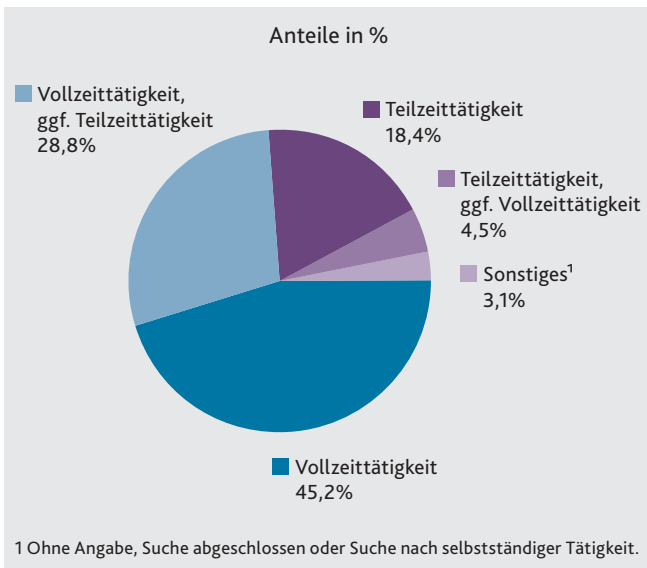
Rund ein Viertel der abhängig Beschäftigten in Rheinland-Pfalz arbeitete 2010 in neuen, häufig auch als „atypisch“ bezeichneten Beschäftigungsformen. Hierzu gehören befristete oder geringfügige Beschäftigung und Teilzeitarbeit mit 20 oder weniger Stunden.

Jeder vierte
Beschäftigte
mit „atypischer“
Beschäftigungs-
form

Deutliche Unterschiede gibt es zwischen den Geschlechtern: Während sich 41 Prozent der abhängig beschäftigten Frauen im Jahr 2010

G 8

Erwerbslose 2010 nach Art der gesuchten Tätigkeit



in einer „atypischen“ Beschäftigung befand, traf dies nur auf elf Prozent der Männer zu. Wesentliche Ursache hierfür ist die große Zahl von Frauen in Teilzeitarbeit, die in vielen Fällen auch durchaus gewollt ist (z. B. aus familiären Gründen).

Erwerbslose überwiegend auf der Suche nach Vollzeitstellen

Rund drei Viertel der gut 111 300 Erwerbslosen in Rheinland-Pfalz suchten im Jahr 2010 eine Vollzeittätigkeit. Etwa ein Drittel sind hinsichtlich des Umfangs der gesuchten Tätigkeit flexibel: 29 Prozent strebten zwar primär eine Vollzeitstelle an, hätten sich aber auch mit einer Teilzeittätigkeit begnügt. Einen Teilzeitjob bevorzugten 4,5 Prozent, würden aber auch eine volle Stelle annehmen. Für 45 Prozent der Erwerbslosen kam hingegen nur eine Vollzeitstelle in Frage, 18 Prozent suchten ausschließlich eine Teilzeitbeschäftigung.

Frauen und Männer unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer Präferenzen. 57 Prozent der Männer, aber nur 29 Prozent der Frauen gaben an, ausschließlich eine Vollzeitstelle zu suchen. Dagegen strebten anteilig deutlich mehr Frauen ausschließlich eine Teilzeitstelle an.

Frauen suchen häufiger Teilzeitstelle

Knapp zwei Drittel der Erwerbslosen bestreiten ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Arbeitslosengeld I oder II, 28 Prozent wurden hauptsächlich durch Angehörige unterstützt. Arbeitslosengeld war für 71 Prozent der Männer und 59 Prozent der Frauen Haupteinnahmequelle. 23 Prozent der Männer und 35 Prozent der Frauen gaben an, ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Unterstützung durch Angehörige zu finanzieren.

Fazit

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus hat die Erwerbsbeteiligung der Frauen in den vergangenen zehn Jahren deutlich zugenommen; gleichwohl liegt sie noch immer unter der der Männer. Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sind dabei nach wie vor bei den Frauen deutlich stärker verbreitet. Immer mehr Menschen sind auf einen Zweitjob angewiesen. Besonders Selbstständige gehen vergleichsweise häufig einer zweiten Beschäftigung nach.

Merle Hattenhauer, Soziologin (M. A.), ist Referentin im Referat Mikrozensus, Verdienste, Preise, Haushaltserhebungen.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

ifo Index steigt weiter

Geschäftsklima steigt zum zweiten Mal in Folge

Die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft hat sich im Dezember 2011 – zur Überraschung vieler Konjunktorexperten – weiter verbessert. Der ifo Geschäftsklimaindex stieg von 106,6 auf 107,2 Punkte. Schuldenkrise und weltweite Konjunkturabkühlung können der guten Stimmung in den deutschen Unternehmen bisher offenbar nichts anhaben. Für die Konjunktur in Deutschland sieht es momentan eher nach einer moderaten Abkühlung als nach einem drastischen Einbruch aus.

Geschäftslage unverändert – Erwartungen nicht mehr so schlecht wie im Vormonat

Die Lagebeurteilung der Unternehmen ist unverändert geblieben. Der Lageindex liegt seit drei Monaten bei 116,7 Punkten. Die Beurteilung der Geschäftsaussichten hat sich zum zweiten Mal in Folge verbessert. Der Erwartungsindex ist von 97,3 auf 98,4 Punkte gestiegen.

Verbesserung des Geschäftsklimas im Bauhauptgewerbe und im Handel

Verbessert hat sich die Stimmung im Bauhauptgewerbe sowie im Groß- und Einzelhandel. Im verarbeitenden Gewerbe ist das Klima im Vergleich zum Vormonat dagegen unverändert geblieben.

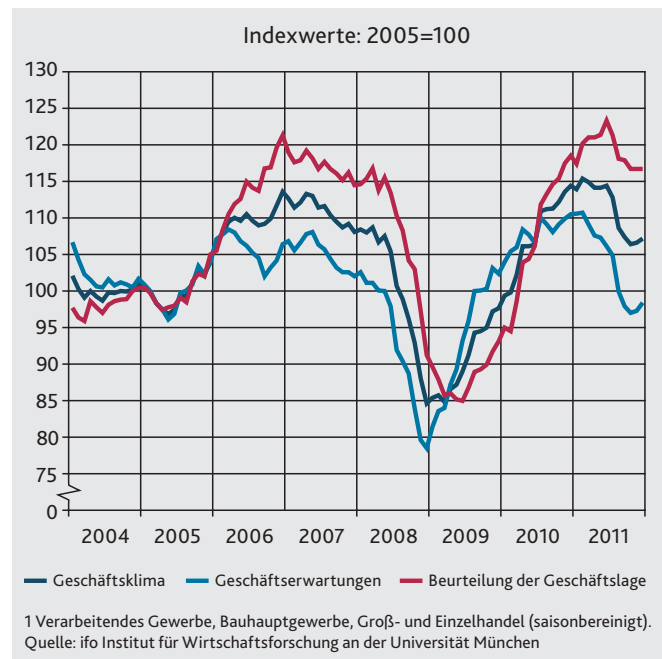
Produktion im verarbeitenden Gewerbe höher als im Vorjahr

Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes steigt um 1,2 Prozent

Für Rheinland-Pfalz weist der „geglättete“ Produktionsindex im September 2011 für das verarbeitende Gewerbe im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg des Güterausstoßes um 1,2 Prozent aus. Im August hatte es noch ein Plus von 4,1 Prozent gegeben.

Stand:
Dezember
2011

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹



Zwei der drei umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Industriebranchen hatten im September 2011 eine deutlich höhere Produktion als ein Jahr zuvor. Allerdings war in der chemischen Industrie (Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“; Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2010: 33 Prozent) ein Rückgang des Güterausstoßes um 5,5 Prozent zu verzeichnen. Dagegen verbuchte der Fahrzeugbau (Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“; Anteil 2010: zwölf Prozent) mit einem Plus von 7,5 Prozent wiederum einen deutlichen Zuwachs. Im Maschinenbau (Umsatzanteil 2010: acht Prozent) ergab sich mit +10 Prozent sogar ein noch stärkerer Anstieg.

Im Fahrzeug- und Maschinenbau zieht die Produktion weiter an

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe nur noch leicht im Plus

Die Entwicklung der Auftragseingänge deutet aber darauf hin, dass sich die rheinland-pfälzische Industriekonjunktur in den kommenden Monaten weiter abschwächen könnte.

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes steigen nur noch um 0,2 Prozent

Die Auftragseingänge haben sich im September 2011 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt gegenüber dem Vorjahr lediglich um 0,2 Prozent verbessert. Bereits im Juli und August hatte es nur leichte Verbesserungen von 0,4 bzw. 0,3 Prozent gegeben. Im Mai und Juni hatte das Plus noch 3,4 bzw. 3 Prozent betragen; davor lagen die Zuwachsraten seit Dezember 2009 sogar im zweistelligen Bereich. Während die Bestellungen aus dem Inland im September 2011 um 0,3 Prozent sanken (August: +0,4 Prozent), gab es im Auslandsgeschäft eine Verbesserung um 0,7 Prozent (August: +0,3 Prozent).

Auftragseingänge in der chemischen Industrie sinken um 9,2 Prozent

In der chemischen Industrie hat sich im September die Auftragslage im Vergleich zum Vorjahr um 9,2 Prozent verschlechtert (August: -11 Prozent). Damit liegt das Ordervolumen bereits seit Mai unter dem Vorjahresniveau. Die Nachfrage aus dem Inland (-13 Prozent) gab im September stärker nach als das Auslandsgeschäft (-7 Prozent).

Fahrzeugbau: Zuwächse schwächen sich weiter ab

Der Fahrzeugbau verbuchte dagegen ein leichtes Auftragsplus von 1,2 Prozent. Die Steigerung war allerdings niedriger als in den vorangegangenen 23 Monaten. Im Juli und August schwächte sich das Plus bereits auf 4 bzw. 3,4 Prozent ab. Davor hatten die Zuwächse von Oktober 2009 bis Juni 2011 in einem Bereich von 8,4 bis 75 Prozent gelegen. Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten verbesserte sich mit +0,4 Prozent schwächer als in den

Vormonaten (August: +1,9 Prozent). Nachdem im Juli der Zuwachs bei den Inlandsbestellungen erstmals seit Dezember 2009 über dem der Auslandsaufträge gelegen hatte, kehrte sich die Entwicklung wieder um. Die Auslandsnachfrage erhöhte sich im September 2011 um 1,9 Prozent (August: +4,7 Prozent).

Im Maschinenbau übertrafen die Bestellungen im September den Vorjahreswert um 6,2 Prozent. Damit war der Zuwachs etwa auf dem Niveau der Steigerungsraten der drei Vormonate. Von Juni bis August 2011 beliefen sich die Verbesserungen auf 5,1 bis 7,3 Prozent. Die heimische Nachfrage zog gegenüber September 2010 um 6,6 Prozent an. Bei der Auslandsnachfrage wurde mit +6,1 Prozent ein etwas niedrigerer Anstieg registriert.

Weiterhin Auftragszuwachs im Maschinenbau

Geringfügiger Anstieg der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

Im Bauhauptgewerbe sind die geglätteten Auftragseingänge im September 2011 gegenüber dem Vorjahresmonat lediglich um 0,1 Prozent gestiegen. Im Juli und August war es noch zu Verbesserungen um 2,6 bzw. 2,8 Prozent gekommen. Davor hatte es von Januar bis Juni Zuwächse zwischen 6,2 und 15 Prozent gegeben.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe steigen um 0,1 Prozent

Im Tiefbau waren die Auftragseingänge von Mai bis Juli 2011 drei Mal in Folge in einem Bereich von 1,5 bis 4,9 Prozent gestiegen. Nachdem es im August zu einem Rückgang um fünf Prozent gekommen war, gaben im September die Auftragseingänge im Vorjahresvergleich um 3,6 Prozent nach. Im Hochbau hatte es bereits seit Januar 2011 steigende Auftragszahlen in einem Bereich von 4,1 bis 42,3 Prozent gegeben. Auch im

September verbuchte dieser Teilbereich mit +4,5 Prozent wieder einen Auftragszuwachs. Gerade im Bauhauptgewerbe ist aber zu berücksichtigen, dass selbst die gleitenden Durchschnittswerte häufig noch durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten geprägt werden.

Zahl der Baugenehmigungen steigt um 19 Prozent

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau, einem Frühindikator für die Baukonjunktur, ist im September 2011 um 19 Prozent gestiegen. Von Juni bis August hatte das Plus zwischen 10 und 15 Prozent betragen. Davor war es allerdings von Dezember 2010 bis Mai 2011 zu noch deutlich stärkeren Zuwächsen gekommen (zwischen +31 und +73 Prozent).

Umsatzsteigerungen im Handel und im Gastgewerbe

Umsatz im Einzelhandel weiter im Plus

Die geglätteten Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im September 2011 einen realen Anstieg um 2,8 Prozent auf. Damit werden im Vorjahresvergleich bereits seit Dezember 2010 Umsatzsteigerungen in einem Bereich von 0,7 bis 3,2 Prozent festgestellt.

Deutliche Umsatzsteigerung im Kfz-Handel

Im Kraftfahrzeughandel haben sich die Umsätze im September preisbereinigt um 3,8 Prozent verbessert. Im August wurde ein Anstieg um 2,4 Prozent registriert, nachdem im Juli noch ein Rückgang um 2,5 Prozent festgestellt worden war. Davor hatte es seit Oktober 2010 Umsatzzuwächse gegeben.

Kräftig steigende Umsätze im Großhandel

Der Großhandel verzeichnete im September 2011 einen kräftigen Anstieg der realen Umsätze um 6,3 Prozent. Die Großhandelsumsätze haben sich damit bereits seit März 2010 in einem Bereich von 1,2 bis 7,1 Prozent verbessert.

Erläuterungen

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunktur-entwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Die Indizes der Produktion und der Auftragseingänge sowie die Handelsumsätze können von Monat zu Monat stark schwanken. Deshalb wird zur Beurteilung der Konjunktur-entwicklung der **gleitende Drei-Monats-Durchschnitt** herangezogen. In den gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt für **September 2011** sind die Originalwerte der Berichtsmonate August bis Oktober 2011 eingeflossen.

Der **ifo Geschäftsklimaindex** für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich etwa 7 000 Unternehmen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunktur-entwicklung die **Originalwerte** des Berichtsmonats **Dezember 2011** herangezogen.

Umsätze im
Gastgewerbe
weiter ver-
bessert

Im Gastgewerbe stiegen die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im September 2011 gegenüber dem Vorjahreswert um 4,2 Prozent. Davor hatte es seit September 2010 Verbesserungen zwischen 0,2 und 8 Prozent gegeben.

Jahresteuerungsrate im Dezember bei 2,3 Prozent

Höhere Preise
für Heizöl und
Kraftstoffe tra-
gen zum Preis-
anstieg bei

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex hat sich im Dezember 2011 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 2,3 Prozent erhöht. Damit hat sich der Anstieg der Jahresteuerungsrate erstmals seit vier Monaten wieder abgeschwächt. Trotzdem übertraf er zum elften Mal in Folge die für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bedeutsame Zwei-Prozent-Marke. Im Oktober und November 2011 hatte die Erhöhung bei jeweils 2,6 Prozent gelegen. Zu der Verteuerung im Dezember trugen die im Vorjahresvergleich kräftigen Preiserhöhungen für Kraftstoffe (+6,1 Prozent) sowie insbesondere für Heizöl bei (+21 Prozent). Der häufig als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel“ wies dagegen nur einen Anstieg von 1,7 Prozent auf.

Preisentwick-
lung in den
Waren- und
Dienstleis-
tungsgruppen
uneinheitlich

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ (+3,5 Prozent). Außerdem verteuerten sich die Waren und Dienstleistungen in den Bereichen „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+3,4 Prozent), „Verkehr“ (+2,9 Prozent) sowie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (+2,8 Pro-

zent) überdurchschnittlich. Lediglich in der Hauptgruppe „Nachrichtenübermittlung“ (-2,2 Prozent) wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

Arbeitslosigkeit im Dezember gestiegen

Die Situation am rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt hat sich weiter verschlechtert. Im Dezember 2011 waren 104 400 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet; das sind rund 3 200 bzw. 3,2 Prozent mehr als im Vormonat. Gegenüber Dezember 2010 nahm die Zahl der registrierten Arbeitslosen allerdings um rund 8 600 bzw. 7,6 Prozent ab.

Lage am
Arbeitsmarkt
robust

Nach Angaben der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland ist der weitere Anstieg der Arbeitslosigkeit im Dezember jahreszeitlich bedingt. Zu Entlassungen kam es vor allem in den saison- und witterungsabhängigen Berufen des Hotel- und Gastgewerbes, des Baugewerbes und des Gartenbaus.

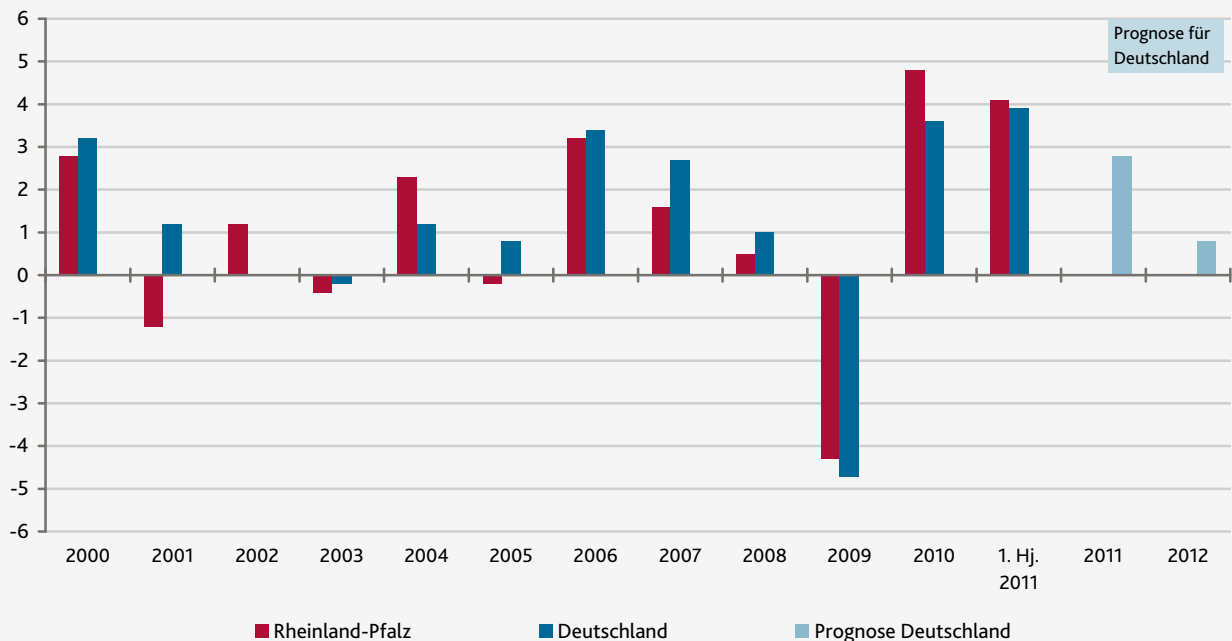
Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, stieg im Dezember 2011 auf fünf Prozent. Im Vergleich zum November hat sie sich damit um 0,2 Prozentpunkte erhöht. Gegenüber Dezember 2010 ergab sich ein Rückgang um 0,4 Prozentpunkte.

Arbeitslosen-
quote steigt auf
fünf Prozent

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Europa; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist dort als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

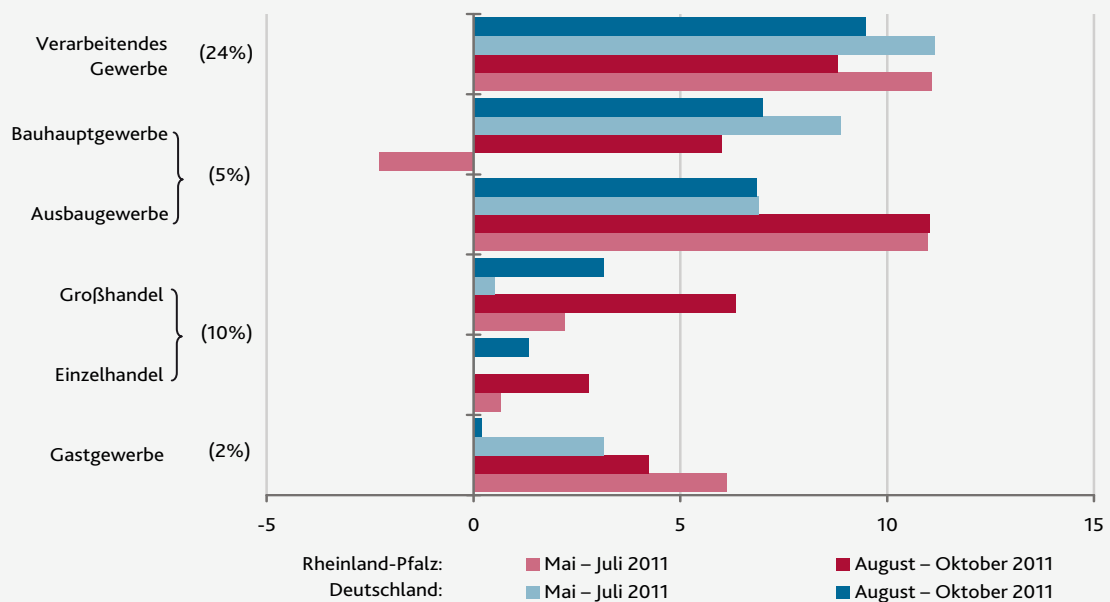


1 2000 – 2010 Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2011; 1. Hj 2011 Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2011; nächster Fortschreibungstermin im März 2012. Quelle Prognosewert 2011 und 2012: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2011.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

3-Monats-Durchschnitte^{2,3} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

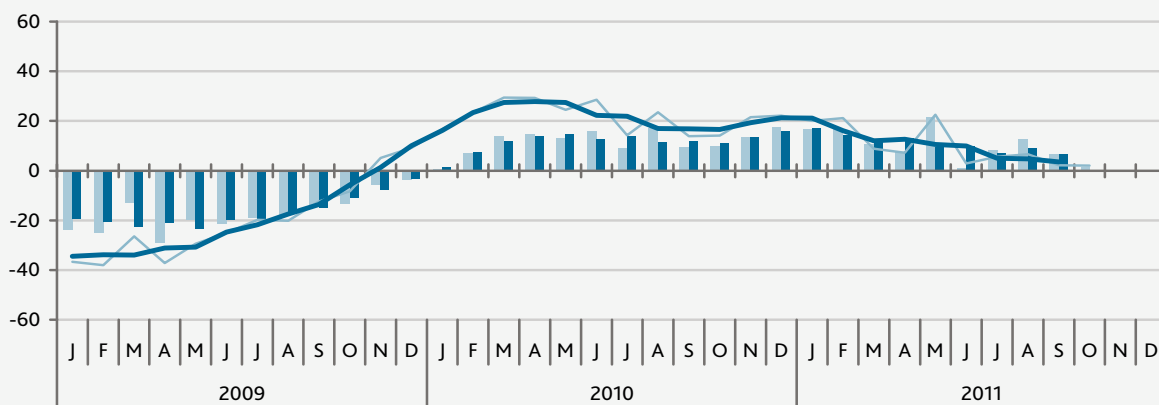


1 Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2010. – 2 Ausbaugewerbe: Quartale. – 3 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

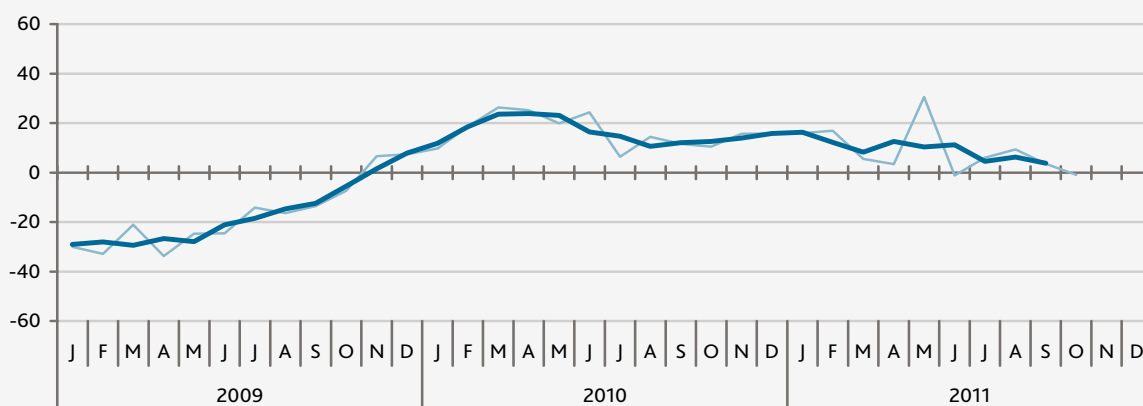
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland

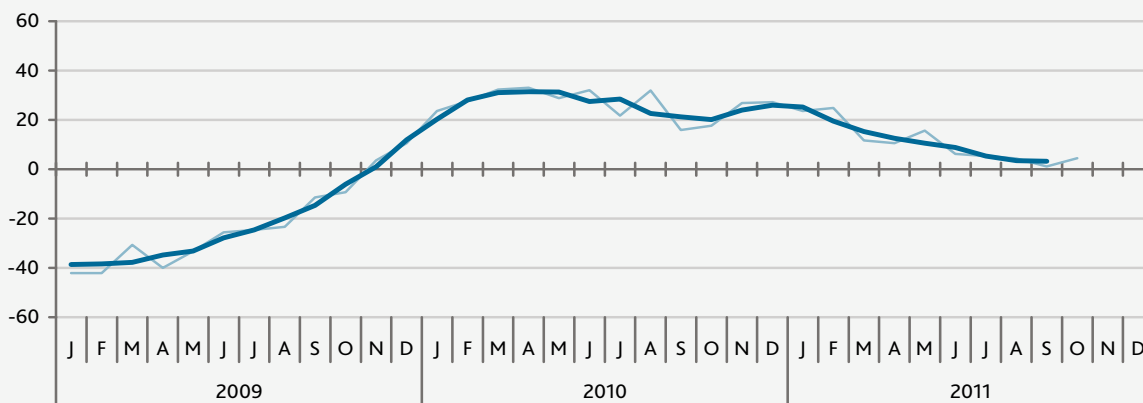
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %
Insgesamt



Inland



Ausland



Produktionsindex (Monatswerte)

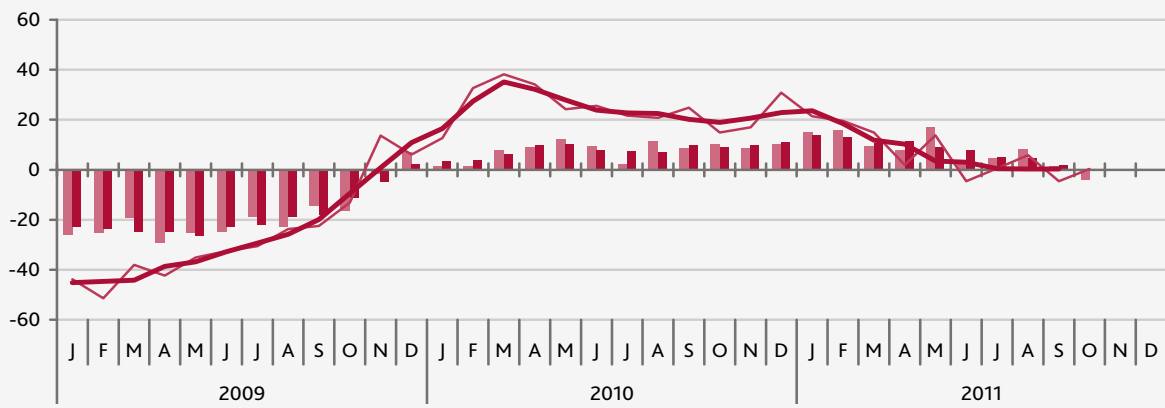
Produktionsindex (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

Auftragseingang (Monatswerte)

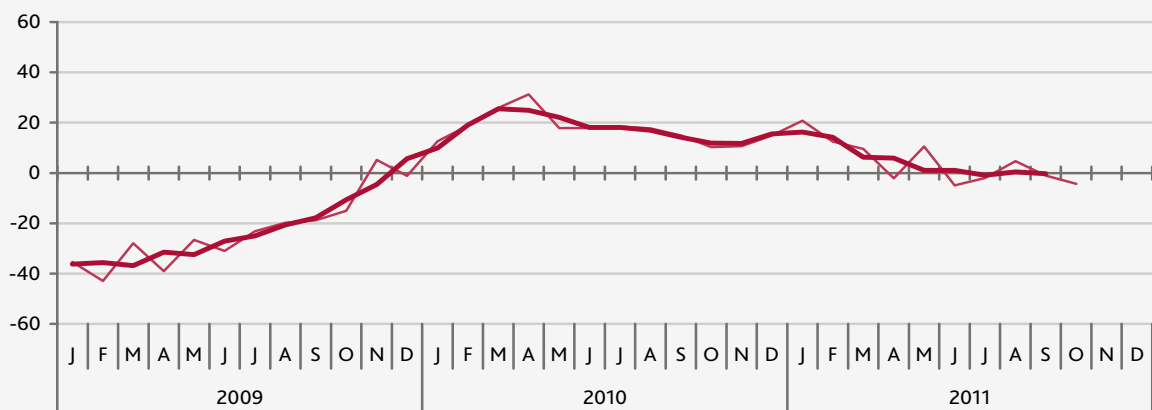
Auftragseingang (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

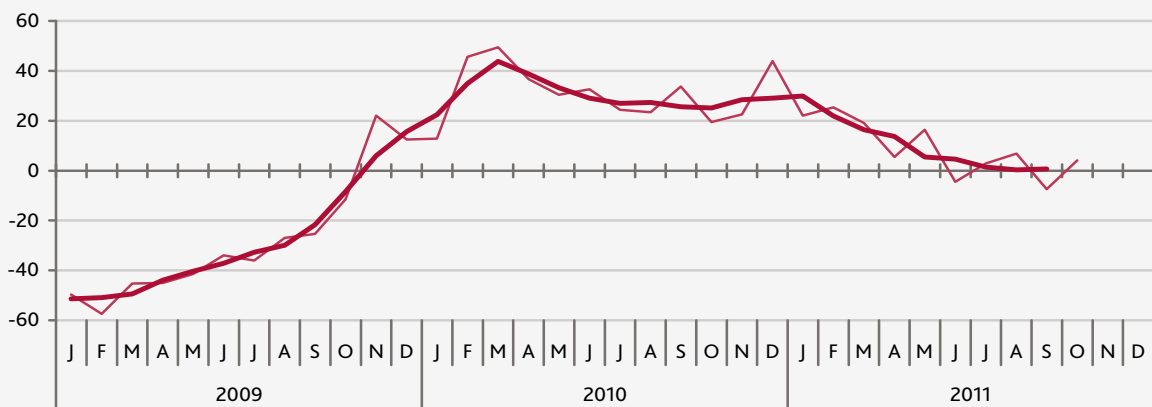
Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ und Monatswerte – Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %
 Insgesamt



Inland



Ausland



Produktionsindex (Monatswerte)

Produktionsindex (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

Auftragseingang (Monatswerte)

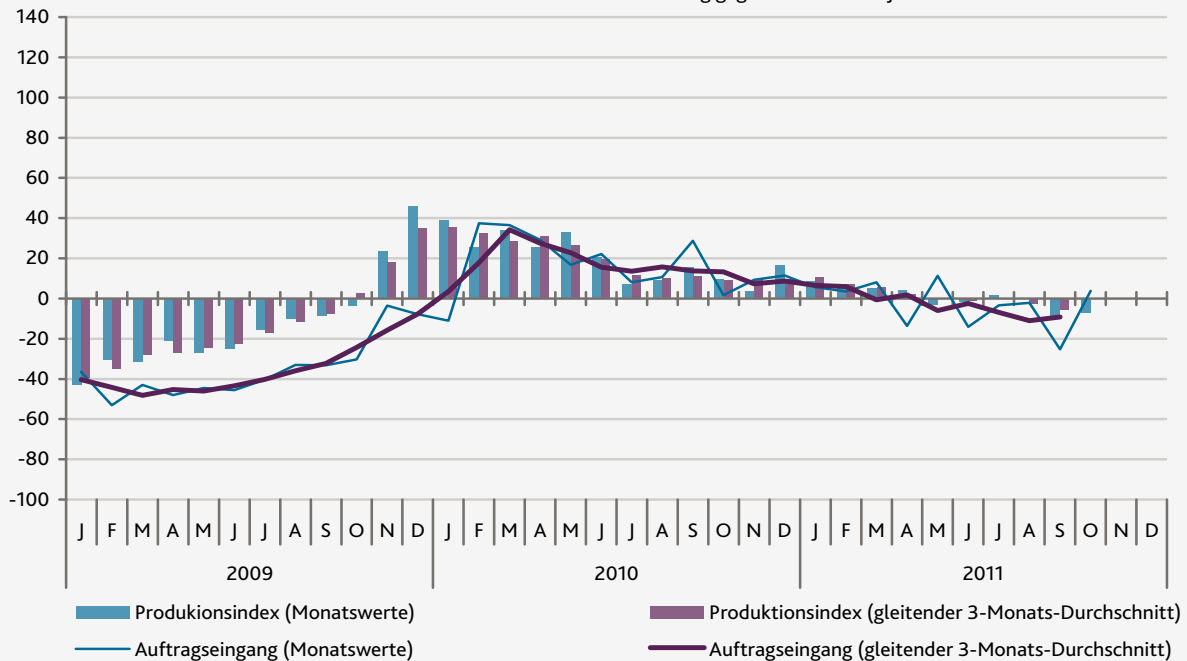
Auftragseingang (gleitender 3-Monats-Durchschnitt)

¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 33%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



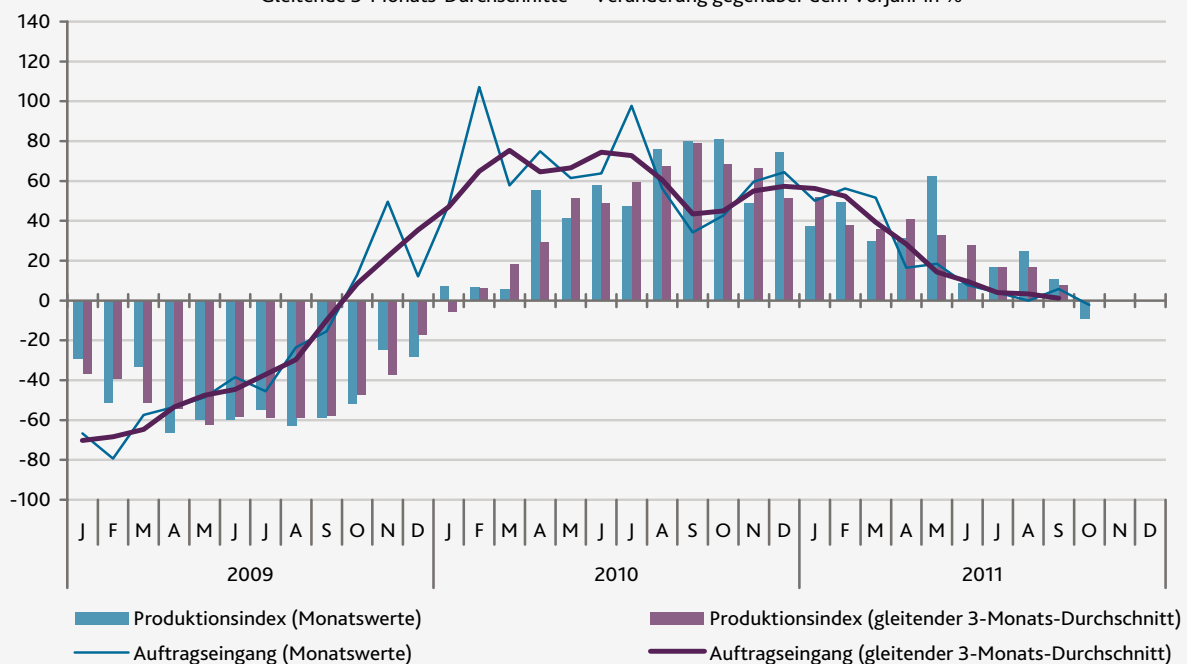
¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 12%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



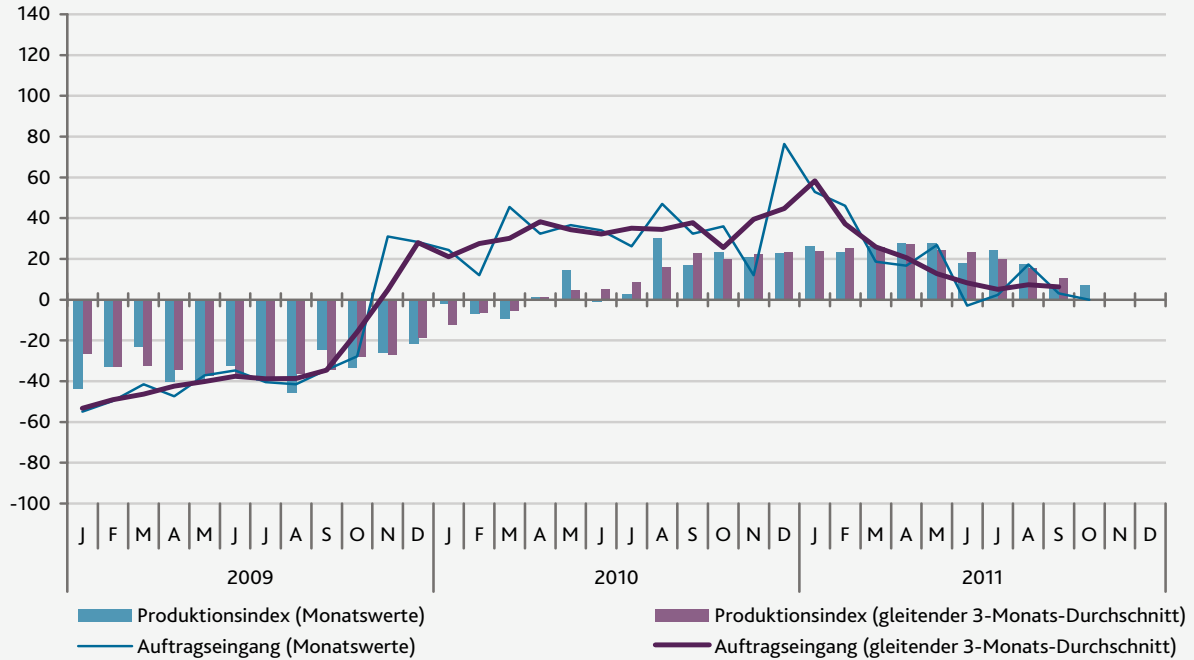
¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Maschinenbau

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 8%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



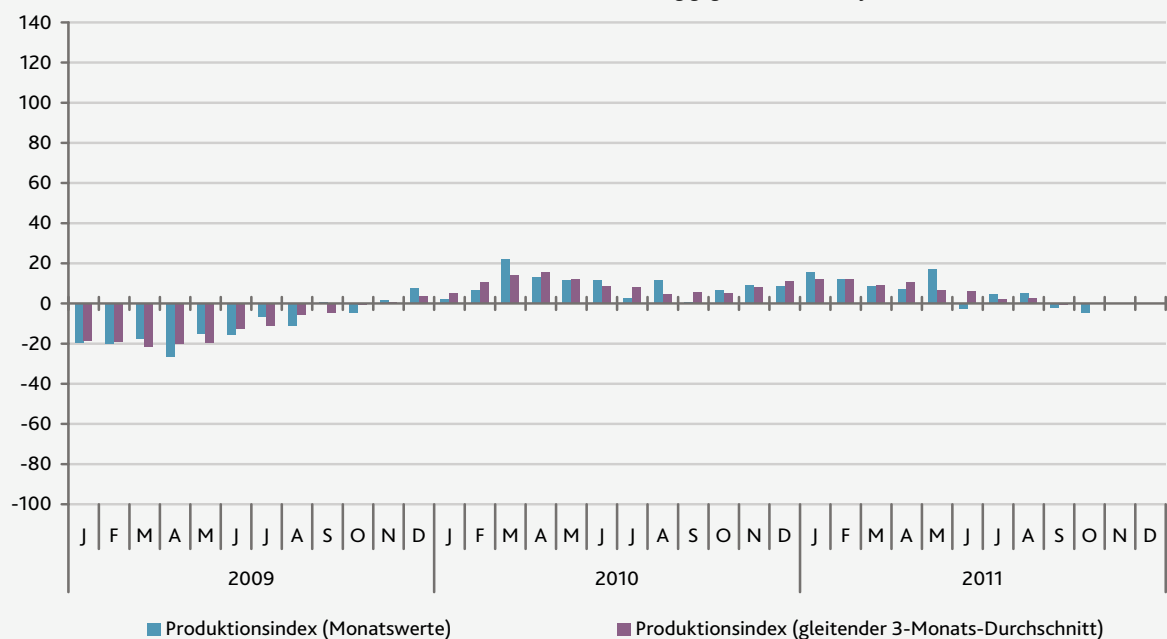
1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren¹

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 6%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



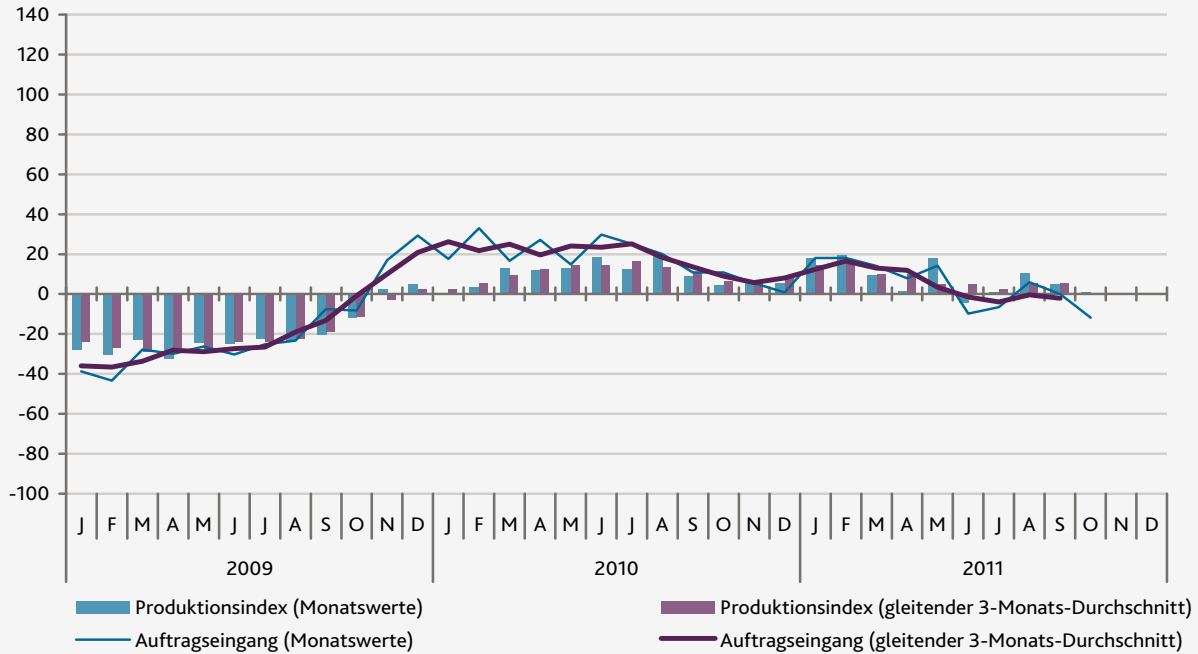
1 Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Herstellung von Metallerzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 5%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

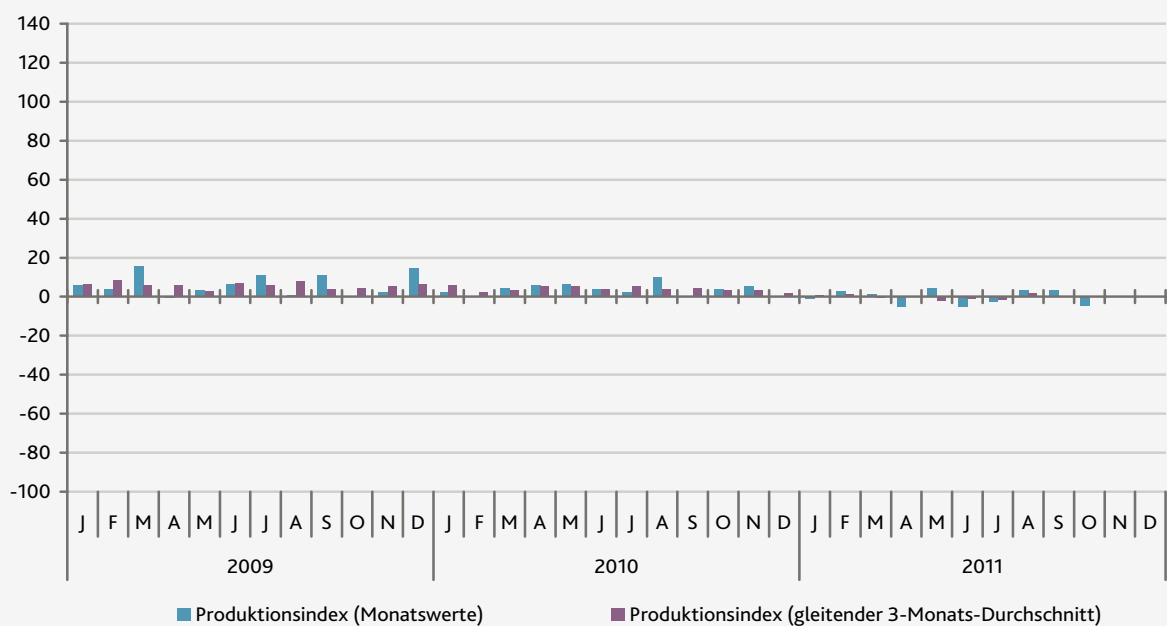
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt)

Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln¹

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 5%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



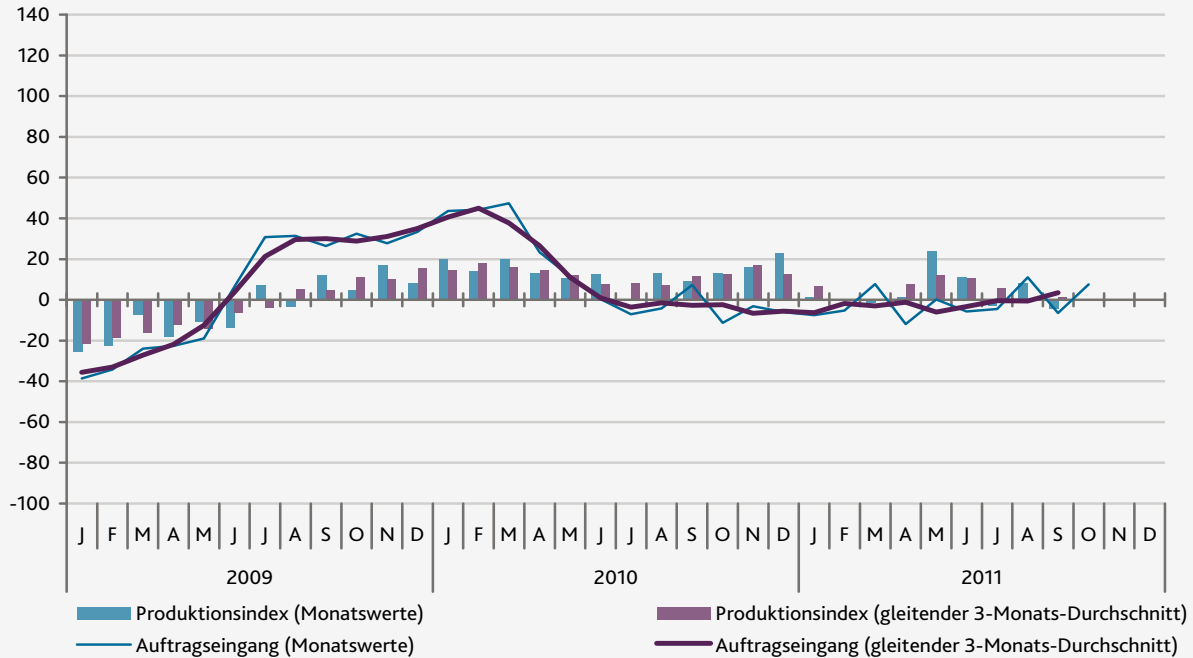
1 Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) und Produktionsindex (preisbereinigt) Metallerzeugung und -bearbeitung

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 4%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



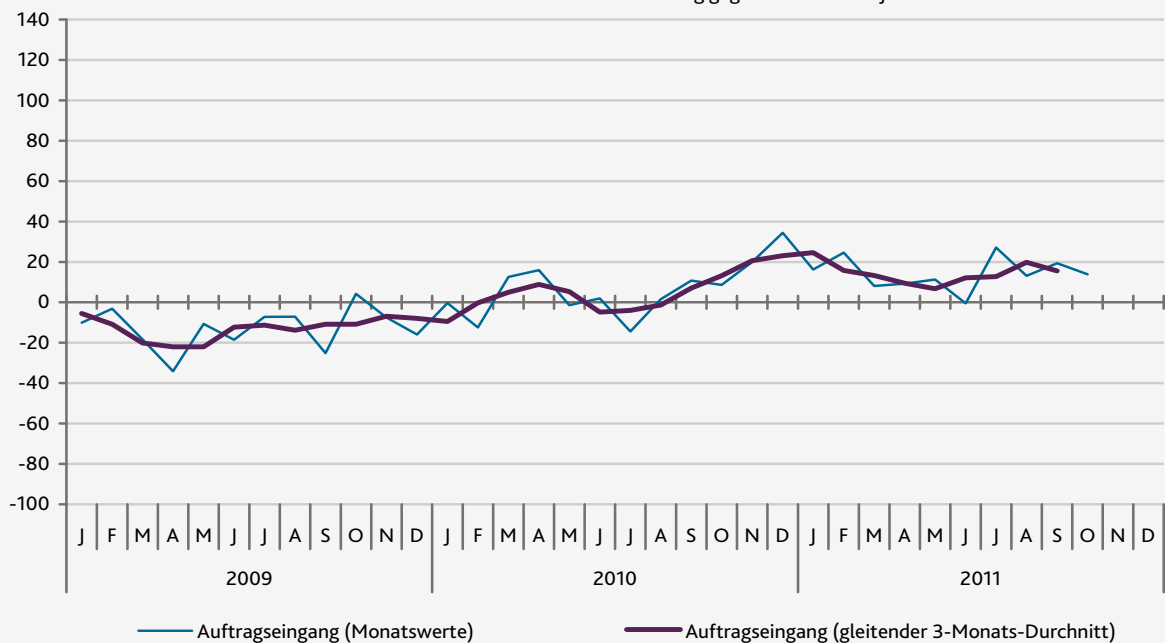
1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 5%

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

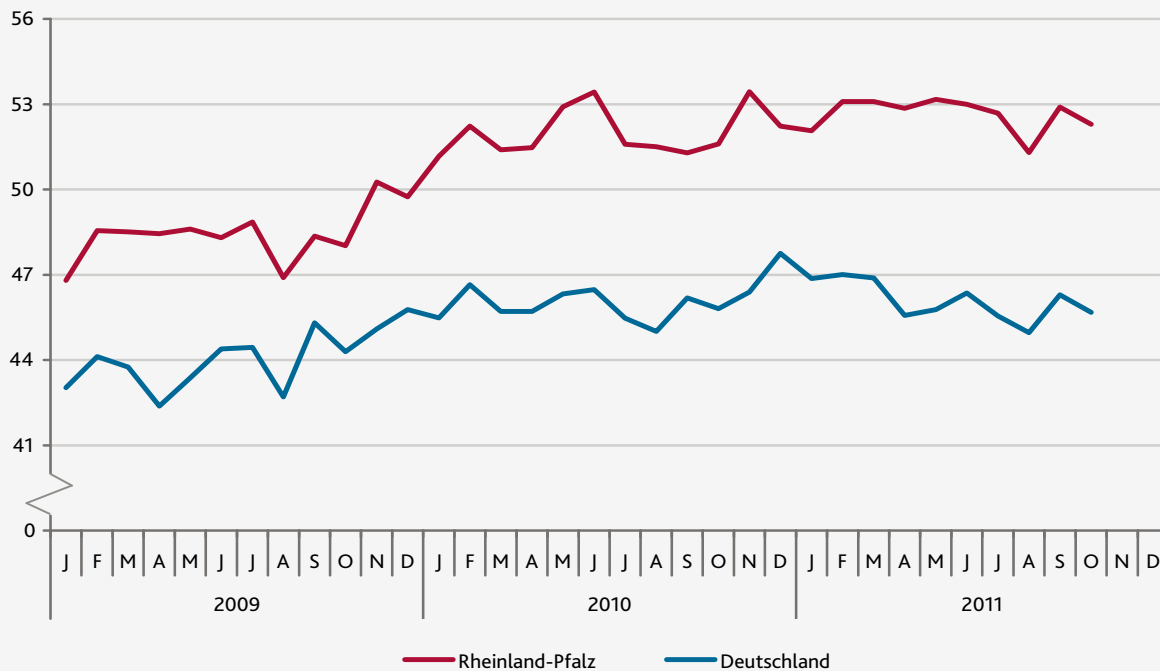


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

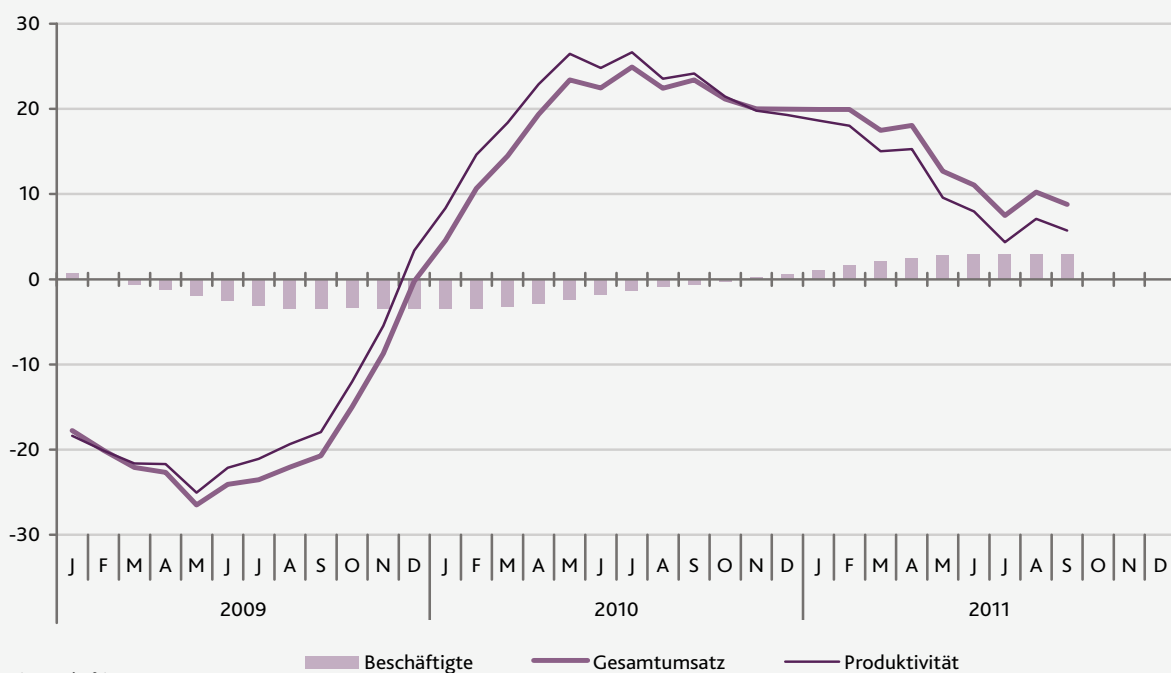
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im verarbeitenden Gewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



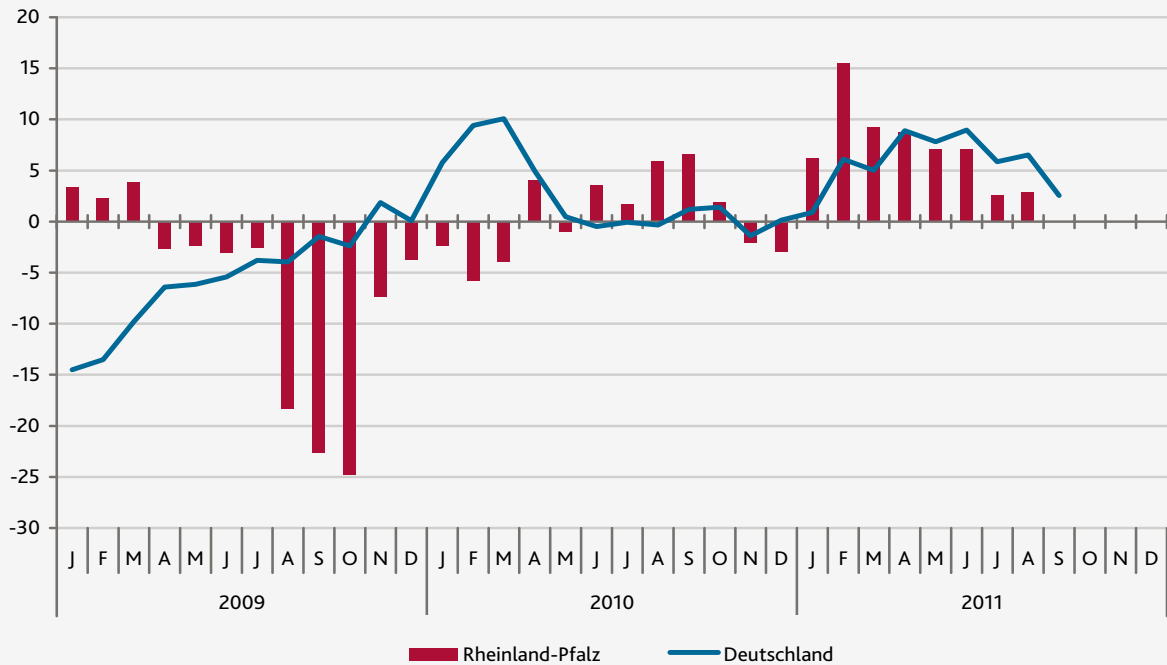
1 Umsatz je Beschäftigten.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

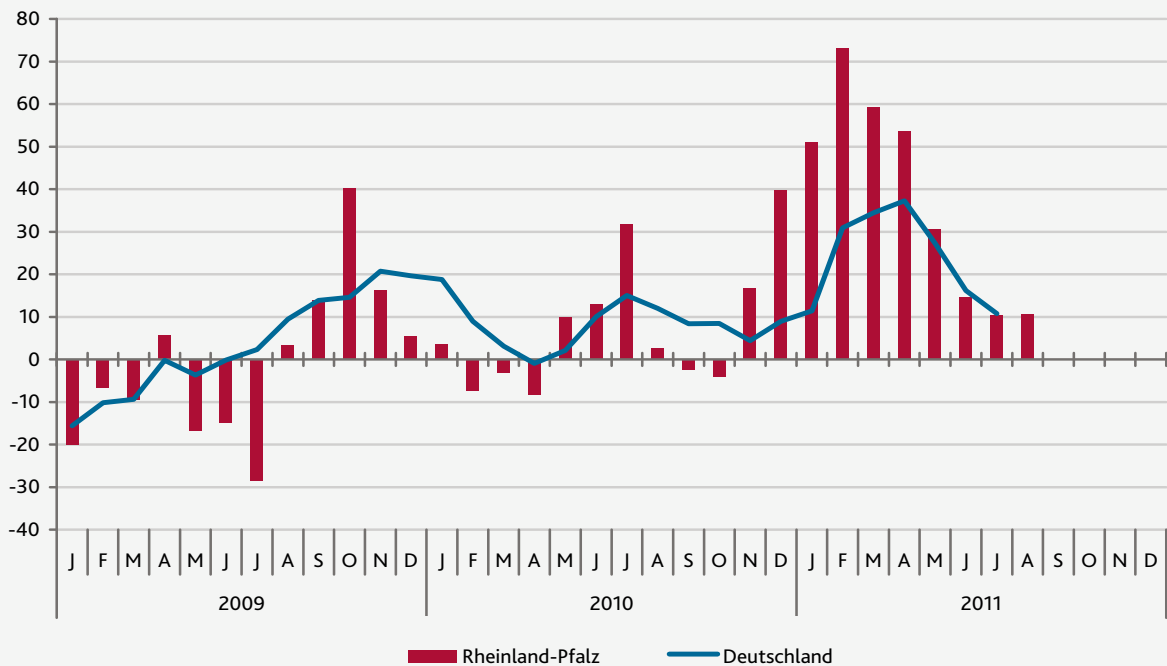


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugenehmigungen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



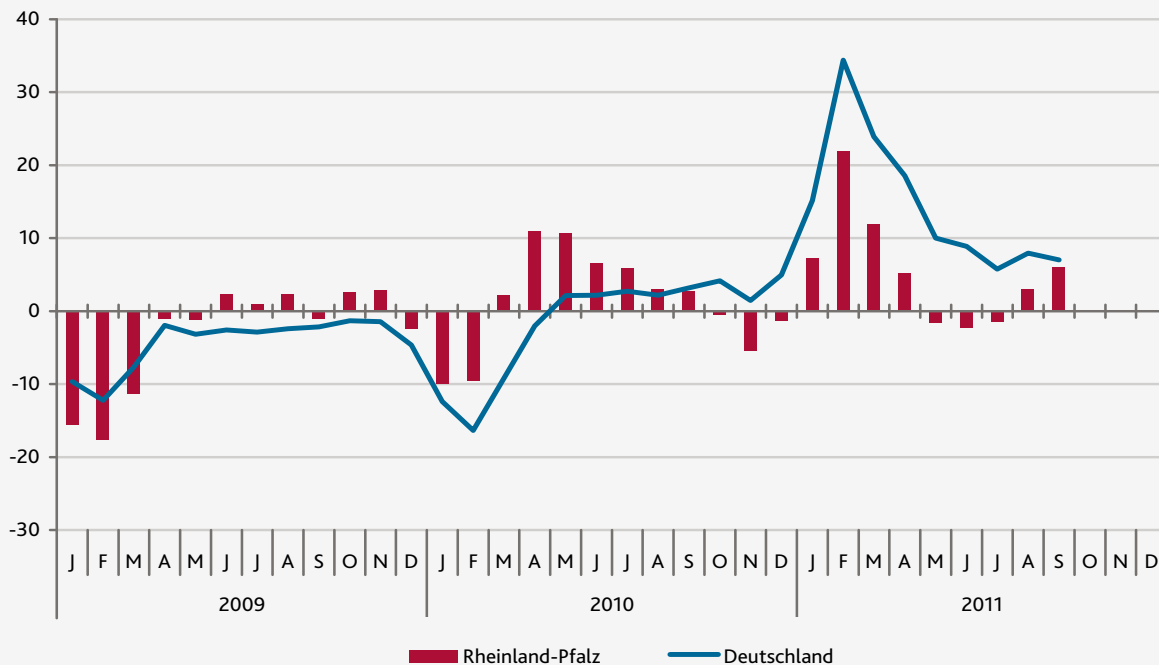
1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

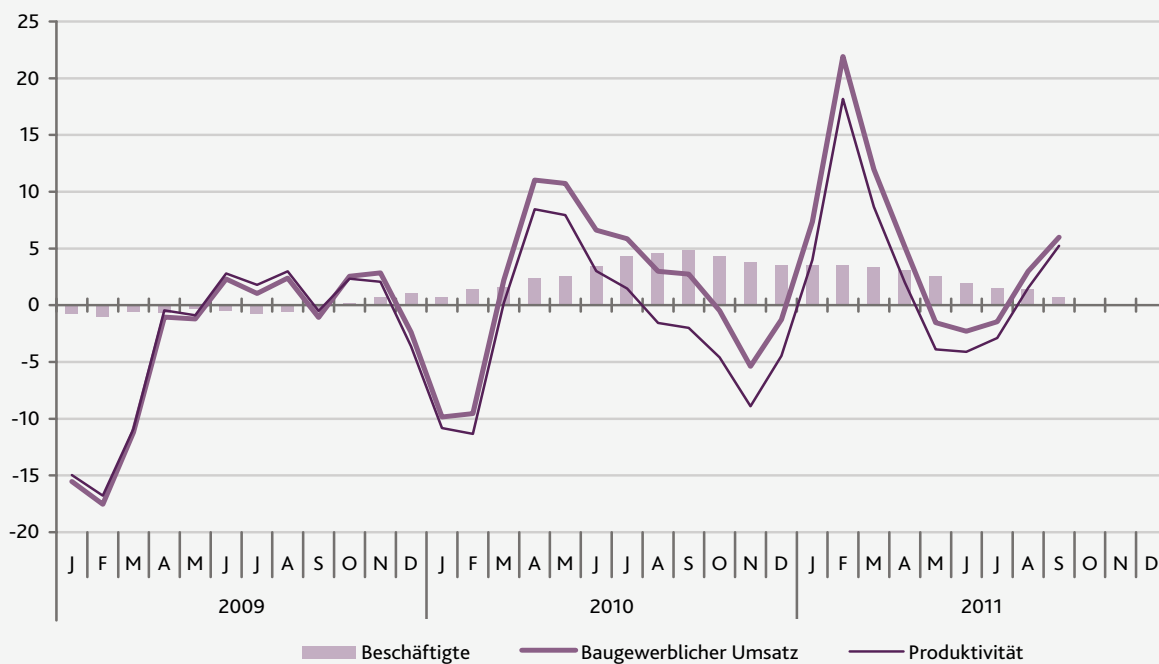


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im Bauhauptgewerbe

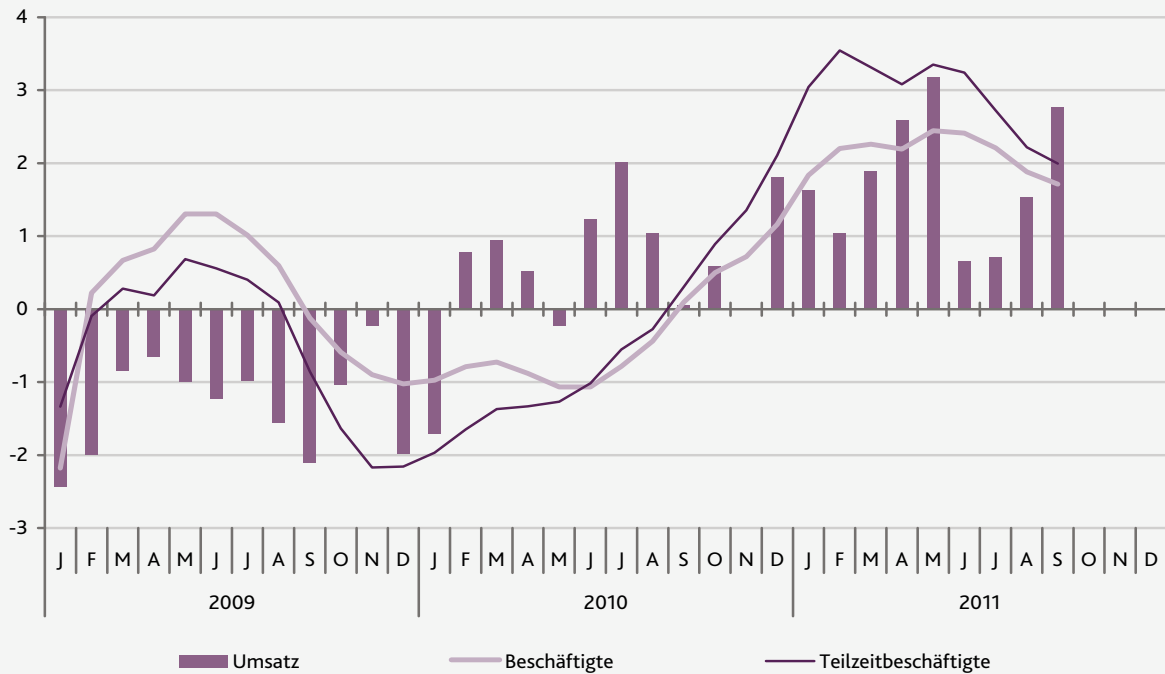
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – 2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

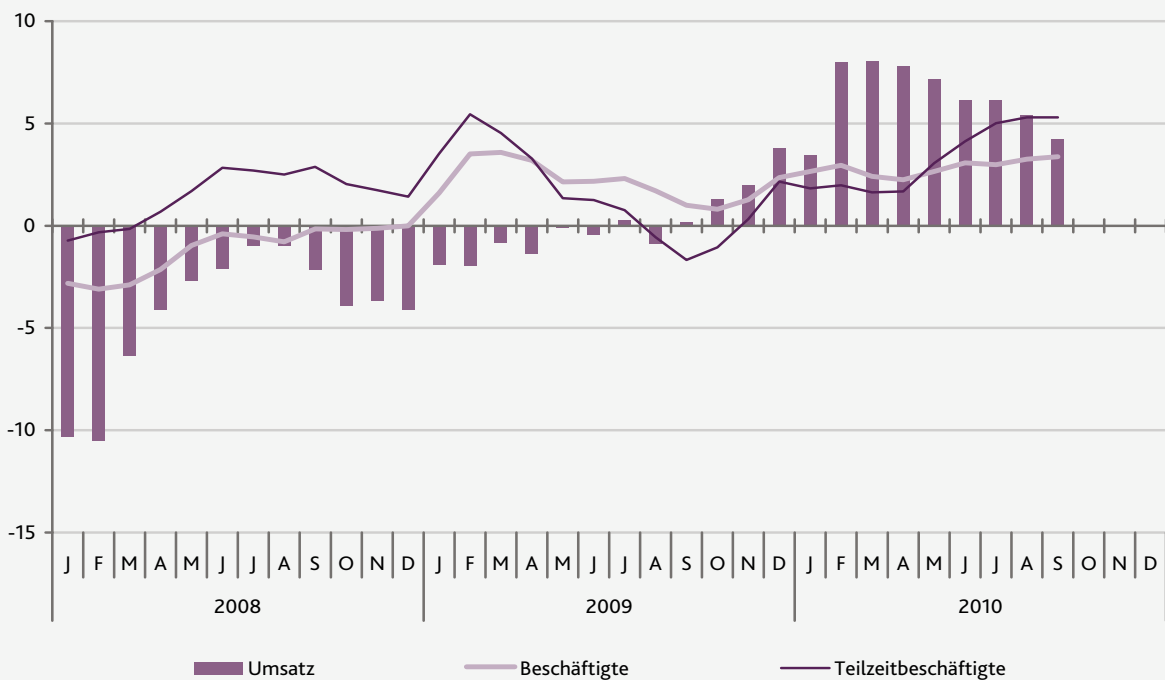
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

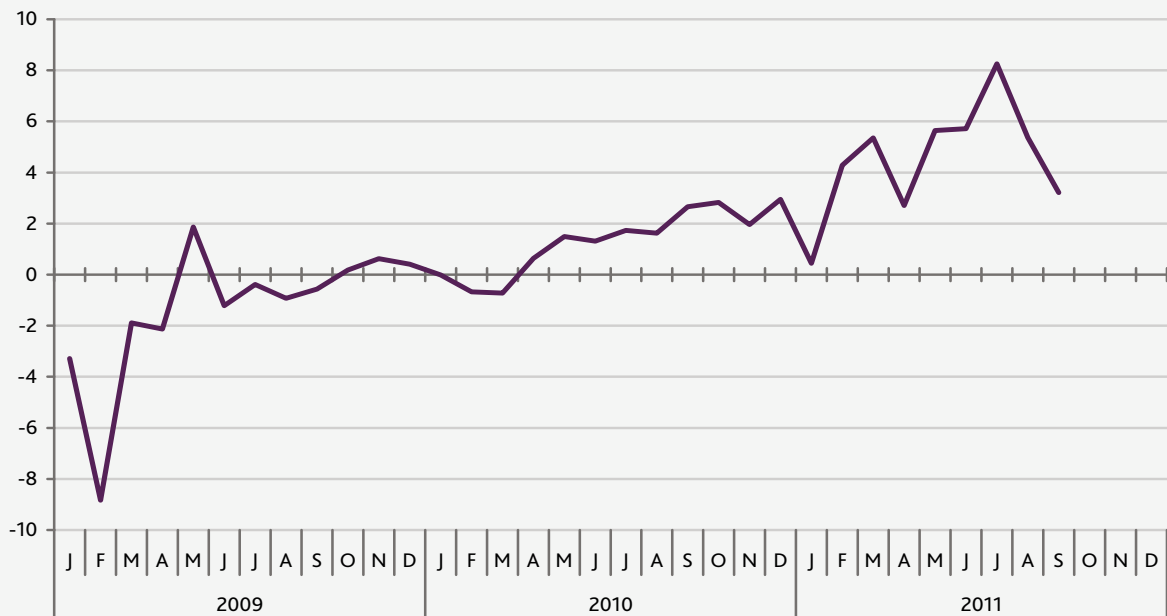
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gästeübernachtungen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

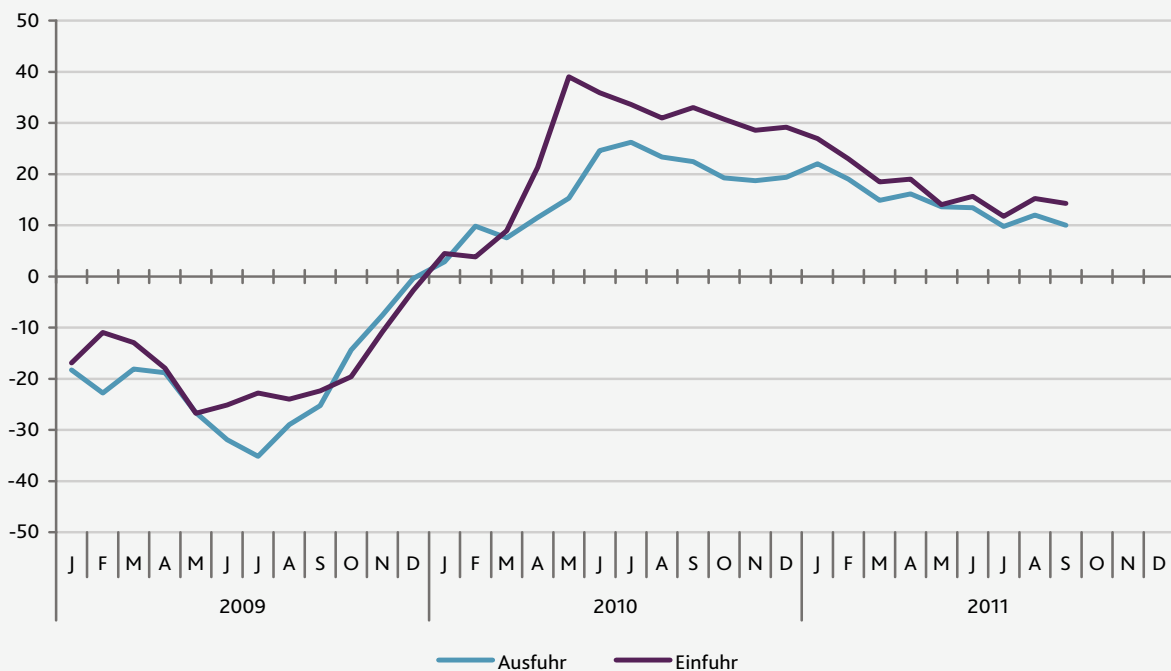


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Außenhandel¹ in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



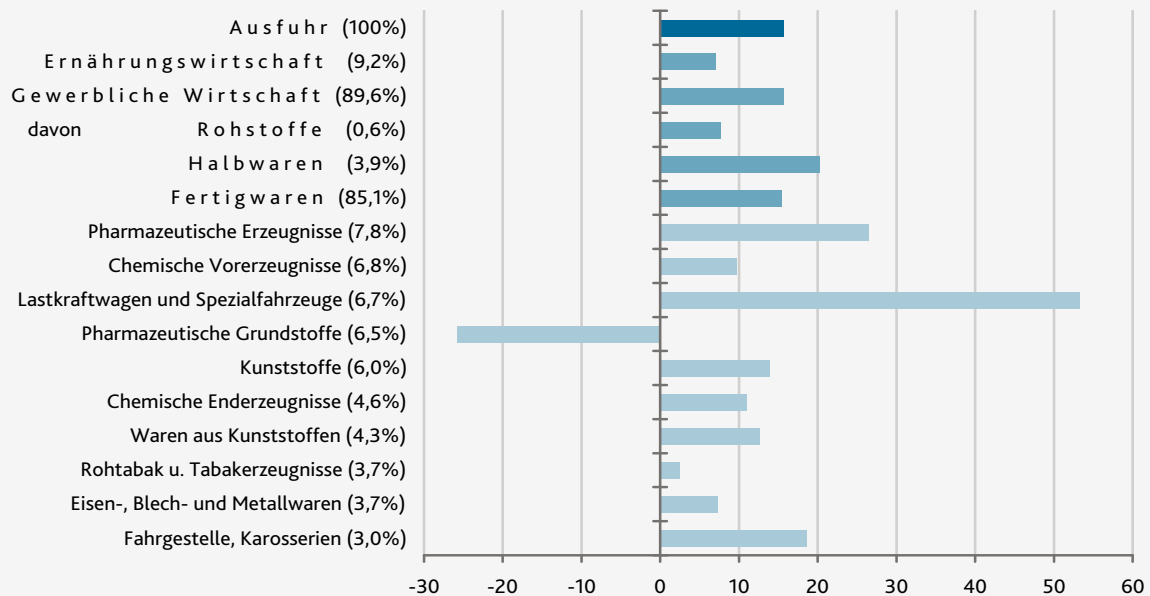
1 Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.

2 Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Oktober 2010 - September 2011 nach Warengruppen¹

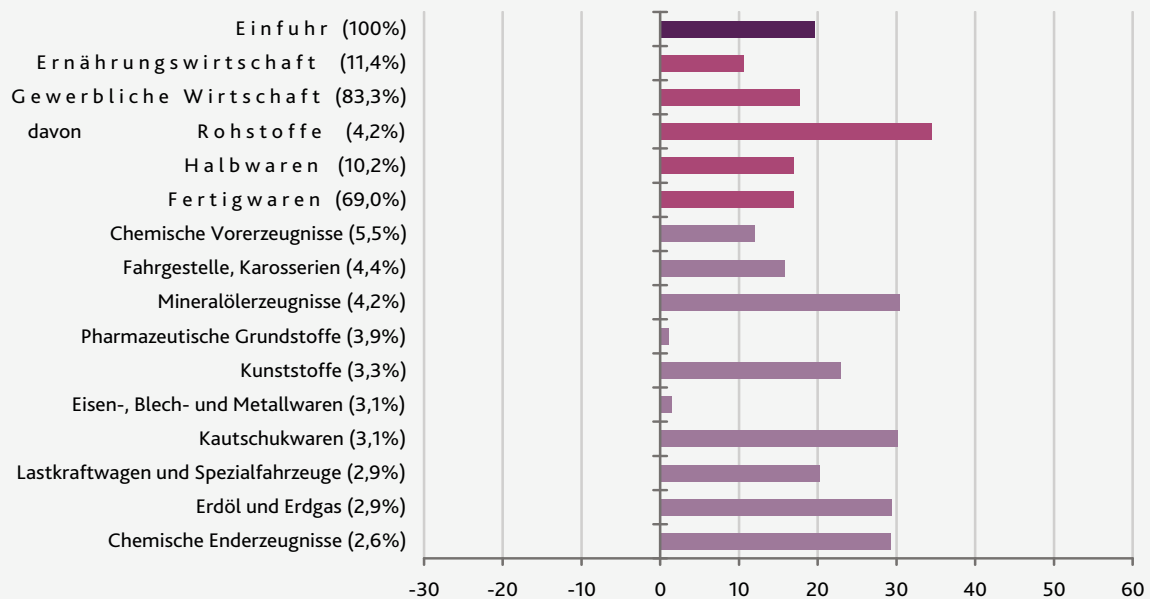
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

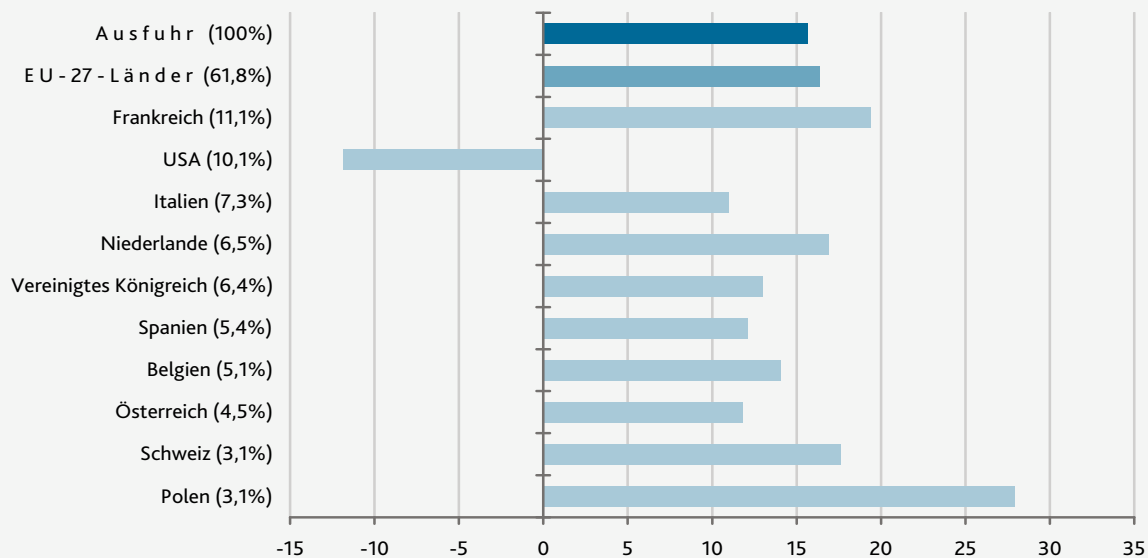
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Oktober 2010 - September 2011 nach Warengruppen¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

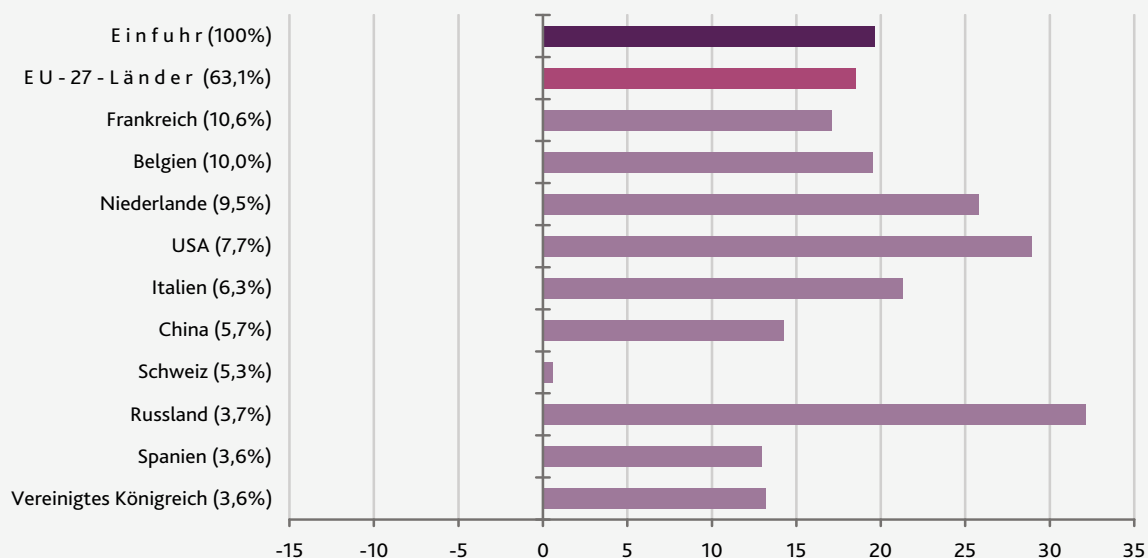
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Oktober 2010 - September 2011 nach Bestimmungsländern¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

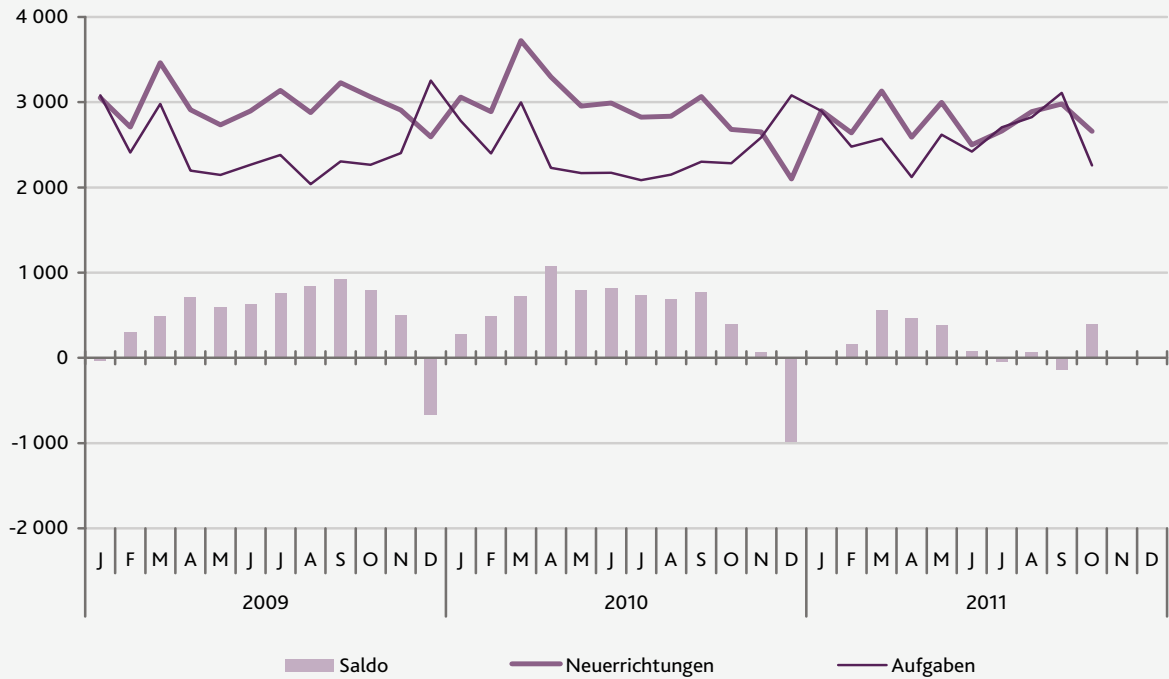
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Oktober 2010 - September 2011 nach Herkunftsländern¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

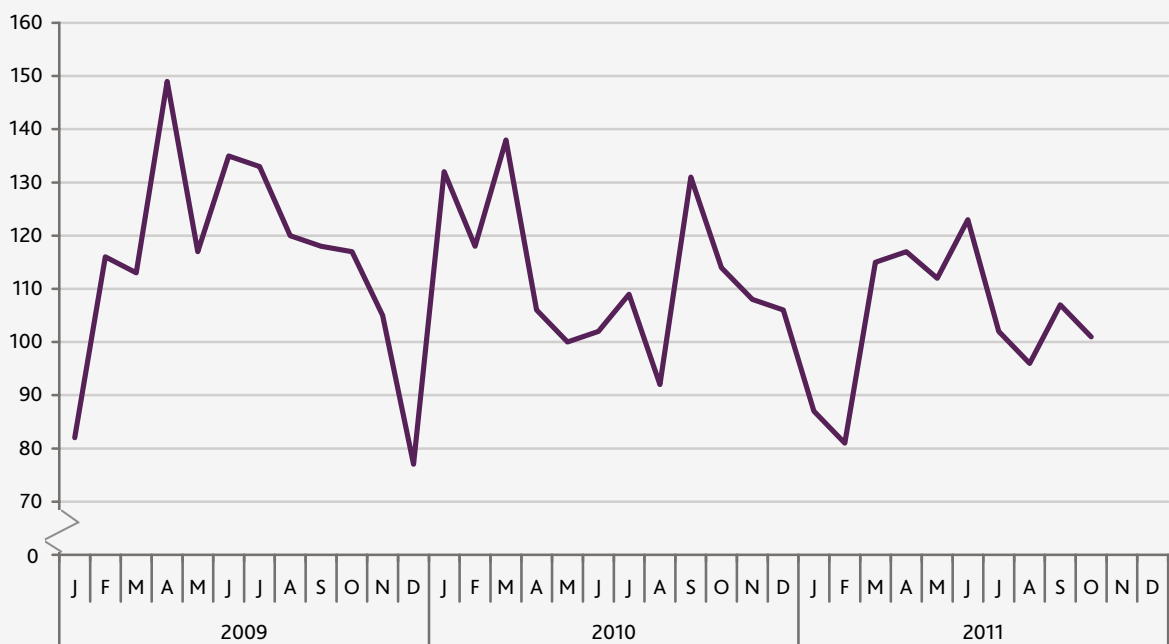
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gewerbeanzeigen



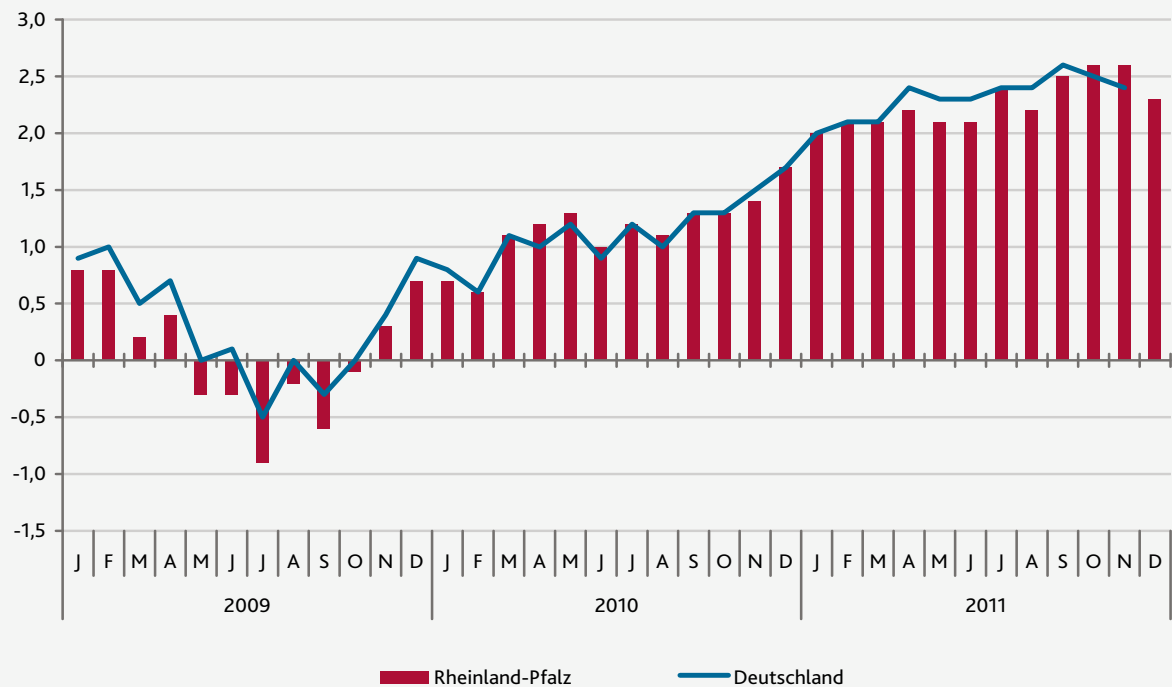
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Unternehmensinsolvenzen



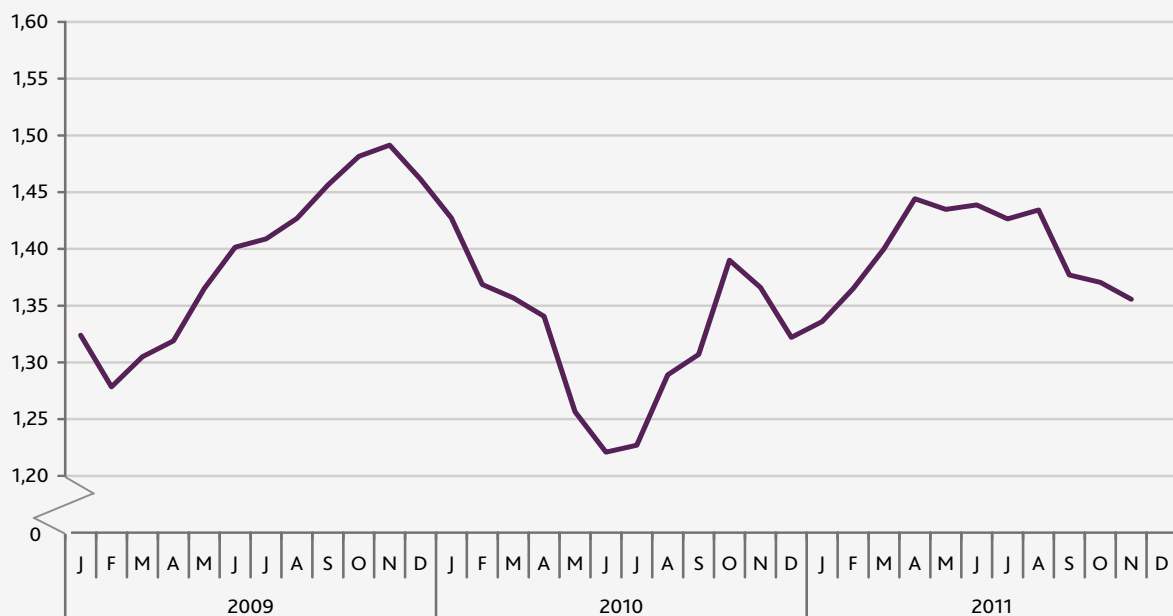
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

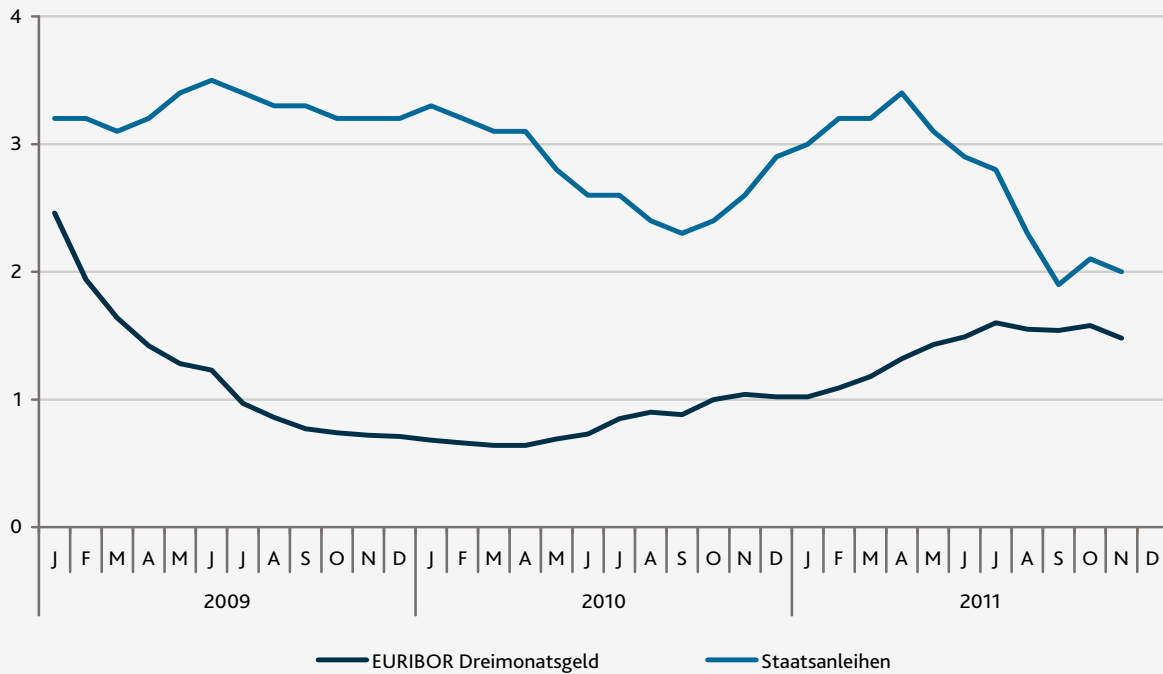
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

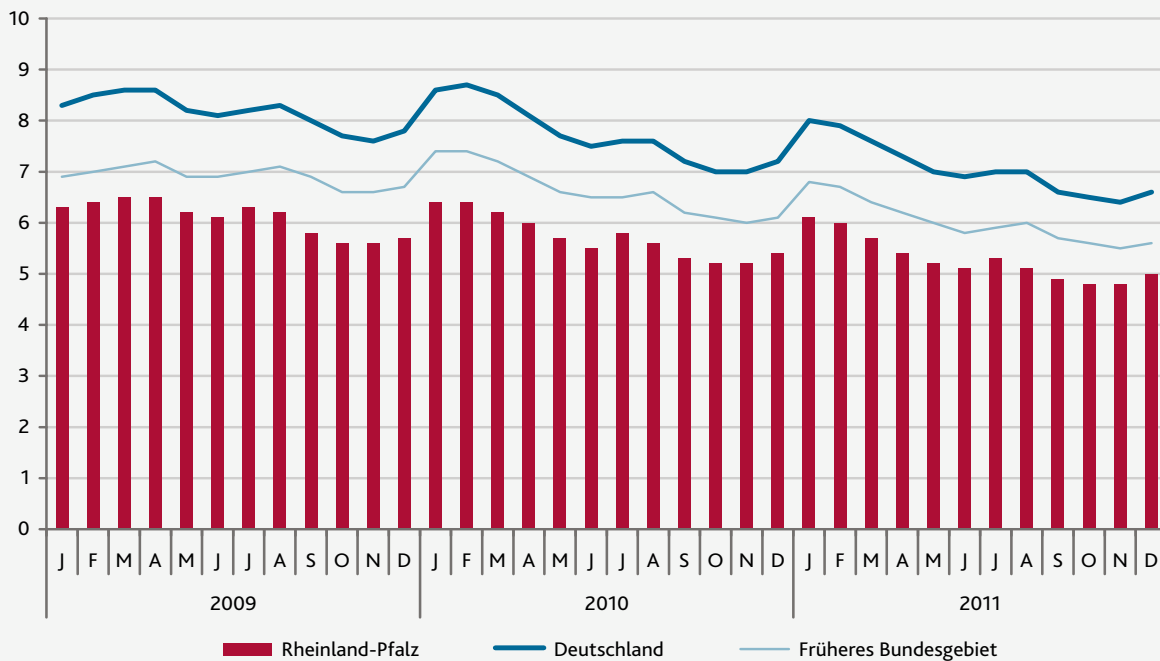
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

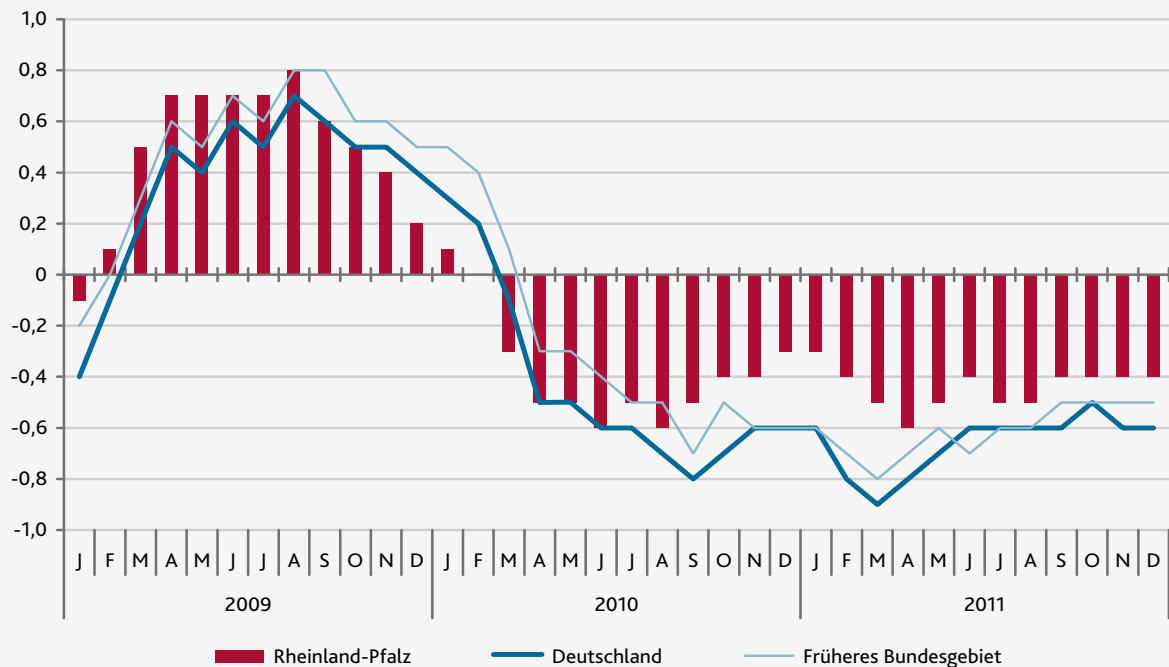
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

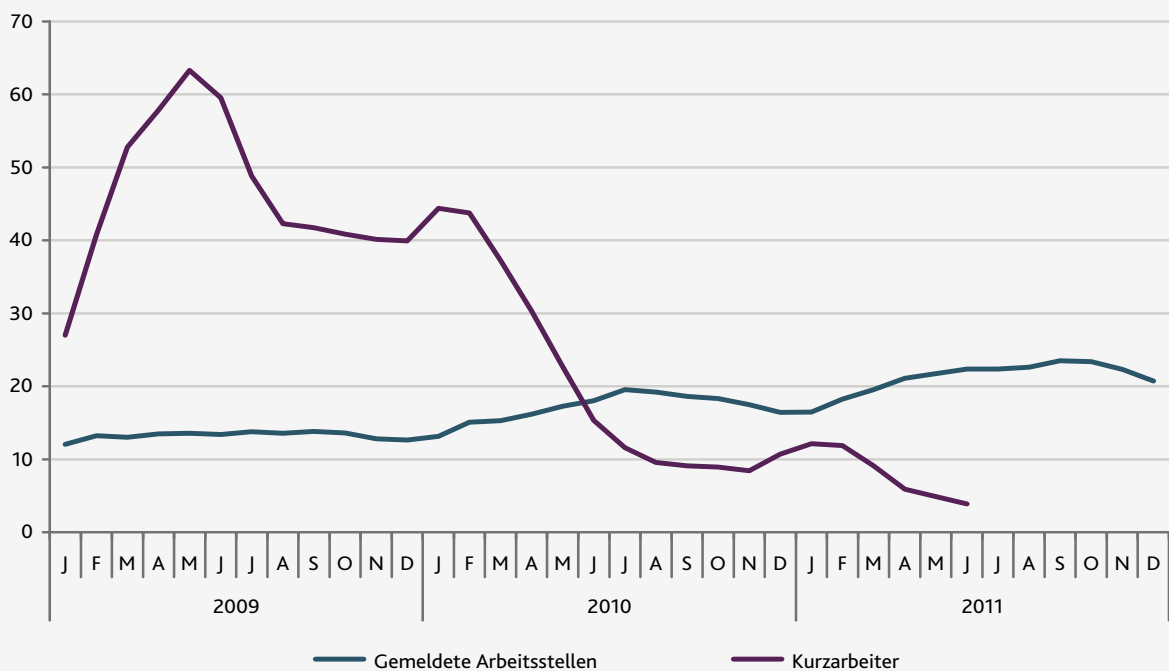
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

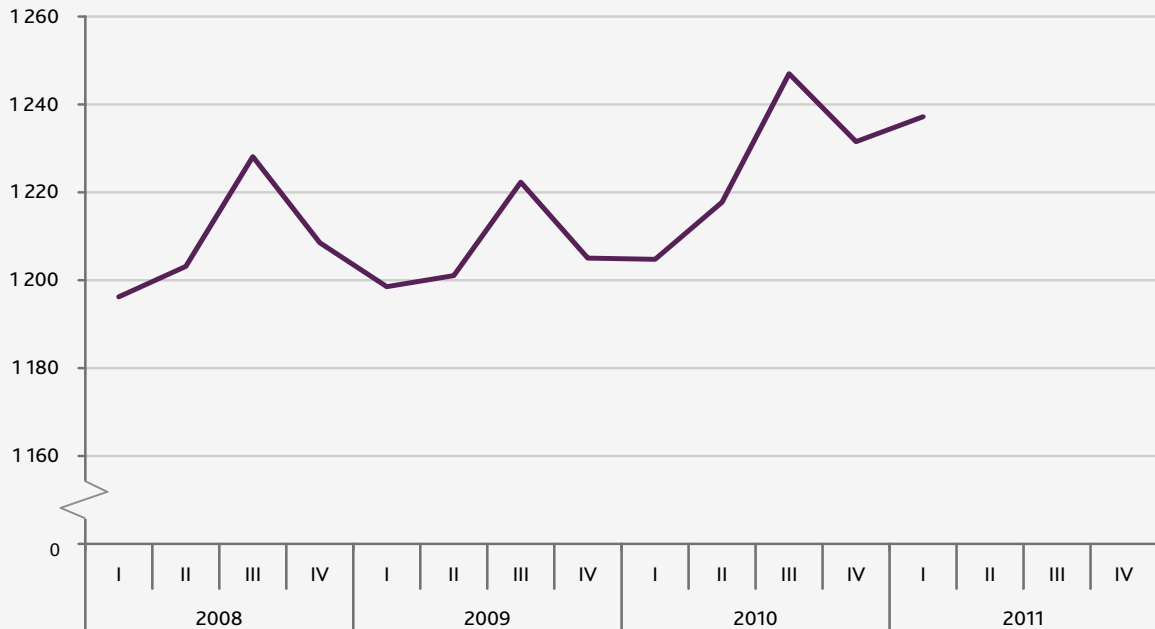
Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

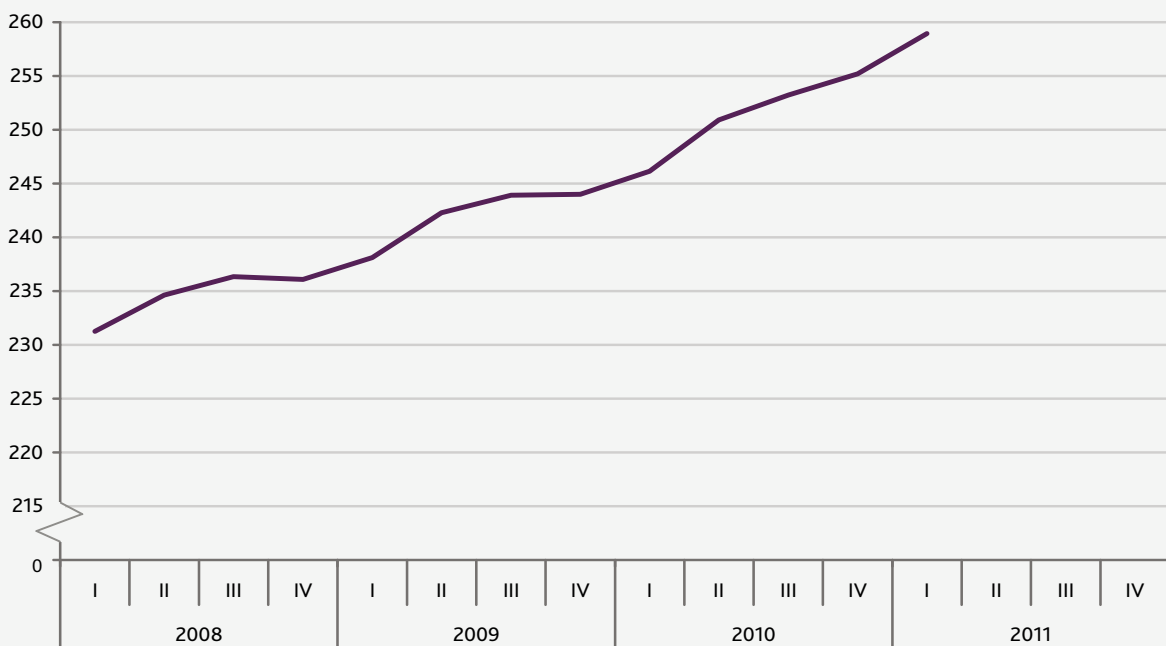
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000

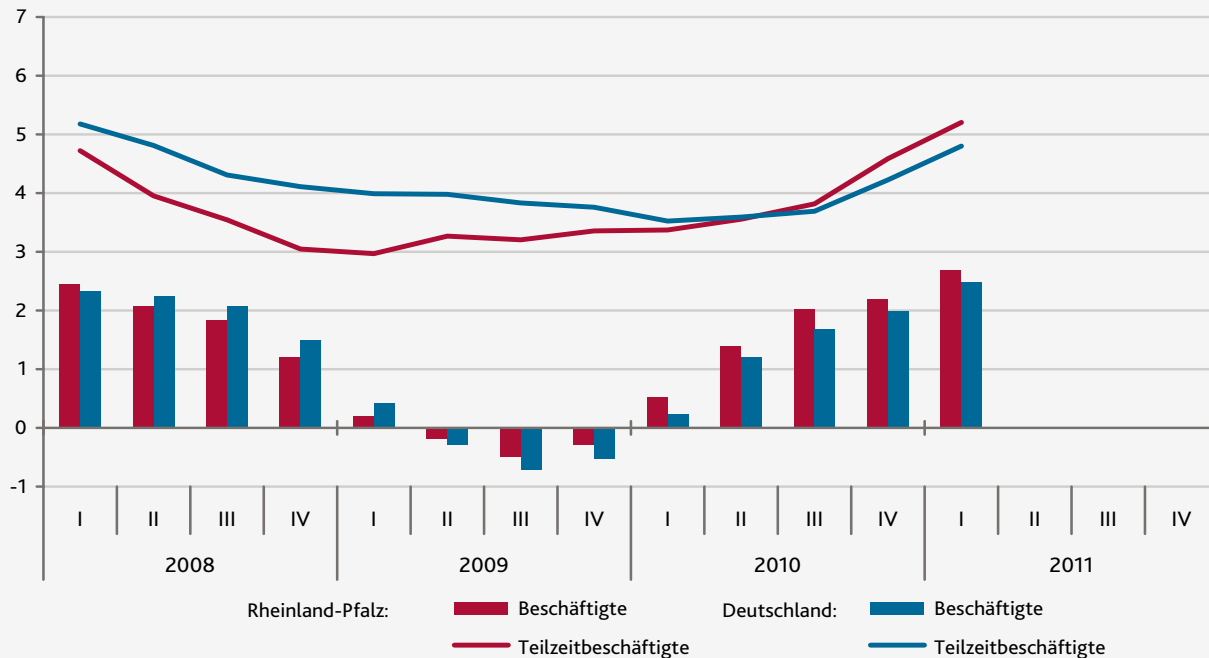


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

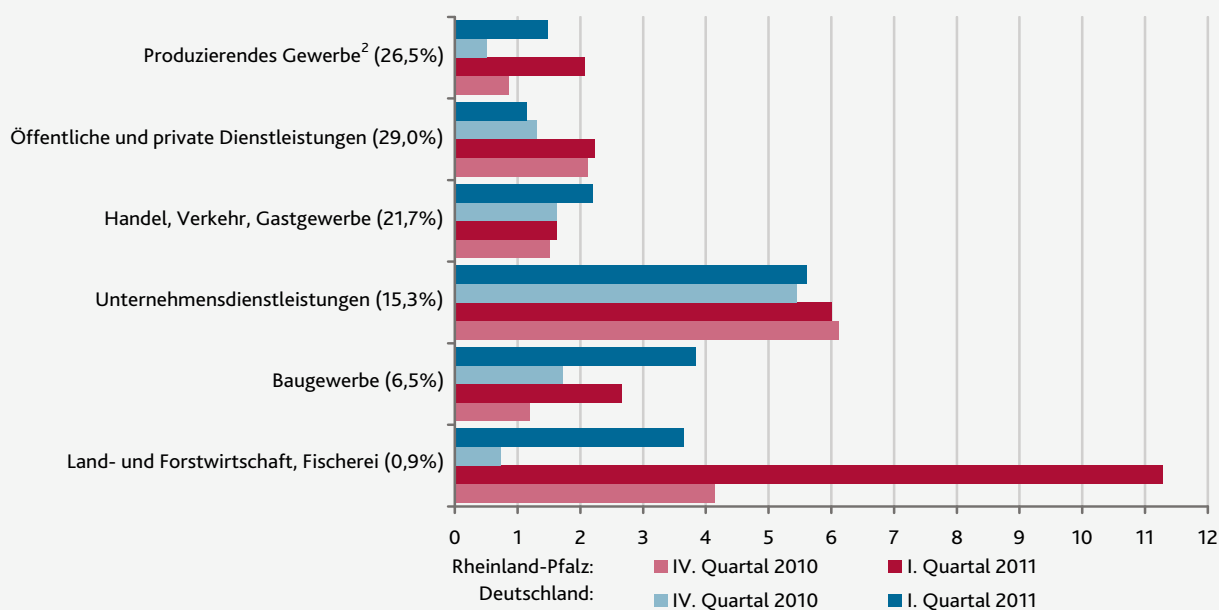


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

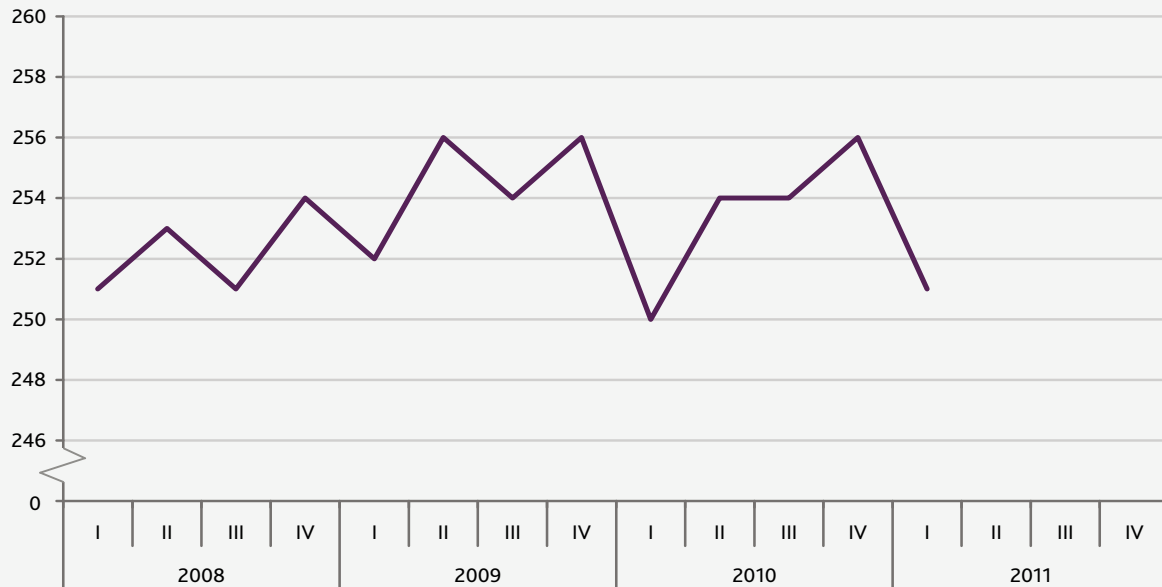


¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2010. – ² Ohne Baugewerbe.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

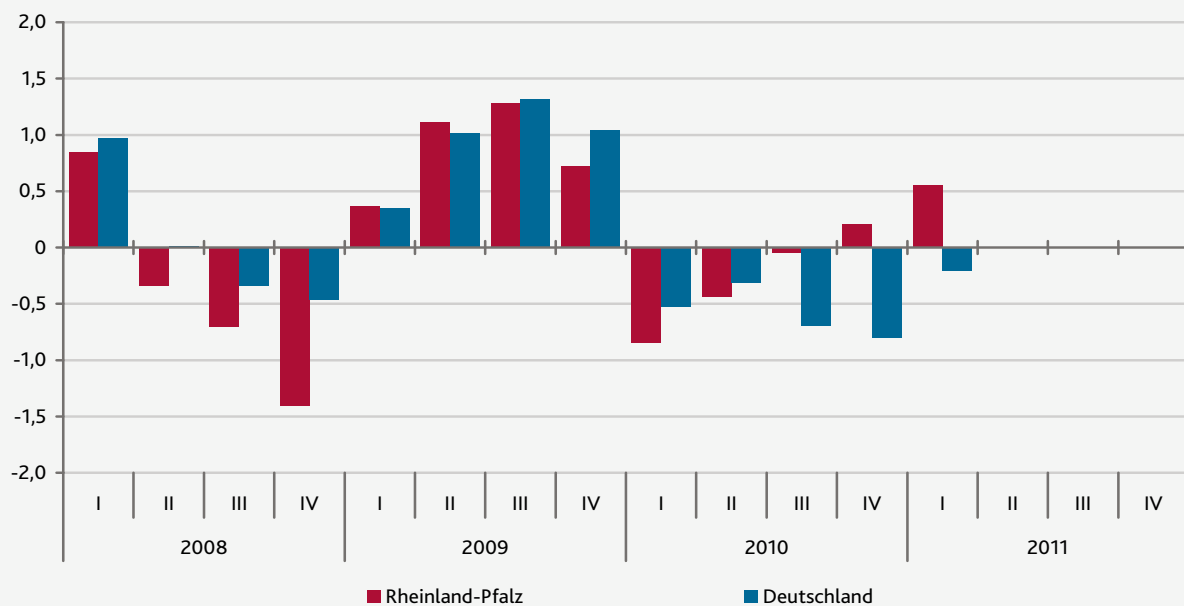
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹ am Arbeitsort in 1 000



¹ Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

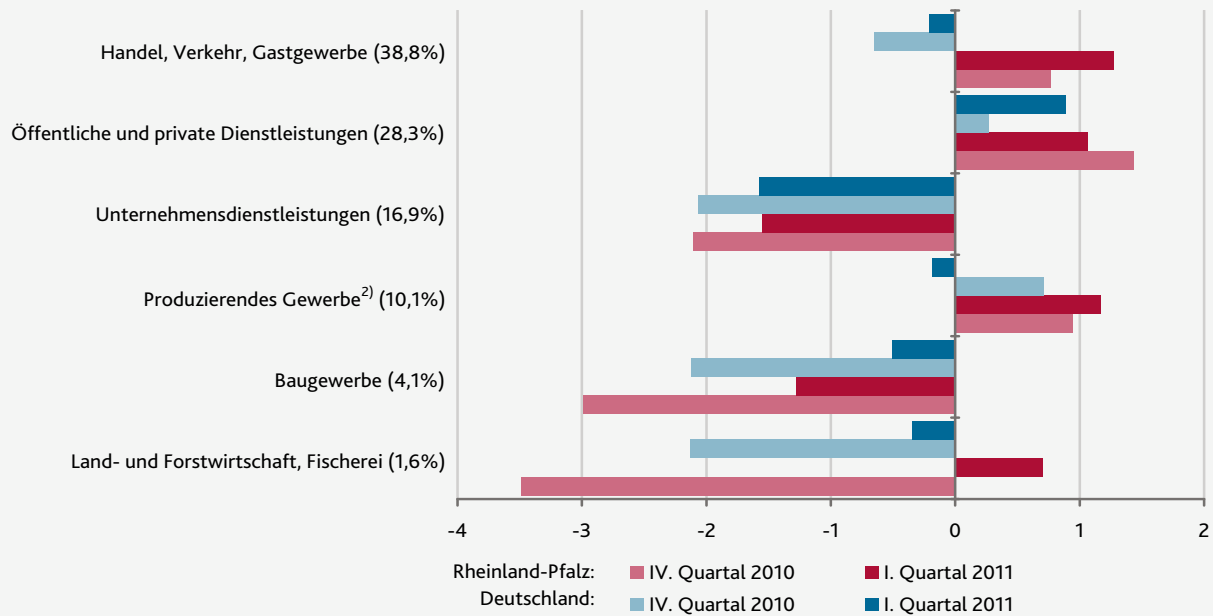


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2010. – ² Ohne Baugewerbe.
 Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 30. Dezember 2011.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz ($= \text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um

Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2005 (d. h. 2005=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerberbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit

sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug

in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den

preisbereinigten Wertangaben werden auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2005 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatz-

steuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



20	129 151	130 803	128 093	127 862	127 452
752	134 121	128 093	133 450	157 264	111 776
6 058	126 824	134 545	157 827	113 035	80 756
134 628	134 545	157 827	113 035	84 980	63 568
157 811	157 827	113 035	84 980	64 829	77 648
113 466	113 466	84 980	64 829	78 146	92 396
87 007	87 007	64 829	78 146	94 429	125 873
65 282	65 282	78 146	94 429	125 677	103 807
78 320	78 320	94 429	125 677	127 027	69
95 409	95 409	125 677	127 027		

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2009	2010			2011			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 013 ¹	4 004 ¹	4 007	4 007	4 007	3 999	3 999	4 000
darunter Ausländer ²	1 000	306 ¹	309 ¹	307	307	308	311	311	313

Natürliche Bevölkerungsbewegung³

* Eheschließungen ⁴	Anzahl	1 656	1 681	2 180	2 635	2 759	1 967	2 502	2 577	2 709
* Lebendgeborene ⁵	Anzahl	2 573	2 631	2 689	2 823	2 733	2 611	2 735	2 660	2 925
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,7	7,9	8,2	8,3	8,0	7,7	8,3	7,8	8,6
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶	Anzahl	3 659	3 622	3 463	3 579	3 399	3 726	3 292	3 087	3 759
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,9	10,8	10,5	10,5	10,0	11,0	10,0	9,1	11,1
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁶	Anzahl	10	8	9	1	11	8	10	6	7
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,0	3,1	3,3	0,4	4,0	3,1	3,7	2,3	2,4
* Überschuss der Geborenen (+)										
bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 085	- 991	- 774	- 756	- 666	-1 115	- 557	- 427	- 834
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,2	- 3,0	- 2,4	- 2,2	- 2,0	- 3,3	- 1,7	- 1,3	- 2,5

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 989	8 088	7 415	8 887	10 329	8 702	8 251	9 704	11 140
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 656	2 746	2 622	3 013	3 271	3 719	3 189	3 835	4 143
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 224	7 851	7 083	8 400	9 842	7 660	7 345	8 227	10 206
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 608	2 273	2 115	2 205	2 623	2 231	2 066	2 320	2 969
* Wanderungsgewinn (+)										
bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	- 234	237	332	487	487	1 042	906	1 477	934
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁷	Anzahl	12 832	12 576	11 999	13 622	14 591	13 008	12 545	13 203	15 348

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{8,9}

	Einheit	2008	2009			2010				2011
		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰	1 000	1 203	1 201	1 222	1 205	1 205	1 218	1 247	1 232	1 237
* Frauen	1 000	540	549	559	556	556	558	571	569	570

1 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 2 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4 Nach dem Ereignisort. – 5 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 10 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1,2}**

	Einheit	2008	2009			2010			2011	
		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	
* Ausländer/-innen	1 000	77	76	77	71	74	78	81	76	79
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	235	242	244	244	246	251	253	255	259
* darunter Frauen	1 000	202	208	209	209	211	214	216	218	221
davon nach Wirtschaftsbereichen ³										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	10	11	11	8	9	11	11	9	11
* produzierendes Gewerbe	1 000	411	404	409	401	398	402	410	404	407
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	263	264	269	264	262	265	272	268	267
* Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	185	176	181	177	181	187	192	188	192
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	333	345	352	354	354	353	361	362	362

Arbeitsmarkt⁴

Arbeitsmarkt ⁴	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Arbeitslose	Anzahl	127 214	119 933	108 300	108 206	113 002	102 624	100 896	101 222	104 433
* Frauen	Anzahl	57 737	55 198	52 334	51 849	52 591	50 029	49 135	48 681	49 433
Männer	Anzahl	69 477	64 735	55 966	56 357	60 411	52 595	51 761	52 541	55 000
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁵	Anzahl	52 882	46 790	40 508	40 273	42 861	37 021	36 313	36 240	38 474
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁶	Anzahl	74 332	73 143	67 792	67 933	70 141	65 603	64 583	64 982	65 959
* Arbeitslosenquote ⁷	%	6,1	5,7	5,2	5,2	5,4	4,9	4,8	4,8	5,0
* Frauen	%	6,0	5,7	5,3	5,3	5,4	5,1	5,0	5,0	5,1
* Männer	%	6,2	5,8	5,0	5,0	5,4	4,7	4,6	4,7	4,9
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	6,6	5,5	4,5	4,3	4,4	4,8	4,1	3,9	4,2
Jüngere von 15–20 Jahren	%	4,1	3,5	2,9	2,7	2,7	3,5	2,6	2,5	2,6
Ältere von 50–65 Jahren	%	6,2	6,0	5,7	5,8	6,1	5,3	5,3	5,4	5,5
Ältere von 55–65 Jahren	%	6,4	6,4	6,1	6,2	6,5	5,8	5,8	5,9	6,0
* Ausländer/-innen	%	13,6	12,6	11,5	11,6	12,1	10,9	10,9	11,1	11,4
Deutsche	%	5,6	5,2	4,7	4,7	4,9	4,5	4,4	4,4	4,5
* Kurzarbeiter/-innen ⁸	Anzahl	42 408	21 000	8 927	8 410	10 717
* Gemeldete Arbeitsstellen ⁹	Anzahl	13 243	17 048	18 310	17 467	16 443	23 518	23 369	22 338	20 718

Bautätigkeit**(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2009	2010			2011				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	432	452	489	489	466	586	587	498	487
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	408	426	455	462	425	550	540	471	453

1 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 3 Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar. – 4 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit unter Arbeitsmarkt im Überblick zu finden. – 5 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 6 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 7 Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen. – 8 Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes.

noch: Bautätigkeit (Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.		Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	432	452	489	489	466	586	587	498	487
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	1	...	2	7	...	2	3	1
Unternehmen	Anzahl	63	50	52	30	34	76	57	49	92
private Haushalte	Anzahl	366	401	437	457	425	510	528	446	394
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	627	662	710	662	714	820	940	737	797
* Umbauter Raum	1 000 m ³	441	464	509	491	494	618	662	506	538
* Wohnfläche	1 000 m ²	80	87	92	93	94	112	126	96	106
Wohnräume	Anzahl	3 434	3 546	3 811	3 717	3 762	4 432	4 988	3 957	4 217
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	111	121	134	132	132	163	170	134	143

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	106	128	116	143	146	150	160	153	155
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	10	17	17	21	22	11	11	17	18
Unternehmen	Anzahl	89	107	90	120	119	135	138	129	124
private Haushalte	Anzahl	2	4	9	2	5	4	11	7	13
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	9	20	5	8	45	19	80	13	8
* Umbauter Raum	1 000 m ³	707	748	635	832	1 000	737	1 303	863	1 986
* Nutzfläche	1 000 m ²	98	104	103	128	127	111	186	131	184
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	75	80	72	111	82	81	137	100	113

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	714	780	832	757	893	1 055	1 147	866	899
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	3 977	4 145	4 484	4 252	4 508	5 349	5 797	4 606	4 762

Landwirtschaft

Landwirtschaft	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	10 468	10 541	10 667	10 893	11 098	10 384	11 588	11 053	11 630
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 406	2 291	2 241	2 417	2 286	1 919	2 028	2 209	2 300
darunter										
* Kälber ²	t	13	12	10	12	12	7	10	11	11
* Jungrinder	t	11	9	6	4	11	6	6	5	13
* Schweine	t	8 001	8 198	8 363	8 428	8 768	8 424	9 507	8 797	9 279
* Eierzeugung ³	1 000	8 738	12 188	12 292	13 883	14 180	14 601	14 715	11 497	11 895

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden⁴**

* Betriebe	Anzahl	1 039	1 006	1 002	1 004	1 005	995	996	999	1 000
* Beschäftigte ⁵	Anzahl	242 777	238 784	239 843	240 507	241 307	245 218	246 816	247 610	248 345
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	29 376	30 349	29 858	31 647	31 003	29 283	32 411	32 632	31 292
* Entgelte ⁶	Mill. EUR	852	853	814	817	822	864	865	852	863
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 209	6 217	6 133	6 751	6 498	6 730	6 924	7 317	6 739
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁷	Mill. EUR	2 805	3 609	3 564	3 803	3 657	3 858	3 957	4 042	3 732
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 285	1 470	1 440	1 754	1 642	1 707	1 695	1 977	1 745
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	96	100	97	119	118	79	98	124	116
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 023	1 038	1 032	1 075	1 081	1 086	1 175	1 174	1 146
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	1 499	2 050	1 991	2 051	1 978	2 215	2 257	2 281	2 085
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	598	745	749	865	932	875	855	1 053	970
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 526	32 340	3 158	3 514	3 354	3 545	3 552	3 871	3 524
Exportquote ⁸	%	48,5	52,1	51,5	52,0	51,6	52,7	51,3	52,9	52,3
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2005=100	76,7	95,4	87,4	101,5	94,0	99,6	92,5	96,8	94,3
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2005=100	78,0	91,9	83,9	99,8	84,3	90,9	87,7	84,8	84,7
Investitionsgüterproduzenten	2005=100	67,5	96,7	88,7	101,5	102,9	108,7	96,4	107,4	102,2

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Einheit	2009	2010				2011			
	Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
2005=100	78,9	103,0	81,8	117,1	113,8	90,4	82,2	116,0	106,6
2005=100	109,5	110,7	105,1	109,3	110,8	114,5	106,4	119,6	116,4
2005=100	68,4	79,3	73,2	89,5	70,1	77,9	71,6	66,9	72,8
2005=100	54,0	87,1	82,2	89,4	96,3	109,2	82,2	94,6	94,2

Energie- und Wasserversorgung

* Betriebe ^{2,3}	Anzahl	116	164	165	165	163	168	167	167	167
* Beschäftigte ^{2,3,4}	Anzahl	10 014	9 470	9 558	9 533	9 477	9 420	9 554	9 565	9 643
* Geleistete Arbeitsstunden ^{2,3}	1 000 h	1 272	1 205	1 179	1 262	1 193	1 057	1 249	1 238	1 150
* Bruttoentgeltsumme ^{2,3}	Mill. EUR	36	36	33	33	42	34	33	34	44
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	567	494	460	453	475	425	440	420	448
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	551	480	447	441	462	414	428	408	433

Baugewerbe⁶

Bauhauptgewerbe⁷

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	36 362	37 497	38 598	38 588	38 344	38 778	39 123	39 082	38 188
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 479	3 512	4 044	4 329	4 282	3 937	4 605	4 577	4 143
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 291	1 326	1 420	1 583	1 605	1 551	1 822	1 809	1 626
* gewerblicher Bau ⁸	1 000 h	877	873	1 034	1 028	992	930	1 025	1 029	996
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 311	1 313	1 590	1 718	1 685	1 456	1 758	1 739	1 521
darunter Straßenbau	1 000 h	653	636	772	855	866	756	909	923	796
* Entgelte ⁹	Mill. EUR	83	85	91	90	90	92	95	93	90

1 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW. – 6 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 7 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 8 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 9 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme.

noch: Baugewerbe¹**Bauhauptgewerbe²**

Einheit	2009	2010				2011			
	Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.		Juli	Aug.	Sept.	Okt.

* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	355	356	400	431	403	398	434	441	433
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	103	110	124	123	115	134	143	143	126
* gewerblicher Bau ³	Mill. EUR	102	94	101	108	106	103	116	111	122
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	150	151	175	200	182	161	174	187	184
darunter Straßenbau	Mill. EUR	74	70	84	97	94	81	88	99	99

**Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)⁴**

Einheit	2009	2010				2011			
	Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	

Betriebe ⁵	Anzahl	358	362	364	362	362	361	355	354	352
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁵	Anzahl	13 063	13 268	13 076	13 228	13 443	13 326	13 199	13 367	13 745
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 210	4 335	4 101	4 316	4 449	4 474	4 257	4 446	4 567
* Entgelte ⁶	Mill. EUR	90	94	86	95	93	101	92	97	99
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	330	343	258	328	348	439	274	364	387

Handel⁷**Großhandel^{p, 8}**

Einheit	2009	2010				2011			
	Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.		Juli	Aug.	Sept.	Okt.

* Beschäftigte	2005=100	118,3	117,3	118,1	118,7	118,9	121,2	121,6	121,2	121,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	116,7	118,4	117,7	117,3	118,1	126,9	125,0	123,9	125,2
* Umsatz nominal ⁹	2005=100	105,9	113,6	111,9	127,8	122,1	118,7	128,1	140,3	126,9
* Umsatz real ⁹	2005=100	100,7	103,0	100,2	114,4	109,9	103,6	111,0	122,3	111,8

Einzelhandel^{p, 10}

* Beschäftigte	2005=100	106,3	105,8	106,4	107,0	107,4	107,6	108,5	108,7	109,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	107,9	107,4	108,1	108,5	109,1	110,7	110,3	110,8	111,1
* Umsatz nominal ⁹	2005=100	109,3	110,8	107,7	110,0	114,8	112,3	114,8	113,5	118,4
* Umsatz real ⁹	2005=100	106,5	106,9	104,0	106,0	110,7	107,3	109,5	107,8	112,3

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 6 Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 8 Einschließlich Handelsvermittlung. – 9 Ohne Umsatzsteuer. – 10 Einschließlich Tankstellen.

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2009	2010			2011			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
schwer verletzte Personen	Anzahl	313	290	406	364	390	411	321	372
darunter									
Pkw-Insassen	Anzahl	140	130	138	146	170	156	153	140
Benutzer motorisierter									
Zweiräder	Anzahl	79	73	149	106	103	130	74	119
Radfahrer	Anzahl	48	43	72	76	57	74	50	76
Fußgänger	Anzahl	32	31	24	24	45	38	28	26

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2009	2010			2011			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Zulassungen fabrikneuer									
Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 398	11 933	10 600	11 794	11 769	12 734	12 048	13 044
darunter									
Kraftträder	Anzahl	693	609	660	506	290	759	639	493
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	14 675	10 154	8 930	10 118	10 141	10 547	10 092	11 076
* Lastkraftwagen	Anzahl	716	833	715	802	964	926	930	1 011
Zugmaschinen	Anzahl	248	274	247	276	305	455	301	391

Personenbeförderung

	Einheit	2009	2010				2011		
		Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.
Beförderte Personen									
im Linienverkehr	1 000	61 778	53 245	57 395	54 306	46 268	55 011	58 167	55 244
Personenkilometer ³	Mill.	574	530	539	535	455	589	543	534

Binnenschifffahrt

	Einheit	2009	2010			2011			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Gütereingang	1 000 t	985	1 153	1 193	1 226	1 220	1 148	1 212	1 199
* Güterversand	1 000 t	834	930	1 072	1 022	969	813	949	868

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	2 885	3 369	3 532	3 271	3 578	3 927	3 790	3 763	4 071
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	265	282	281	290	284	287	284	299	309
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 584	3 052	3 216	2 949	3 256	3 554	3 406	3 341	3 620

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Ausfuhr (Spezialhandel)²**

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2009	2010			2011				
			Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
*	Rohstoffe	Mill. EUR	18	23	28	22	26	26	22	16	22
*	Halbwaren	Mill. EUR	111	152	166	151	174	166	168	176	173
*	Fertigwaren	Mill. EUR	2 455	2 877	3 021	2 776	3 055	3 362	3 217	3 149	3 423
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	787	912	1 062	876	943	1 010	881	890	1 006
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 667	1 965	1 959	1 899	2 112	2 352	2 336	2 259	2 419
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	2 002	2 328	2 340	2 234	2 490	2 725	2 620	2 593	2 866
*	darunter in EU-Länder ³	Mill. EUR	1 766	2 023	2 026	1 915	2 145	2 340	2 243	2 179	2 439
	Belgien	Mill. EUR	145	172	166	183	183	173	169	197	199
	Luxemburg	Mill. EUR	44	52	55	55	54	64	61	57	67
	Dänemark	Mill. EUR	33	34	34	34	40	37	40	40	46
	Finnland	Mill. EUR	22	25	27	26	26	29	26	33	31
	Frankreich	Mill. EUR	321	370	371	322	370	444	436	399	450
	Griechenland	Mill. EUR	32	30	26	27	31	39	25	24	37
	Großbritannien	Mill. EUR	184	201	195	201	225	208	216	226	246
	Irland	Mill. EUR	8	9	8	8	8	10	8	10	7
	Italien	Mill. EUR	211	247	272	188	252	279	282	201	269
	Niederlande	Mill. EUR	185	205	206	205	206	235	238	211	232
	Österreich	Mill. EUR	126	136	142	141	154	158	144	156	158
	Schweden	Mill. EUR	41	58	50	61	68	76	51	68	69
	Spanien	Mill. EUR	157	171	167	148	172	175	183	174	196
	Portugal	Mill. EUR	18	20	22	21	22	23	21	21	26
*	Afrika	Mill. EUR	76	82	87	88	102	94	96	94	93
*	Amerika	Mill. EUR	406	452	578	458	446	557	465	480	521
	darunter nach USA	Mill. EUR	296	289	412	267	253	360	258	290	326
*	Asien	Mill. EUR	373	474	488	457	506	512	556	550	539
	darunter nach China	Mill. EUR	85	118	112	104	126	158	164	144	129
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	28	31	38	34	33	39	52	48	52

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	1 809	2 257	2 300	2 280	2 395	2 551	2 693	2 616	2 729
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	206	216	190	238	193	228	222	212	201
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	1 507	1 969	2 045	1 981	2 123	2 162	2 301	2 206	2 301
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	76	91	102	87	94	54	173	49	184
* Halbwaren	Mill. EUR	184	293	296	312	301	305	335	333	310
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 248	1 585	1 647	1 582	1 728	1 803	1 793	1 824	1 807

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27).

noch: Außenhandel¹**Einfuhr (Generalhandel)²**

Einheit		2009	2010				2011			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.		Juni	Juli	Aug.	Sept.
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	332	472	489	510	492	561	513	540	499
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	916	1 113	1 158	1 072	1 237	1 242	1 280	1 284	1 308
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 317	1 657	1 720	1 644	1 705	1 920	1 998	1 822	2 013
* darunter aus EU-Ländern ³	Mill. EUR	1 118	1 398	1 486	1 413	1 433	1 683	1 642	1 582	1 639
Belgien	Mill. EUR	180	240	250	247	261	293	279	285	273
Luxemburg	Mill. EUR	34	36	43	37	35	47	48	50	49
Dänemark	Mill. EUR	25	24	31	19	35	12	14	17	14
Finnland	Mill. EUR	9	11	11	10	8	17	14	14	13
Frankreich	Mill. EUR	192	225	233	215	226	262	274	237	249
Griechenland	Mill. EUR	7	8	8	9	7	8	10	8	8
Großbritannien	Mill. EUR	63	74	81	80	71	94	78	86	91
Irland	Mill. EUR	7	11	8	10	10	15	12	11	16
Italien	Mill. EUR	110	134	136	118	125	172	175	148	155
Niederlande	Mill. EUR	162	228	251	263	227	282	260	253	277
Österreich	Mill. EUR	59	81	89	88	94	94	90	88	93
Schweden	Mill. EUR	27	27	31	20	26	26	24	25	26
Spanien	Mill. EUR	67	82	79	77	77	96	102	82	100
Portugal	Mill. EUR	12	14	20	11	14	15	16	15	15
* Afrika	Mill. EUR	29	39	28	29	30	31	55	73	49
* Amerika	Mill. EUR	219	229	214	220	269	233	236	257	237
darunter aus USA	Mill. EUR	145	149	144	134	195	154	163	176	161
* Asien	Mill. EUR	239	327	332	383	385	364	399	459	424
darunter aus China	Mill. EUR	110	150	159	157	179	146	154	187	155
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	4	6	3	6	4	4	6	6

Gewerbeanzeigen⁴

Einheit		2009	2010				2011			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.		Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 517	3 434	3 359	3 618	3 198	3 171	3 434	3 491	3 118
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	517	496	479	517	447	500	552	565	530
sonstige Neugründungen	Anzahl	2 425	2 415	2 349	2 534	2 207	2 148	2 319	2 379	2 118
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	3 015	2 934	2 626	2 794	2 764	3 175	3 331	3 620	2 710
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	490	455	405	388	366	451	412	427	373
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 996	1 969	1 733	1 895	1 887	2 236	2 389	2 644	1 870

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27). – ⁴ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.		Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Insgesamt	Anzahl	627	670	649	710	664	538	646	604	560
davon										
* Unternehmen	Anzahl	115	113	92	131	114	102	96	107	101
* Verbraucher	Anzahl	374	420	436	427	408	338	414	369	341
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	115	116	94	131	121	79	115	116	94
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	23	21	27	21	21	19	21	12	24
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	149	151	74	102	86	76	117	81	153

Handwerk²

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	
* Beschäftigte ³	2007=100 ⁴	96,0	98,4	96,9	97,7	100,7	98,6	97,8	98,4	100,7
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2007=100 ⁶	101,1	97,7	76,7	98,7	101,5	113,7	84,5	104,4	107,8

Preise

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.		Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005=100	106,2	107,4	107,6	107,6	108,7	110,2	110,4	110,4	111,2
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2005=100	103,7	104,6	104,9	104,9	104,9	106,0	106,2	106,2	106,3

Verdienste⁷

	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	
* Bruttonomatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 431	3 506	3 185	3 231	3 238	3 256	3 241	3 283	...
* Frauen	EUR	2 961	3 016	2 780	2 804	2 811	2 819	2 816	2 835	...
* Männer	EUR	3 613	3 699	3 345	3 399	3 405	3 428	3 411	3 461	...
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	5 898	6 079	5 403	5 484	5 486	5 546	5 452	5 543	...
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	3 874	3 971	3 638	3 678	3 691	3 714	3 700	3 762	...
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	2 993	3 057	2 772	2 818	2 835	2 845	2 832	2 881	...
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 441	2 502	2 266	2 331	2 361	2 360	2 358	2 398	...
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	1 857	1 867	1 735	1 783	1 779	1 813	1 809	1 829	...

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung (ab 01.01.2004); die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

noch: Verdienste ¹	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	
* Produzierendes Gewerbe	EUR	3 575	3 689	3 224	3 315	3 343	3 359	3 353	3 430	...
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 308	3 425	3 130	3 097	3 122	3 214	3 220	3 230	...
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 642	3 777	3 284	3 372	3 400	3 421	3 424	3 492	...
* Energieversorgung	EUR	5 013	5 134	4 297	4 389	4 372	4 404	4 372	4 389	...
* Wasserversorgung ²	EUR	2 877	2 912	2 743	2 754	2 753	2 689	2 751	2 772	...
* Baugewerbe	EUR	3 017	3 001	2 718	2 858	2 920	2 881	2 815	2 961	...
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 326	3 377	3 157	3 171	3 163	3 183	3 160	3 177	...
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 284	3 386	3 071	3 095	3 092	3 122	2 945	2 968	...
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 793	2 835	2 596	2 627	2 620	2 646	2 643	2 678	...
* Gastgewerbe	EUR	1 992	2 044	2 005	1 977	1 974	1 987	2 004	2 009	...
* Information und Kommunikation	EUR	4 245	4 686	4 168	4 169	4 253	4 289	4 197	4 380	...
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 398	(4 528)	3 865	3 905	3 897	3 913	3 936	3 962	...
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	(3 256)	3 768	3 372	3 411	3 535	3 585	3 474	3 491	...
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	3 748	3 903	3 519	3 575	3 555	3 596	3 603	3 658	...
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	1 952	(1 902)	(1 851)	1 836	1 801	1 856	1 866	1 868	...
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 233	3 260	3 142	3 158	3 171	3 174	3 188	3 194	...
* Erziehung und Unterricht	EUR	3 946	3 991	3 896	3 926	3 925	3 926	3 887	3 904	...
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 440	3 480	3 236	3 259	3 268	3 285	3 287	3 324	...
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	(3 378)	(3 371)	(3 108)	(3 257)	3 118	3 155	3 173	3 167	...
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 775	2 802	2 642	2 662	2 647	2 650	2 668	2 657	...

Geld und Kredit³

Geld und Kredit ³	Einheit	2009	2010				2011			
		Durchschnitt	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	112 943	116 827	116 512	116 351	117 189	117 256	116 241	117 085	118 290
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	11 791	12 434	11 877	12 355	12 814	12 690	12 507	12 777	12 221

¹ Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – ² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – ³ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2009	2010				2011			
	Durchschnitt	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite

(über 1 bis 5 Jahre)

Mill. EUR	11 679	13 693	13 298	13 673	13 792	14 007	14 092	14 368	15 191
-----------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

langfristige Kredite

(über 5 Jahre)

Mill. EUR	89 473	90 701	91 337	90 323	90 583	90 559	89 642	89 940	90 878
-----------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

Kredite an inländische

Nichtbanken

Mill. EUR	103 636	106 680	105 490	106 220	107 461	107 548	106 664	107 629	107 811
-----------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------

Unternehmen und

Privatpersonen

Mill. EUR	95 570	97 386	96 928	97 402	97 717	97 495	96 721	97 134	97 515
-----------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

öffentliche Haushalte

Mill. EUR	8 066	9 294	8 562	8 818	9 744	10 053	9 943	10 495	10 296
-----------	-------	-------	-------	-------	-------	--------	-------	--------	--------

Kredite an ausländische

Nichtbanken

Mill. EUR	9 307	10 147	11 022	10 131	9 728	9 708	9 577	9 456	10 479
-----------	-------	--------	--------	--------	-------	-------	-------	-------	--------

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

Mill. EUR	103 669	109 118	106 999	108 110	110 517	110 845	110 049	111 255	111 545
-----------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------

Sichteinlagen

Mill. EUR	34 674	41 764	38 890	40 771	43 811	43 584	43 233	43 891	43 853
-----------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

Termineinlagen

Mill. EUR	34 510	31 010	31 999	31 191	30 462	30 389	29 690	30 015	30 419
-----------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

Sparbriefe

Mill. EUR	8 091	7 040	7 152	6 999	6 909	7 098	7 252	7 628	7 825
-----------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Spareinlagen

Mill. EUR	26 394	29 304	28 958	29 149	29 335	29 774	29 874	29 721	29 448
-----------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

Einlagen von inländischen

Nichtbanken

Mill. EUR	101 502	106 608	104 441	105 579	108 007	108 404	107 672	108 995	109 181
-----------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------

Unternehmen und Privat-

personen

Mill. EUR	99 326	104 341	102 597	103 462	105 680	105 624	105 248	106 430	107 057
-----------	--------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------

öffentliche Haushalte

Mill. EUR	2 176	2 267	1 844	2 117	2 327	2 780	2 424	2 565	2 124
-----------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Einlagen von ausländischen

Nichtbanken

Mill. EUR	2 167	2 510	2 558	2 531	2 510	2 441	2 377	2 260	2 364
-----------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Steuern

Einheit	2009	2010				2011			
	Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.		Aug.	Sept.	Okt.	Nov.

**Aufkommen nach
Steuerarten****Gemeinschaftsteuern**

Mill. EUR	2 755	3 103	3 395	2 899	3 372	3 318	3 592	3 106	3 416
-----------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Steuern vom Einkommen

Mill. EUR	913	923	1 124	528	913	943	1 152	532	885
-----------	-----	-----	-------	-----	-----	-----	-------	-----	-----

Lohnsteuer

Mill. EUR	667	647	457	472	854	941	559	506	887
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Lohnsteuer-Zerlegung

Mill. EUR	139	133	-	-	379	432	-	-	391
-----------	-----	-----	---	---	-----	-----	---	---	-----

veranlagte Einkommensteuer

Mill. EUR	96	119	458	24	- 11	- 28	409	- 21	- 8
-----------	----	-----	-----	----	------	------	-----	------	-----

Kapitalertragsteuer

Mill. EUR	61	63	56	14	15	20	24	18	22
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2009	2010			2011			
	Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge

Mill. EUR	43	34	9	15	42	44	6	12	42
-----------	----	----	---	----	----	----	---	----	----

Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge

Mill. EUR	17	15	0	0	25	28	0	0	26
-----------	----	----	---	---	----	----	---	---	----

Körperschaftsteuer

Mill. EUR	46	60	144	3	12	- 33	154	17	- 57
-----------	----	----	-----	---	----	------	-----	----	------

Körperschaftsteuer-Zerlegung

Mill. EUR	- 3	- 2	-	-	18	- 39	-	-	- 49
-----------	-----	-----	---	---	----	------	---	---	------

Steuern vom Umsatz

Mill. EUR	1 841	2 180	2 271	2 372	2 459	2 374	2 440	2 575	2 531
-----------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Umsatzsteuer

Mill. EUR	456	443	424	415	516	461	417	467	534
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Einfuhrumsatzsteuer

Mill. EUR	1 385	1 737	1 847	1 957	1 943	1 913	2 023	2 108	1 997
-----------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------	-------

Zölle

Mill. EUR	145	181	215	216	193	215	243	228	201
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern¹

Mill. EUR	96	114	124	90	91	89	123	94	86
-----------	----	-----	-----	----	----	----	-----	----	----

darunter

Verbrauchssteuern

(ohne Biersteuer)

Mill. EUR	27	28	30	31	34	26	26	35	29
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Kraftfahrzeugsteuer²

Mill. EUR	17	38	33	33	34	38	34	34	32
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Solidaritätszuschlag

Mill. EUR	40	40	61	26	23	25	63	26	25
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Landessteuern

Mill. EUR	70	45	50	52	52	54	49	52	57
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Vermögensteuer

Mill. EUR	0	1	-	6	0	0	0	- 0	0
-----------	---	---	---	---	---	---	---	-----	---

Erbschaftsteuer

Mill. EUR	16	12	15	13	16	15	15	13	23
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Grunderwerbsteuer

Mill. EUR	16	17	18	19	23	23	19	23	20
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer

Mill. EUR	12	12	12	11	10	12	11	12	10
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Feuerschutzsteuer¹

Mill. EUR	1	1	2	-	-	1	1	1	1
-----------	---	---	---	---	---	---	---	---	---

Biersteuer

Mill. EUR	3	3	3	3	2	3	3	3	2
-----------	---	---	---	---	---	---	---	---	---

Einheit	2009	2010				2011		
	Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.

Gemeindesteuern

Mill. EUR	429	490	414	543	449	556	501	541	528
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Grundsteuer A

Mill. EUR	5	5	4	5	6	4	4	5	6
-----------	---	---	---	---	---	---	---	---	---

Grundsteuer B

Mill. EUR	107	111	100	116	129	101	105	115	135
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Gewerbesteuer (brutto)

Mill. EUR	309	366	302	412	304	444	383	411	376
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

sonstige Gemeindesteuern³

Mill. EUR	9	9	7	10	10	7	8	9	10
-----------	---	---	---	----	----	---	---	---	----

¹ Die Versicherungsteuer und die Feuerschutzsteuer werden ab dem 1. Juli 2010 nicht mehr von den Finanzämtern der Länder, sondern vom Bundeszentralamt für Steuern in Bonn verwaltet. Daher wird die Versicherungsteuer nicht mehr und von der Feuerschutzsteuer nur noch der Zerlegungsanteil nachgewiesen. – ² Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu; als Ausgleich erhalten die Länder entsprechende Zuweisungen vom Bund. – ³ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der
Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

Einheit	2009	2010					2011		
	Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	
Mill. EUR	690	762	500	826	686	1 035	557	798	819
Mill. EUR	255	299	286	357	222	332	352	336	298
Mill. EUR	283	298	87	297	284	525	77	300	329
Mill. EUR	32	39	15	41	35	66	12	33	41

Einheit	2009	2010				2011			
	Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
Mill. EUR	695	698	662	724	545	636	702	660	602
Mill. EUR	70	45	46	50	52	60	54	49	52
Mill. EUR	333	335	295	431	164	178	337	442	171
Mill. EUR	225	213	311	138	144	184	340	181	158
Mill. EUR	41	50	- 13	195	10	- 22	- 12	174	- 9
Mill. EUR	25	26	4	23	2	6	6	8	8
Mill. EUR	19	15	17	4	6	7	20	3	5
Mill. EUR	23	30	- 24	72	2	3	- 17	77	9
Mill. EUR	278	301	318	243	287	340	308	168	326
Mill. EUR	216	221	223	156	201	242	225	70	227
Mill. EUR	62	80	95	87	86	98	83	99	99
Mill. EUR	4	4	1	-	11	15	1	0	14
Mill. EUR	1	2	0	-	5	6	0	-	6
Mill. EUR	8	9	2	-	22	31	2	-	27
Mill. EUR	2	2	0	-	4	6	0	-	6

Steuereinnahmen des Bundes

Mill. EUR	1 448	1 643	1 635	1 784	1 629	1 592	1 725	1 901	1 771
Mill. EUR	96	114	90	124	90	90	89	123	94
Mill. EUR	396	401	362	492	225	248	400	502	228
Mill. EUR	952	1 124	1 182	1 168	1 303	1 238	1 235	1 275	1 435
Mill. EUR	4	4	1	-	11	15	1	- 0	14

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Dezember 2011

Statistische Berichte

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten
und Grünland im Dezember 2011
Kennziffer: C2013 201103

Ernteberichterstattung über Gemüse und/oder Obst
im November 2011
Kennziffer: C2033 201104

Vorläufige Weinmosternte 2011 (abschließendes
Ergebnis der Ernteberichterstattung im November)
Kennziffer: C2043 201100

Schlachtungen, Legehennenhaltung und Eiererzeugung
im 3. Vierteljahr 2011
Kennziffer: C3053 201143

Größenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe 2011
Kennziffer: C4053 201100

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und
Gewinnung von Steinen und Erden im Oktober 2011 –
Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe
mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201110

Investitionen im verarbeitenden Gewerbe
sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen
und Erden 2010
Kennziffer: E1063 201000

Unternehmen und Investitionen im Ausbaugewerbe
2010 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe
Kennziffer: E3043 201000

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende
Gewerbe im Oktober 2011
Kennziffer: E1033 201110

Bauhauptgewerbe im September 2011 –
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201109

Ausbaugewerbe im 3. Vierteljahr 2011 –
Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe

(Ergebnisse der vierteljährlichen Erhebung
im Ausbaugewerbe bei Betrieben von Unternehmen
mit 20 und mehr Beschäftigten)
Kennziffer: E3023 201143

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke
der allgemeinen Versorgung im September 2011
Kennziffer: E4023 201109

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk
im 3. Vierteljahr 2011
Kennziffer: E5023 201143

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Oktober 2011
Kennziffer: F2033 201110

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Aus und Einfuhr im September 2011
Kennziffer: G3023 201109

Beschäftigte und Umsatz im Handel
und im Gastgewerbe im Oktober 2011
Kennziffer: G1023 201110

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im September 2011
Kennziffer: H1023 201109

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen für das 3. Vierteljahr 2011 –
Kassenergebnisse
Kennziffer: L2023 201143

Personal im öffentlichen Dienst 2009
Kennziffer: L3023 200900

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz
und in Deutschland im November 2011
Kennziffer: M1013 201111

Umwelt

Klimawirksame Stoffe 2010
Kennziffer: Q4013 201000

Unfälle beim Umgang mit und bei der
Beförderung von wassergefährdenden Stoffen 2010
Kennziffer: Q1053 201000

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im September 2011
Kennziffer: Z1013 201109

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe Dezember 2011
Kennziffer: Z2201 201112

Statistisches Jahrbuch Rheinland-Pfalz 2011
Kennziffer: Z2101 201100

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Kindertagesbetreuung regional 2011 –
Ein Vergleich aller 412 Kreise in Deutschland
Kennziffer: K5015 201100

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode scannen, etwa mit der App "i-nigma". Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Fotos: Pressefoto BASF und Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2012

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.